

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 31. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement-Preis vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheitelt täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Verordnungen und Verordnungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das erste (letztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Schülerelbstmorde.

Ueberzeugender und aufrüttelnder als die ruhige theoretische Aufklärung wirkt für viele Menschen, besonders für die große bürgerliche Masse, die gedankenlos in den Tag hineinfährt, ein unmittelbarer Anschauungsunterricht, am meisten dann, wenn er unter graufigen Begleitererscheinungen vor sich geht. So enthält das sozialdemokratische Programm seit Jahrzehnten die Forderung, die Todesstrafe abzuschaffen, und jeder intelligente Genosse vermag die Notwendigkeit dieser Forderung hinlänglich zu begründen. Aber bei dem Bürgertum muß erst die blutige Faust des Henkers, der den entblößten Hals eines jungen Mädchens funktgerecht unter das Fallbeil schnallt, die elementarsten Argumente gegen den staatlich approbierten Menschenmord wahrnehmen. Und mehr als alle Reden und Schriften gegen die Tortur des heutigen Schulwesens, besonders gegen den geistfeindlichen Drill und die weltfremde Examenmanie der höheren Schule, erweckt der Knall einer Pistole, die das überreizte Gehirn eines Jünglings stillsetzt, oder das dumpfe Zusammenklappen des Wassers, das den Selbstmord eines anderen Schülers begleitet, den Spießbürger aus seiner trägen Gleichgültigkeit und aus der stumpfen Behaglichkeit seiner Stammtischfreuden.

Ein junger hoffnungsvoller Mensch von achtzehn Jahren, einer der Besten seiner Klasse, nahe vor dem Abgang von der Schule stehend, sucht eine einsame Partie des Brunenwalds auf und jagt sich eine Kugel durch den Kopf. Nicht weil er ein Verbrecher ist, auch nicht aus krankhaft zusammengeknallter Abneigung gegen das Leben, sondern auf der Flucht vor dem kalten, knöchernen Finger der Schulbureaucratie. In der von der Schule — und leider auch meistens vom Elternhaus — künstlich gezüchteten und mit großer Sorgfalt aufrechterhaltenen falschen Hochachtung vor dem Popanz des Schulwissens und vor der moralischen Bedeutung der Schule überhaupt hält der junge Mann sich dauernd besetzt durch eine harmlose Affäre, die nur die bürokratische Weltfremdheit und der arrogante Dünkel irgendeines beiläufigen Schulmonarchen zu einer Haupt- und Staatsaktion aufzubauschen imstande ist. Hätte der Jüngling die Kraft und die Lebensweisheit gehabt, statt zur Pistole zu greifen den Kerger schweigend hinunterzuwürgen, wie vorher so oft, so würde er einige Monate später seine weltchmerzliche Stimmung gar nicht mehr haben begreifen können; er hätte über seine Peiniger aus vollem Halse gelacht, oder sie auch unsertwegen recht aus Herzensgrund verachtet.

Die Gründe und die näheren Umstände dieses jüngsten Schülerelbstmordes unterscheiden sich nur äußerlich von denen anderer Schülerelbstmorde. Sie alle sind aus das Konto des heutigen Schulsystems zu setzen, das in den Kindern nicht Kinder und zukünftige freie selbstbewußte Menschen, sondern Nummern und zukünftige Karriereknäuser sieht. Insofern stimmen wir mit den Darlegungen zweier soeben erschienenen Broschüren über Schülerelbstmorde überein. „Der die fünf üblichen Examina, das Abiturientenexamen, das Referendar-examen, das Assessorenexamen, das Doktorexamen, das Referendar-offizierexamen abgelegt hat, ist der Normalmensch, aber er kann von Glück sagen, wenn er nach Abolvierung aller dieser vom Staat und von der Gesellschaft vorgeschriebenen Aufgaben wirklich noch normal ist. . . In den letzten Jahrzehnten hat ein Byzantinismus das Land verpestet, von dem sich alle vornehm empfindenden Menschen mit Ekel abwanden. Er wäre in diesem Umfang, dieser Intensität unmöglich gewesen, wenn nicht eben der Drill und von Kindesbeinen an erfasste, moebelte, verfrüppelte.“ (Eduard Goldbeck, Henker Drill, Schülerelbstmorde — Soldatenelbstmorde). Und der bekannte Schulreformer Gurlitt, der gleichfalls den jüngsten Schülerelbstmord zum Ausgangspunkt einer — wie es in seiner Art liegt — temperamentvoll, aber auch ein wenig kraus und ungebunden geschriebenen Broschüre nimmt, sagt ebenso mit scharfen Worten das heutige Schul- und Erziehungssystem an: „Die Schuld liegt beim System! Die Ansprüche an die geistige und moralische Kraft der Jugend sind zu groß, das Lehrverfahren mit seinem Pensenzwang und Examenstod ist zu schematisch, zu starr und gewalttätig und — als Folge davon: das Verhältnis von Lehrern zu Schülern ist falsch. Der Lehrer ist zu sehr Vorgesetzter, zu sehr schroffer Kompagniedieser, zu wenig Freund, Berater — Vater. Der Kommissar und Kasernengeist hatte nach den Großtaten des deutschen Heeres auch von der Schule Besitz ergriffen.“

Und zu dem Kommandotone kommen die Tausende von Pflichten und Pflichten, deren strenge Befolgung die dienstliche Bedauerie der modernen Schulbureaucratie mit heiligem Eifer bewacht. „Es gibt strebsame Oberlehrer, die in Kenntnis der Verfügungen und in Gehorsam gegen diese mit ihrem Direktor wetzeln. Wie überhaupt der Ueberreifer, um ihm recht milde auszusprechen, vieler jungen Lehrer den Schulen nach meiner Ueberzeugung am meisten schadet. Wenn diese Herren gar bald Direktor werden wollen, so haben es die Herden ihrer armen Schüler zu büßen. . . Man fragt, woher die vielen Schülerelbstmorde kommen? Mit größerem Rechte könnte man fragen, weshalb so wenige vorkommen. Denn zu ertragen ist unsere Schule doch eigentlich für niemand. Wenn die Jugend nicht mit einer guten Portion von Leichtsinne und mit einer schier

unterschwelligsten Lebensfreudigkeit ausgestattet wäre, so würde sie nicht einzeln, sondern in Gruppen den Tod suchen. Zu ertragen ist die Schule nur durch den Gedanken, daß sie doch einmal zu Ende gehen muß, durch den Gedanken, daß man mit List und durch Kriecherei doch zum Ziele kommen werde, durch den Gedanken, daß es auch andere ertragen, und daß man sich nach überstandener Pein als Student schadlos halten kann.“

Als Student! Gurlitt redet auch in dieser Schrift wieder ausschließlich von den höheren Schulen. Für die Volksschule fehlt ihm das tiefere Verständnis, vielleicht weil ihm die unmittelbare Auffassung fehlt. Die Schulfrage mit allen ihren Einzelercheinungen kann aber erst befriedigend gelöst werden, wenn man sie als ein unteilbares Ganzes, das aber wiederum in tausendem Zusammenhang mit der sozialen und politischen Entwicklung steht, erkannt und würdigen gelernt hat. Schülerelbstmorde kommen unter den Volksschülern seltener vor, weil die Volksschule — bei aller sonstigen Mangelhaftigkeit und bürokratischen Verstaubtheit — nicht an dem Berechtigungs-schwindel und an der Examenberufung leidet; ferner aber auch, weil das proletarische Elternhaus — wiederum bei aller sonstigen erzieherischen Unzulänglichkeit und sozialen Not — eine zu gesunde Kampfstellung gegen die hurrapatriotisch und religiös aufgeputzte Volksschule des kapitalistischen Massenstaats einnimmt. Insofern könnte man also die Schülerelbstmorde als eine Berufskrankheit der oberen Bejohnten ansehen und die Sorge dafür den zunächst beteiligten überlassen. Betrachtet man aber die Schulforderungen nicht als heute und morgen und ohne inneren Zusammenhang einzeln zu realisierende Teile irgend einer sogenannten Schulreform, sondern erkennt man in dem ganzen Schulorganismus das Gesicht der Gesellschaftsordnung wieder, so fordert auch jede besonders kraus und ungesunde Erscheinung im heutigen Schulleben um so nachdrücklicher zum Kampf gegen ihre eigentliche und letzte Ursache auf, zum Kampf gegen die heutige schul- und jugendfeindliche kapitalistische Wirtschaftsordnung.

„Für neue Männer können uns helfen“, so sagt Gurlitt in seinem bürgerlich befangenen Individualismus seine Hoffnung auf Abhilfe der Schülerelbstmorde zusammen. Diese neuen Männer an sich nützen uns aber gar nichts, sagen wir, sofern nicht das System, aber nicht nur das Schulsystem, sondern vorher das ihm zugrunde liegende gesellschaftliche System beseitigt wird. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrem sozialen Ueberbau, mit ihren Kasten, Ständen, Vorgesetzten, Beamten und Handlangern braucht die Karriereknäuser, die Streber, die servilen Kriecher (nach oben) und die brutalen Flegel (nach unten), wie sie die heutige höhere Schule in reichem Maße produziert. Sie gehören ebenso zum System wie die Volksschule, die 90 Proz. des Nachwuchses in Deutschland mit den schimmlichen Resten abgetaner Bildung und mit fast- und kraftlosen Wasserjuppen abweist. Das Proletariat muß erst die bürgerliche Klasse mit ihren pardenartigen Junker- und Offiziersmanieren aus der maßgebenden Stellung im Staate verdrängen und eine wirkliche Volkskultur an Stelle der heutigen kapitalistischen Untkultur setzen, ehe der Wechselbalg der heutigen höheren Schule in ihrer bürokratischen Versteifung und mit ihrer herausfordernden Vergewaltigung der Jugend durch eine Schule ersetzt werden kann, in der das körperliche, seelische und geistige Wohl der gesamten Jugend das oberste Gesetz ist.

## Krupp-Wohlfahrt.

Warnum war zweifellos einer der größten Schausteller, aber berühmte ist er als Reklamemacher. Dagegen bestand die Kunst der Firma Krupp darin, so geschickt für einen Wohlfahrtshumbung die Reklametrommel zu rühren, daß man die Absicht nicht merkte und ihren Wohlfahrtsruhm verbreitete, obwohl die Schaustellung ihm so gar nicht entsprach. Es war so weit gekommen, daß man mit der Firma Krupp schlechthin den Begriff eines unerreichten sozialen Wohlfahrtsystems verband. Als Krone der Kruppwohlfahrt galt die Pensionskasse. Die gerühmte Wohlfahrt der Firma ist dabei weiter nichts als Humbung!

Bei dem kürzlich vor dem Landgericht in Essen verhandelten Prozeß gegen die Krupp'sche Wohlfahrtskasse hat der Anwalt der Beklagten dem Gericht eine Aufstellung über die Leistungen der Kasse unterbreitet. Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die seit Beginn der Arbeiterpensionskasse gezahlten Pensionen restlos aus den Leistungen der Arbeiter aufgebracht worden sind! Und nicht das allein! Auch noch ein paar Millionen des vorhandenen Vermögens stammen aus Arbeiterleistungen. Von den oft reklamhaft genannten Beiträgen und „Schenkungen“ der Firma ist nicht ein Pfennig zu Pensionszahlungen gebraucht worden! Die Leistung der Firma diente nur dazu, das Reklamevermögen, das zu einem guten Teile in den Krupp'schen Unternehmen arbeitet und von der Firma nur mit vier Prozent verzinst wird, zu vergrößern. Die weltberühmte „Wohlfahrt“ der Kruppianer besteht darin, sich viele tausende Arbeiter tributpflichtig zu machen und aus den Beiträgen, die sie den entlassenen und freiwillig gegangenen Arbeitern vom Lohn in Abzug bringt, relativ wenigen Personen, die sich die volle Zufriedenheit der Firma erworben, Pensionen zu zahlen. Daß sich heute noch Minister bemühen, trotz dieser doch nun gerichtsnoto-

rischen Verhältnisse den Wohlfahrtsruhm der Firma Krupp zu retten, kann nur als Beweis des Einflusses der Hundertmillionenfirma gelten, schafft aber nicht die Tatsache aus der Welt, daß die Wohlfahrt nichts anderes ist als Humbung!

Wie wenig die Firma das Beiwort „wohltätig“ verdient, geht auch aus ihrer jungfräulichen Reinheit in bezug auf soziale Einrichtungen hervor, die in manchen anderen Betrieben zu den Selbstverständlichkeiten gehören. Nicht einmal der Feiertag ist bei Krupp durchgeführt; in den Betrieben mit sogenannter englischer Arbeitszeit beträgt der Normalarbeitsstag netto immer noch 10 1/2 Stunden. Die im Baugewerbe, im Buchdruckereibetrieb, im Schneidergewerbe usw. sonst eingeführten Tarife werden von der Wohlfahrtsfirma — vornehm ignoriert! An den Gedanken der Gewährung eines Sommerurlaubs für Arbeiter wagt sich bei Krupp die ausschweifende Phantasie nicht heran! Anscheinend betrachtet die Firma Sommerferien für Arbeiter und Unterbeamte als Strafe, die man nicht einführen und, soweit das unter der früheren Leitung doch schon geschehen ist, mildern will, gerade so, wie man für die Unterbeamten die Neujahrsbonifikationen in wohlwollender Fürsorge seit einigen Jahren beschnitten hat! Dafür sind die oberen Chargen etwas schwerer „belastet“ worden. Bisher war es bei Krupp üblich, auch den Beamten der nächstunteren Klasse Sommerferien zu gewähren. Die mit Monatsgehalt Angestellten erhielten vierzehn Tage, die vierzehntägig entlohnten Beamten — drei Tage Ferien. Jetzt aber hat die Wohlfahrtsreform eingeseht! In verschiedenen Betrieben sind — wegen des flauen Geschäftsganges! — die Ferien vollständig aufgehoben, oder bis auf sechs resp. drei Tage reduziert worden. Von dieser Erholungsperiode werden aber noch die Kranken- und Urlaubstage in Abzug gebracht, so daß mancher — Verlaubter noch ein Defizit hat, das jedenfalls durch Ueber-sichten ausgeglichen werden muß!

Es geht doch nichts über Krupp-Wohlfahrt!

## Die jungtürkliche Bewegung.

Alle Berichte lassen erkennen, daß die jungtürkische Bewegung noch im Fortschreiten begriffen ist. Die Garnison von Smyrna hat den Generalgouverneur sowie den Platzkommandanten abgesetzt. In Adin ist der Regierungspräsident vom Militär verhaftet worden. Eine große Anzahl von Jungtürken, die bisher im Auslande in der Verbannung gelebt hatten, kehren nach Konstantinopel zurück. Sie verlangen weitgehende Garantien für die strikte Durchführung der Verfassung und vor allem die Entfernung der Günstlinge des Sultans. Dem Sultan bleibt nichts anderes übrig, als nachzugeben.

In Konstantinopel haben die Kundgebungen die ganze Nacht fortgedauert. Aus den Reden, welche öffentlich gehalten werden, sind die Hinweise auf Japans großartige Entwicklung und Erfolge und auf die begonnene Verjüngung Chinas hervorzuheben. Auch manche andere treffende und rührende wirkende Vergleiche Anregungen und Schlagwörter sind in den Reden zu finden, die auch viele Phrasen enthalten. Der Gesamteindruck ist, daß eine große Fülle von Intelligenz, Wissen, Begeisterung und Willen zur Betätigung im türkischen Volke enthalten und bisher nur brachgelegen hat, beziehungsweise sich unter dem bestehenden Drucke nicht zeigen und entwickeln konnte. Auch im Stadtpark von Pera wurden mehrere Reden gehalten, u. a. von Offizieren gegen die Günstlinge, die Polizeipione und das Cliquenwesen. Im Odeontheater tagte gestern abend eine große Versammlung, in der die Schaffung einer patriotischen Liga angeregt wurde. 7000 Personen meldeten sofort ihren Beitritt an.

Es ist natürlich, daß, da der Sieg vor allem der Armee zu danken ist, auch ihre speziellen Forderungen befriedigt werden. Ein Erlaß an alle Armeekorps bringt sämtlichen Offizieren, die seit mehr als fünf Jahren nicht befördert worden sind, ein Avancement. Auch die Einberufung der Kammer ist allen Armeekorps mitgeteilt worden.

Die Verleihung der Verfassung hat auch unter den Christen jubelnde Zustimmung gefunden. Bezeichnend dafür ist folgende Meldung:

Der armenische Patriarch Ormanian mußte sich infolge heftiger Angriffe aus der heutigen Sitzung des gemischten Nationalrates zurückziehen. Der Rat sprach unverzüglich seine Absetzung aus. Erzbischof Turian wurde zu seinem Stellvertreter gewählt. Auf Grund des Beschlusses beider Räte des ökonomischen Patriarchats wird der Patriarch morgen dem Großwesir eine Adresse überreichen, in der die Freude und der Dank der griechischen Kirche und Nation für die Wiederherstellung der Verfassung ausgesprochen wird.

Das jungtürkische Komitee leitet nach wie vor die ganze Bewegung. Es beschäftigt sich bereits mit den Vorarbeiten für die Wahlen und glaubt bestimmt, daß die Jungtürken im Parlament die Mehrheit bilden werden. Wie rasch die Revolution alle Vorurteile überwunden hat, beweist die Teilnahme der Frauen am politischen Leben. Der Sultan, der bisher wie ein Gefangener in seinem Palaste wohnte, und für niemanden zugänglich war, muß jetzt ebenfalls an die Öffentlichkeit treten. Gestern war er gezwungen, den demonstrierenden Menge für ihre Kundgebungen persönlich



zu danken. Freitag wird er am öffentlichen Gottesdienst in der Sophien-Kirche teilnehmen.

Die Verfassung von 1876 wird wohl einige Modifikationen erfahren müssen. Sie war gegeben zu einer Zeit, wo die Ausdehnung der Türkei größer war. Nach dieser Verfassung würde z. B. Ägypten, das heute ja ganz unter englischer Herrschaft steht, gewisse Teile Bulgariens usw. Abgeordnete nach Konstantinopel senden müssen. Hier muß den geänderten Verhältnissen Rechnung getragen werden.

Die konstitutionelle Bewegung der Türkei beginnt schon gewisse Rückwirkungen auf andere mohammedanische Gebiete zu äußern. Vor allem erfährt die nationalistische Bewegung in Ägypten, die gegen die englische Fremdherrschaft gerichtet ist, eine bedeutende Verstärkung. Und die englische Politik wird auf die Dauer der Forderung der Ägypter nach einer Verfassung ebensowenig widerstehen können wie die österreichische Regierung dem Verlangen der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina nach Selbstverwaltung.

Der Sieg der Jungtürken wird sie bald vor ernste Probleme stellen. Es gilt, eine Form zu finden, in der die wirtschaftlichen, nationalen und religiösen Bedürfnisse in all ihrer Vielgestaltigkeit zum Ausdruck und zur Lösung kommen können. Dazu genügt die Konstitution allein nicht. An die Stelle der bisherigen Zentralisation muß eine ausgedehnte Selbstverwaltung treten. In dieser Beziehung sind die Ansichten des Prinzen Sabaheddin, des Sohnes von Damad-Mahmud Pascha, der im Jahre 1890 vor seinem Schwager, dem Sultan, nach Frankreich floh, sehr beachtenswert. Seinen Äußerungen, die das „Berl. Tagebl.“ widerlegt, entnehmen wir u. a. folgende Stellen:

„Wir wollen eine völlige Erneuerung der Türkei, nicht nur eine Erneuerung durch Einführung konstitutioneller Freiheiten, auch eine Erneuerung durch eine weitgehende Dezentralisation, die auch den entferntesten Provinzen des Reiches Lebenskraft zurückgeben wird. Ein Sultan wie Abdul Hamid kann uns viel Vertrauen nicht einflößen. Er ist mit dem Blute seiner Untertanen besetzt. Heute verspricht er, aber schon einmal hat er versprochen, die Konstitution zu achten — und mit einem Staatsstreich hat er sie vernichtet. Wir brauchen andere Sicherheiten als das Wort dieses Mannes.“

Deshalb werden wir nicht ahrsten, wir bleiben organisiert, schließlich zum Handeln bereit. Wir wollen erreichen, daß die Türkei in ihrer neuen Gestalt eine demokratische Macht wird, die mitzählt. Für die Europäer, für die Christen bietet unsere Bewegung keine Gefahr. Außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes erscheinen uns die Unterschiede zwischen Religionen und Rassen verächtlich. In unserem Vaterlande selbst sind sie mehr als das, sind sie verbrecherisch.“

Sabaheddin ist der Führer des radikalen Flügels der Jungtürken. Aber das Programm, das er vertritt, scheint uns eine größere Gewähr für die fortschrittliche Entwicklung der Kräfte des türkischen Reiches zu bieten als die Ansichten des gemäßigteren, zentralistisch gesinnten Flügels.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Juli 1903.

### Weltbrand-Politiker.

Der im Flottenverein abgetafelte General Reim veröffentlicht im „Tag“ einen Artikel zum zehnjährigen Todestag Bismarcks. Der Artikel hat aber nur die Tendenz, den toten Bismarck als Schwurzeugen für den abgesetzten Flottenvereins-Reim ins Feld zu führen. Der Flotten-Reim rüffelt das schwächliche Geschlecht unserer „Realpolitiker“ à la Bülow in Bismarcks Namen folgendermaßen ab:

„Die Wahrhaftigkeit gebietet ferner, festzustellen, daß man schon angefangen hat, den wirklichen Bismarck zu entstellen. Ich rechne hierunter nicht die Versuche, seine Verdienste zu schmälern — die fallen schließlich in sich selbst zusammen —, aber den Mißbrauch von Sentenzen und Aussprüchen zu leeren Schlagwörtern der Augenblickspolitik zuzulassen. Man spricht von „Realpolitik“, wenn die Absicht besteht, nichts Ernstliches tun zu wollen. Bismarck hat in ernstlichen Fragen niemals den Kampf gescheut, und sein ganzes gewaltiges Werk hat er in Angriff genommen unter einer beispiellosen Wagnis der realen Verhältnisse. Es waren Jahre hindurch so ziemlich alle „Realitäten“ gegen ihn. Die große Mehrheit des Volkes, das Parlament, die öffentliche Meinung, ganz abgesehen von bössiger Feindschaft, und selbst sein König waren wiederholt nicht auf seiner Seite, so vor Nikolsburg, so in Versailles vor der Kaiserproklamation. Seine Politik erforderte längere Zeit geradezu als die Politik des Unmöglichen, während Politik jetzt als „die Kunst des Möglichen“ ausgegeben wird. Das ist Epigonentum. Für Bismarck gab es eben keine politischen Unmöglichkeiten. Allerdings liebte er kein unnützes Experimentieren in der Gesetzgebung, aber nicht selten hat jemand wie er die Welt auf den Kopf gestellt, wenigstens die europäische. Auch vor einem Weltbrande wäre er schließlich nicht zurückgeschreckt, wenn er ihn nötig gehalten hätte für Deutschlands Ehre und Größe.“

Der Flottenvereinsleiter a. D. will damit sagen, daß auch er vor einem Weltbrande nicht zurückgeschreckt wäre!

Diese Selbststrecke verdient insofern immerhin eine gewisse Beachtung, als dieser Reim lange Jahre hindurch der in höchster Gunst stehende Macher des Flottenvereins war und in seinen Bestrebungen jede Förderung höchster amtlicher und darüber hinaus sogar noch „allerhöchster“ Kreise erfuhr!

Und die neuen Macher des Flottenvereins, wie Admiral Röster, versichern ja, daß der Kurs des Flottenvereins der alte bleiben solle! —

### Der Fall Schüding.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht den Wortlaut der Anklage gegen den Bürgermeister. Dieses preussische Kultusdekret lautet:

„In den von Ihnen veröffentlichten Zeitungsartikeln sowie in dem von Ihnen ebenfalls verfaßten Buche: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ haben Sie eine Gesinnung bekundet und sich zu Anschauungen bekannt, die mit Ihrer Stellung als Bürgermeister und unmittelbarer Staatsbeamter unvereinbar sind.“

Sie haben hierdurch nicht nur die Pflichten verletzt, die Ihnen Ihr Amt auferlegt, sondern sich auch der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die Ihre Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Es wird daher hiermit gemäß §§ 2, 22, 23 des Disziplinalgesetzes vom 21. Juli 1892 in Verbindung mit § 20 des Zustandigkeitgesetzes vom 1. August 1883 das Disziplinarverfahren zum Zwecke der Dienstentlassung gegen Sie eingeleitet. Zum Untersuchungskommissar habe ich den Landrat Rasse zu Gjum ernannt. G. v. Rogierowski.“

Der Unterzeichnete ist der Regierungspräsident, der sicher nicht ohne Vorwissen des Ministers von Rolke getan hat. Da aber der Fall Schüding mit Bülow's Wodpolitik doch schwer in Einklang zu bringen ist, beginnen die offiziellen Blätter endlich

ihre gemohnten Abschwächungsversuche. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

„Die Auffassung, daß die in den Schriften des genannten Bürgermeisters zum Ausdruck gelangte politische Gesinnung der Zentralinstanz Anlaß gegeben habe, ein disziplinarisches Einschreiten anzuordnen, ist nicht zutreffend. Im Ministerium ist bisher ausschließlich der im „Berl. Tagebl.“ erschiene Artikel auf dem „Bande“ überschriebene Artikel aus dem besonderen Gesichtspunkte zu prüfen gewesen, inwiefern darin ein allgemeiner Vorwurf gegen den Stand der preussischen Landräte, die Wahlen in unzulässiger Weise zu beeinflussen, erblickt werden müsse.“

Ob die Beurteilung der allgemeinen amtlichen und der schriftstellerischen Tätigkeit des Bürgermeisters Dr. Schüding dem Regierungspräsidenten zu Schleswig hinreichenden Anlaß bieten konnte, das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele auf Entfernung aus dem Amte einzuleiten, bedarf noch der Prüfung, welche, nachdem der Minister des Innern soeben nach Berlin zurückgekehrt ist und die Akten eingesehen hat, unersichtlich, insbesondere nach der Richtung hin vorgenommen werden wird, ob nach Lage des Gesetzes eine Einstellung des Disziplinarverfahrens zurzeit noch erfolgen kann.

Im weiteren Verlaufe der Preßberichterstattung ist auch die Behauptung aufgestellt worden, der Minister des Innern habe auf den Bürgermeister Dr. Schüding einen Druck ausgeübt oder ausüben lassen, um ihn zur Niederlegung einer Landtagskandidatur für die freisinnige Volkspartei zu veranlassen. Diese Behauptung entbehrt, wie für die Mehrzahl der Leser dieser Preßberichterstattung wohl zweifelhaft gewesen sein kann, jeder tatsächlichen Begründung.“

Dieses Dementi ist der reine Bierkatz. Und die Ablehnungen, die es enthält, sind rein formeller Natur. Die Akten sind eben nicht von Herrn Rolke unterzeichnet, sondern vom Regierungspräsidenten. Das „B. T.“ veröffentlicht folgenden Brief Schüding's:

„An einem Nachmittage in den letzten Wochen vor der Landtagswahl erschien bei mir ein in Schleswig wohnender Beamter und teilte mir mit, er habe den Auftrag, mir zu sagen, ich solle möglichst bald meine Kandidatur beim Regierungspräsidenten zur Sprache bringen und die ungewöhnliche Tatsache rechtfertigen, daß ich als Bürgermeister für die freisinnige Volkspartei kandidiere; es werde mir anbegehrt, vorzutragen, meine freisinnige Kandidatur sei notwendig, um eine dänische zu verhindern. Ich lehnte es ab, diese Erklärung abzugeben.“

Und die „Frankf. Ztg.“ bleibt nach ihr gewordenen zuverlässigen Informationen dabei, daß im Falle Schüding der Minister v. Rolke seine Hand im Spiele hatte.

Die offiziellen Ablehnungen sollen nur verhüten, daß Herr v. Rolke desaboniert wird. Die preussischen Konservativen gestalten eben Herr v. Bülow seiner Wodpolitik zuliebe höchstens die Verleugnung der Maßregeln eines Regierungspräsidenten, nicht aber die Schmälzerung der Autorität eines preussischen Ministers. In der Scherzpresse wird übrigens gleichfalls offiziös erklärt, daß durch den Artikel Schüding's über die Wahlmacht der Landräte im Ministerium des Innern, d. h. also bei Herrn v. Rolke, Anstoß erregt worden sei. Der Regierungspräsident habe aber aus eigenem Antrieb die ganze schriftstellerische Tätigkeit Schüding's zum Gegenstand eines eingehenden Disziplinarverfahrens gemacht. Sodann heißt es:

„Im Ministerium sieht man auch jetzt den Fall Schüding nicht als eine große Staatsaktion an und hätte eine mildere Behandlung für zweckmäßiger gehalten. Wenn es sich mit den bestehenden Vorschriften vereinigen läßt, wird nach Möglichkeit versucht werden, das Disziplinarverfahren aufzuheben und dem Bürgermeister, wie es anfangs beabsichtigt war, eine Rüge zu erteilen.“

Nach diesen Auslassungen, die offenbar aus dem Ministerium des Innern stammen, will man den Fall Schüding durch eine Art Kompromiß erledigen. Man verzichtet zwar auf die Amtsentsetzung, aber erteilt eine Rüge, was prinzipiell genau so eine unerhörte Einschränkung der politischen Freiheit bedeutet. Man kann auf die Amtsentsetzung ja auch verzichten im Vertrauen darauf, daß die konstanten Landräte und Regierungspräsidenten es schon verstehen werden, Herrn Dr. Schüding und die Stadt Gjum müde zu machen. Die freisinnige Volkspartei wird sich dann längst beruhigt haben, und der Sturm im Glase Wasser wird vorüber sein.

### Freisinnige Krippenjäger.

Der Freisinn fühlt sich als Regierungspartei, und er setzt alles daran, um zu verhüten, daß er von der Krippe der Regierung weggedrängt wird. Nach einem Ausspruch des Abgeordneten Dr. Rugdan hat der Freisinn bereits auf seine früheren Prinzipien verzichtet, er hat anlässlich des Falles Schellenberg-Biesbaden sich mutig gebüht, und nun muß der Fall Schüding dazwischen kommen. Im ersten Augenblick schien es, als ob man im freisinnigen Lager aufbrausen wollte, das schien aber nur so, denn die kühle Haltung der „Freisinnigen Zeitung“ bewies, daß es dem Freisinn auf eine Portion Fuhrtritte nicht ankommt, sobald er nur an der Krippe bleiben darf. Die „Wossische Zeitung“ ist nun noch einen Schritt weiter gegangen, sie verlegt sich aufs Bitten. Den ganzen Schmerz des Freisinn's faßt dieses Organ in die Worte zusammen:

„Die untergeordneten Organe der Staatsbehörden haben allerdings zum Teil recht wenig Verständnis für diese selbstverständliche Auffassung des Ministerpräsidenten im letzten Wahlkampf erkennen lassen. Sie sind gegen freisinnige Kandidaten vorgegangen, als ob die freisinnige Partei zur Opposition Richter, Windthorst, Grillenberger“ gehörte und nicht als „Regierungspartei“ ausschlaggebend wäre für die Durchführung der Wodpolitik.“

Weiter kann die Hundedemut nicht mehr getrieben werden. Die Periode, aus der das Wort stammt: Richter-Windthorst-Grillenberger“ ist die Blanzzeit des Freisinn's gewesen, der damals mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum gemeinsam den Kampf gegen das Segnennat führte, der dann mit einer Auflösung des Reichstages endete. Diese Periode, die den Freisinn einmal mannhalt zeigte, will die „Wossische Zeitung“ vergessen machen, deshalb die Gegenüberstellung von damals und heute. Auch ohne die Versicherung der „Wossischen Zeitung“ kennt man die Wandlung des Freisinn's, der sich heute mit geschwollenem Stolz darauf beruft, Regierungspartei zu sein. Und nur zur Charakteristik der politischen Charakterlosigkeit haben wir die Sache kurz erwähnt. —

### Zur Reform des preussischen Wahlrechts.

Vor kurzer Zeit meldeten Zeitungen aller Parteifactionierungen, die Staatsregierung habe die preussischen Gemeindebehörden er sucht, eine Äußerung darüber einzulassen, welche Erfahrungen bei der letzten Wahl mit den Wahlvorschriften gemacht worden sind. Diese Meldung wurde nicht demütert. Es beantragte daraufhin, wie wir schon berichtet haben, die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt a. M. bei der Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, die Wünsche der Stadtverordneten für die der Staatsregierung zu erteilende Antwort zu hören. Am Dienstag kam nun der Antrag im Frankfurter Stadiparlament zur Beratung, und da wurde vom Magistrat die überraschende Erklärung abgegeben, daß dem Magistrat von einer Befragung durch die preussische Regierung amtlich nichts bekannt sei. — Nach dieser Erklärung ist wohl anzunehmen, daß die Regierung die Gemeindebehörden zu

einer Äußerung über die Wahl nicht aufgefordert hat. Was kümmert auch die Regierung die Mängel des Dreiklassenwahlrechts.

### Protest gegen die Elektrizitätssteuer.

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. nahm einstimmig einen Antrag an, der sich gegen die vom Reichsgeplante Elektrizitätssteuer wendet. Der Magistrat wurde er sucht, sich diesbezüglich mit dem Deutschen Städte tag in Verbindung zu setzen.

Die Handelskammer Mannheim als Vorort des Badischen Handelstages richtete eine Protesteingabe gegen die drohende Elektrizitätssteuer an das bayerische Finanzministerium. Die Handelskammer begründet ihren Protest damit, daß eine Steuer die mittleren und kleineren Betriebe schwer schädigt, und dadurch mittelbar auch lähmend auf die Landwirtschaft einwirkt. Süd- deutschland, das wesentlich auf Wasserkräfte angewiesen sei, werde durch diese Steuer besonders hart befallen. Zahlreiche Kommunalbetriebe werden schwer getroffen. Die Benutzung der Elektrizität sei geradezu Lebensbedürfnis der gesamten Volkswirtschaft.

Dieselbe Handelskammer richtete auch eine Eingabe an das Finanzministerium, worin die badische Regierung aufgefordert wird, beim Reichsamt auf Veröffentlichung des Entwurfs zur Reichsfinanzreform hinzuwirken. Der Finanzminister Honsel antwortete, daß die Reichsfinanzreform streng vertraulich sei, und daher weder öffentlich noch vertraulich bekanntgegeben werden dürfe. Auf ein Antwortschreiben der Handelskammer, die diese Geheimnisträumerei scharf kritisierte ist bis zur Stunde noch keine Antwort eingegangen.

Karlsruhe, 30. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der sozialdemokratische Antrag gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer wurde heute von der Zweiten Kammer mit 24 gegen 19 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und die Volkspartei, sowie eine Zentrumsminderzahl; dagegen die Nationalliberalen, 2 Konservativen und die Zentrumsmehrheit übten Enthaltung. Der Finanzminister Honsel schätzte die bundesrätliche Schweigepflicht vor!

Genosse Lehmann begründete den Antrag. Kolb polemisierte gegen die Nationalliberalen und erwähnte eine zuverlässige Information über den vergeblichen Versuch Bayerns, die badische und die württembergische Regierung von der Elektrizitätssteuer abzuhalten. Honsel bestreitet seine Kenntnis davon!

### „Keine Polizeiwilffür.“

Vor dem Rieker Schöffengericht hatte sich der verantwortliche Redakteur unseres dortigen Parteiorgans, der „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, Genosse Burkhardt, wegen angeblicher Beleidigung der Polizei in Jhehoe zu verantworten. Infrimmiert war eine Notiz, die die Leberchrift trug: „Herrschaft in Jhehoe Polizeiwilffür?“ Darin war ausgeführt, daß sich der Polizeikommissar Rasse in Jhehoe gelegentlich des Vereinsvergügens des Athletenklubs „unerhörte Uebergriffe“ habe zuschulden kommen lassen. Obwohl es sich um die geschlossene Veranstaltung eines Vereins handelte, der sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt und diese Veranstaltung noch dazu angemeldet war, war der Polizeikommissar mit einer Anzahl Polizisten in das Festlokal eingedrungen und hatte die Festlichkeit aufgehoben. Es wurden nicht nur die Teilnehmer aus dem Saal getrieben, sondern sogar die Stammgäste des Wirtes, ja sogar dessen Verwandte aus der Gaststube gejagt und das ganze Lokal für den Abend gesperrt. Dem Wirt wurde in der Folge für längere Zeit die Taugerlaubnis entzogen, wodurch er, wie er als Zeuge angab, einen Schaden von 8000 M. erlitten hat. Der Vorsitzende des Klubs wurde bei der Räumung des Saales vom Kommissar angepöbelt und mehrere Male gegen die Wand geworfen! Diese letztere Behauptung wurde von dem Kommissar in Abrede gestellt, jedoch von den als Zeugen erschienenen Festteilnehmern und Wirt bestätigt. Die Geschworenen des Wirtes über die ihm zugefügten Repressalien wurden vom Regierungspräsidenten abgewiesen. Der Vorsitzende des Klubs erhielt sogar noch eine Geldstrafe von 150 M. aufgebürdet, weil er den Vorfall später in einer Versammlung besprochen hatte. Der als Zeuge geladene Polizeikommissar versuchte die gewalttätige Auflösung des Vergügens damit zu rechtfertigen, daß der Klubvorsitzende die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses abgelehnt hätte und ihm, dem Kommissar, infolgedessen die Kontrolle darüber, ob das Vergügen wirklich ein geschlossenes Vereinsvergügen gewesen sei, unmöglich gemacht worden sei. In diesem Zusammenhang wurde, ohne daß vom Kommissar widersprochen wurde, die Tatsache festgestellt, daß die Jhehoer Polizei Privatpersonen 50 Pf. angeboten hatte, damit sie sich in die von den Arbeitern veranstalteten Festlichkeiten einschleichen sollten. Weiter gab der Kommissar die wunderbare Auffassung zum besten, jeder derartige Arbeitsvergügenverein sei als sozialdemokratisch zu betrachten, da er, wie auch die „Gott sei Dank“ aufgelöste Jugendorganisation, nur den Zweck habe, Mitglieder für die Partei zu werben.

Trotzdem die Beweisführung alle wesentlichen Behauptungen des Artikels bestätigte und der Angeklagte wie sein Verteidiger sich die größte Mühe gaben, die gänzliche Ungeheuerlichkeit im Vorgehen des Kommissars ins rechte Licht zu rufen, verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe. Der Vertreter der Anklage hatte sogar 500 M. beantragt. Die Polizei, so hieß es im Urteil, sei zu ihrem Vorgehen berechtigt gewesen, und es herrsche keine Polizeiwilffür in Jhehoe.

„Von Rechts wegen!“

### Schöndlicher Terror.

Ein Drainagearbeiter in Lütz (Kreis Anklam) hatte bei der Landtagswahl die Dreiklassigkeit verlassen, sozialdemokratisch zu wählen. Und das, obwohl der Herr Rajor v. Nord-Neuendorf sich herabgelassen hatte, den Wahlmann der 3. Abteilung zu machen. Natürlich suchte man nach der Wahl den „Noten“ in üblicher Weise zu schürzeln. Zum Glück ging das diesmal nicht, da der Mann unabhängig war. Aber dieser Rote hatte einen Sohn. Und dieser Sohn sollte in der Schule zu Ettilingen zum braven Stellvertreter Gottes auf Erden ausgebildet werden. Flugs kalkulierte man: Ist der Vater ein Umstürzler, dann muß es der Sohn auch sein. Da aber solche Leute unserem herrlichen Heere gefährlich werden können, muß der Sohn des Notens fort. Und so geschah es auch. Der Junge wurde mit der ausdrücklichen Notwendigkeit erlassen, daß sein Vater sozialdemokratisch gewählt habe!

Kun ist also die Unteroffizierschule in Ettilingen und unser Kriegsbeet gerettet. Die Ordnungspresse wird sich hoffentlich über diesen Terrorismus gebührend entsetzen! Vielleicht auch nicht!

### Soldatenshinder bei der Marine.

Daß auch bei der Marine der Militarismus in seinen schweißlichsten Auswüchsen, der systematischen Soldatenquälerei, grassiert, zeigte aufs neue eine Verhandlung, die am Dienstag vor dem Kriegsgericht der 1. Marineinspektion in Kiel stattfand. Angeklagt der fortgeschrittenen Verhandlung Untergebener war der Obermaschinistenmaat Beerbaum vom Torpedoboot S 124. Ihm wurde zur Last gelegt, die ihm unterstellte Mannschaft in zahlreichen Fällen durch



Schläge und Fußtritte mißhandelt zu haben. Mit Vorliebe ließ er die Leute während der Essenszeit dienst tun. Sie mußten das Essen in den Schrank stellen und hungerte und erschöpft stundenlang Griffe ab! Das bedauerndste Opfer des Schinders aber war der Torpedoschiffer Wegener, ein von Haus aus beschränkter und zur Hysterie veranlagter Mensch. Die Anklage führte eine ganze Reihe von Fällen auf, in denen Beerbaum den Wegener durch Schläge auf den Kopf und Tritte gegen das Schienbein mißhandelt hatte, so daß Wegener schließlich über unausgesetzte heftige Kopfschmerzen klagte. Wenn W. in der Instruktionssunde solche Antworten gab, erteilte sein Vorgesetzter der Mannschaft den Befehl, den beschränkten Menschen zu verhauen und sah, mit der Zigarre im Munde danebenstehend, kaffeehell zu, wie die Leute auf ihren unglücklichen Kameraden einschlugen, während dieser laut jammerte, daß er die Schläge an den Kopf nicht vertragen könne. Häufig warf er mit Metallstücken nach W. oder stieß ihn mit dem Kopf gegen das Spind. Einmal hieß er ihn in der Stube auf- und abmarschieren und stellte ihm ein Wein, sodaß W. hinsürzte und besinnungslos liegen blieb! Ein anderes Mal versetzte der Obermaat dem W. einen so heftigen Stoß, daß er gegen die Wandtür stieg, wobei ihm eine Flüssigkeit aus dem Ohre floß. Infolge dieser letzten Mißhandlung stellten sich bei W. Taubheitserscheinungen ein, die sich berartig verschlimmerten, daß er schließlich aus der Marine entlassen werden mußte. Heute ist der unglückliche Mensch nahezu vollständig taubstumme!

In der Verhandlung konnte sich Wegener nur durch unartikulierte Laute verständlich machen und stellte schriftlich den Antrag, möglichst auf seine Vernehmung zu verzichten, da er von den Anstrengungen beim Sprechen schwindelig werde. Die Beweisaufnahme bestätigte das schreckliche Bild, das die Anklage von dem Treiben des Soldatenschinders entworfen hatte, in seinem vollen Umfang. Der hinzugezogene Sachverständige stellte fest, daß Wegener von Jugend an hysterisch und ohrenleidend sei. Die hoffnungslose Verschlimmerung seines Zustandes sei mit Wahrscheinlichkeit auf die an Bord erlittenen Mißhandlungen zurückzuführen! Der Vertreter der Anklage begehrt den Angeklagten als einen systematischen Soldatenschinder von niederträchtiger Gesinnung, der eigentlich ins Zuchthaus gehöre. Mit Rücksicht auf Beerbaums bisherige gute Führung (!) beantragte er eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, 2 Monaten und Degradation. Das Urteil lautete auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und Degradation.

Die schwere Strafe, die hier in einem einzelnen Falle einem Soldatenschinder erteilt hat, ist natürlich nicht die geringste Garantie dafür, daß der Militarismus selber die Mittel zur Verhütung auch nur seiner schlimmsten Auswüchse in sich birgt. Der Verurteilte konnte monatelang sein Treiben fortsetzen, ohne daß die höheren Vorgesetzten — und das an Bord eines Torpedoboots! — etwas merkten. Erst als er den totalen Ruin eines Menschenlebens auf dem Konto hatte, wurde er unerschütterlich gemacht. Nur wenn das System fällt, kann dem über derartige Schrecklichkeiten empörten Gerechtigkeitsgefühl endgültige Genugtuung werden.

### Ein Duceantratenstückchen der Breslauer Fremdenpolizei.

In Goldberg i. Schl. verheiratete sich die Tochter eines Würzgers mit einem Kandidat aus Jägerndorf in Oesterreich. In Breslau suchte sich das Paar durch den Betrieb einer kleinen Bäckerei durchzuschlagen. Das Geschäft wollte aber nicht gehen, und es blieb dem Manne weiter nichts übrig, als von Breslau abzureisen, um sich anderwärts eine geeignete Stellung zu suchen. Derweilen suchte sich die verlassene Frau durch Stiderei ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Einer ihrer ersten Kunden, der sich bei ihr bilden ließ, war ein Schuhmann, der ihr vorkam, daß sie — Ausländerin sei und gemäß der Ministerialverordnung vom 21. Dezember v. J. im Besitz einer Inlandslegitimation für ausländische Arbeiter sein müsse. Sie wurde deshalb auf die Polizei bestellt, wo man zunächst feststellte, was ihr Mann an Unterhaltungsgebern schide. Später hatte ein Schuhmann 2 1/2 M. Gebühren für die Legitimationskarte und den Heimatschein von ihr ab, doch änderte er ihr die Karte noch nicht aus. Später kam er aber höchst unzufrieden wieder, denn der Heimatschein war nämlich von ihrer Heimatstadt Goldberg ausgestellt, während die Polizei einen solchen aus Jägerndorf haben wollte. Von dort wäre aber höchstens ein Heimatschein des Mannes zu erlangen gewesen, der aber der Polizei auch nicht genügte. Jetzt ist ihr eine Frist von 4 Wochen zur Herbeischaffung des unmöglichen Dokumentes gestellt worden. Was wird wohl die Polizei tun, wenn auch diese Galgenfrist nutzlos verstrichen sein wird?

### Der Spargroschen der kleinen Leute.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat es sich befaßt in der letzten Zeit zur Spezialaufgabe gemacht, Listen von sozialdemokratischen „Verbrechern“ aufzustellen. Die Parteipresse hat prompt mit Gegenlisten gebietet und nachgewiesen, daß es prozentualer unter den Reichsverbandlern mehr Schurken gibt als unter den Sozialdemokraten. In Anbetracht der löblichen Reichsverbandsbekämpfungen wird man es und nicht übel nehmen, wenn wir noch unseren Kräften zur Vervollständigung der Liste der bürgerlichen Geisteskranken beitragen. Darum sei heute folgender Fall erzählt: In Mülheim a. d. Ruhr erschloß sich vor kurzem der Bankier Franks, Wittinhaber des Bankgeschäfts von Mundt und Franke in Gardelegen, dem Selbstmord auf dem Fuße folgte der Zusammenbruch des Bankgeschäfts, und es stellte sich heraus, daß die Bankiers das Vertrauen von Hunderten kleiner Sparer schmählich mißbrauchten. Nach dem Bericht des Konkursverwalters stellen sich nach bisheriger Uebersicht die Aktiven auf nahezu 151 000 M., die Passiven auf 517 064,55 M., so daß eine Unterbilanz von 366 789,45 M. vorhanden ist. Er kalkulierte einen Ertrag für die Gläubiger aus der Konkursmasse von 28 bis 30 Proz. In Betracht kämen im ganzen etwa 600 Gläubiger. Spareinslagen seien bei der Bankfirma von etwa 500 Sparen in Höhe von 487 706,98 M. gemacht worden. Es handelte sich also, abgesehen von einigen größeren Beträgen, hauptsächlich um kleinere Beträge, „um kleine Leute mit ihren mühsam zusammengebrachten Ersparnissen“.

### Frankreich.

#### Ein Generalstreik der Bauarbeiter.

Borgestern haben wieder einmal Zusammenstöße in Draveil zwischen Streikenden und der bewaffneten Macht stattgefunden, bei denen die Gendarmen mit der wohlbekannten Schneidigkeit vorging. Dies hat die Föderation der Bauarbeiter veranlaßt, einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik für Donnerstag zu beschließen. Am Nachmittag soll in Draveil eine große Kundgebung stattfinden, zu der alle Bauarbeiter eingeladen werden. Ob der Streik auch auf andere Bezirke übergreifen wird, ob insbesondere die Elektrizitätsarbeiter heute abend die Arbeit einstellen, läßt sich zur Stunde nicht voraussagen. Jedenfalls ist es unleugbar, daß jetzt in Paris eine Streikluft weht, die unter den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen überraschen mag. Zweifellos hat auch der nun schon über 14 Tage währende Streik bei der Seine-Dampfschiffahrtsgesellschaft zu dieser Stimmung mit

beigetragen. Eine friedliche Beilegung dieses Ausstandes ist kaum zu erhoffen, da der Leiter des Unternehmens über die Schädigung während ist, die die Einnahmen der Gesellschaft durch den Ausfall in den drei fast überall als Ferientage gefeierten Tagen vom 12. bis 14. Juli und namentlich am letztgenannten Tage erlitten haben. Er soll nicht weniger als 200 000 Franc betragen — die Reue in Longchamp am Tage des Nationalfestes, bedeutet eben die glänzendste Einnahme des Jahres.

Die Ankündigung des Proteststreikes hat bei der kapitalistischen Presse einen wahren Wutausbruch hervorgerufen, und der „Temps“ fordert wieder einmal Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeitskonföderation. Man hat bei der jetzigen Regierung gerade keine Abneigung gegen brutale und sinnlose Polizeiaktionen wahrgenommen, aber so tief einschneiden möchte man ihre politische Einsicht doch nicht, daß man ihr Eingehen auf diese Wünsche zumuten sollte. Den Scharfmachern möchte freilich ein Gewaltstreik im jetzigen Augenblick gut passen. Sie spekulieren darauf, daß die Regierung, ungeniert von dem in die Ferien gegangenen Parlament, sich auf der Bahn der sozialen Reaktion so weit engagiert, daß sie sich dem Zentrum ganz in die Arme werfen muß. Auch rechnet diese eble Gesellschaft wohl damit, daß die bei einer Unterdrückung der Konföderation unausbleiblichen Massenunruhen zu einer Zeit, wo die Besitzenden an der See und in der Sommerfrische weilen, mit großer Rücksichtslosigkeit niedergeschlagen werden könnten. Aber Clemenceau wird seine Pflichten doch nicht so ganz verloren haben, daß er den alten Opportunismus selbst wieder zur Schüffel sehen sollte. Auch wird er sich der Einsicht schwerlich verschließen, daß die Stimmungen und Methoden, die heute einen beträchtlichen Teil der Gewerkschaften beherrschen, durch eine Auflösung der Arbeitskonföderation nur an Kraft gewinnen könnten. Der großkapitalistischen Presse wäre freilich nichts erwünschter, als eine anarchoistische Gewerkschaftstaktik, die alle Gewaltmaßnahmen mit dem Bedürfnis der Gesellschaftsbereicherung legitimieren würde. Und die reaktionäre Welle würde überdies die kümmerlichen Anläufe der Reformpolitik, die Wohnverstaatlichung, wie die Steuerreform und die Altersversicherung hinwegschwemmen.

**Draveil, 30. Juli.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Generalstreik der Bauarbeiter gestaltet sich zu einer imposanten Kraftprobe der Organisation. Es feierten zur Kundgebung mindestens 80 Proz. der Arbeiter! Wenigstens 10 000 Mann fanden sich ein, und die meisten legten den fünfzehn Kilometer langen Weg von Paris bis hierher zu Fuß zurück! — Am späten Nachmittag kam es auf der Pariser Landstraße bei Villeneuve-Saint-Georges zu heftigen Zusammenstößen mit dem Militär. Es wurden Partikel laden errichtet! Beide Parteien feuerten. Das Militär schoß auf die Häuser und erstürmte ein Café! Auf Seite der Arbeiter gab es viele Verwundete. Einige von ihnen sollen tödlich verletzt sein.

**Dragoner gegen die Manifestanten.**  
**Bagny, 30. Juli.** Mehrere tausend Manifestanten, die eine rote Fahne mit sich führten, sammelten sich vor dem Schuppen an, in dem sie ihre Streikversammlungen abhalten, und empfingen die Truppen mit Wüfingen der Internationale und dem Rufe: Nieder mit der Armee! Gegen die Dragoner, die die Menge in kurzem Galopp zurückdrängten, wurden Steine geschleudert und Revolvergeschosse abgefeuert, durch die aber niemand verletzt wurde.

### Italien.

**Der Wahlkreis von Valenza verloren.**  
**Rom, den 28. Juli.** (Fig. Ver.) Das Wahlergebnis der Stichwahl ist unserer Partei ungünstig gewesen. Genosse Merlani ist mit 2245 Stimmen unterlegen; sein Gegner, der konservative Ceriana, brachte es auf 4046 Stimmen. Seit dem ersten Wahlgang hatte Genosse Merlani 157, der Gegner aber, dem die Verbe der ländlichen Sektoren zur Verfügung stand 701 Stimme gewonnen. Der Wahlkreis von Valenza war zum ersten Male bei den vorigen allgemeinen Wahlen von der Partei erobert worden.

### England.

**Für die Abrüstung.**  
**London, 30. Juli.** Dem Premierminister wurde gestern ein von 144 Mitgliedern der Parlamentsmehrheit, unter ihnen auch von den Mitgliedern der Arbeiterpartei unterzeichnetes Schriftstück überreicht, in welchem es heißt: England unterhalte mit den fremden Mächten Beziehungen, welche die drohenden Gefahren verschärft haben. Die Aufgaben, welche sich nunmehr der Regierung aufdrängen, nämlich die Einnahmemegelegen des Landes mit seinen verschiedenen Bedürfnissen in Einklang zu bringen, mühten nunmehr in den Vordergrund treten. Das Wohl des Landes erfordere, daß alle Anstrengungen entsprechend den Traditionen des Landes gemacht würden, um zu verhindern, daß Englands Kraft und Gedeihen noch weiter der Aufrechterhaltung einer starken Militärmacht und der Unterhaltung der Kriegsmarine geopfert würden.

### Rußland.

**Lewins in Freiheit.**  
**Frankfurt a. M., 30. Juli.** Die Frankfurter „Volksstimme“ erhält aus Rinsk ein Telegramm des italienischen Journalisten Lewins, indem er mitteilt, daß er endlich aus der Untersuchungshaft befreit worden sei. Lewins ist bekanntlich im Januar d. J. in Rinsk, wo er Bekannte besuchte, verhaftet und so schwer mißhandelt worden, daß er in Todesgefahr schwelte. Alle Versuche, selbst des italienischen Völkchens in Petersburg, vermochten nicht, die Haftentlassung zu erreichen.

**Auflösung der Studentenvertretungen.**  
**Petersburg, 30. Juli.** (B. L. V.) Die Kuratoren der Lehrbezirke haben die Weisung erhalten, die gesetzlich nicht erlaubten, aber noch immer fortbestehenden Studentenvertretungen an den höheren Lehranstalten endgültig zu verbieten.

### Aus der Partei.

**Internationale Sozialistensammuntunft am 2. August in Schaffhausen.**

**Werte Genossen!**  
Nach der bisherigen Vorarbeit und Agitation unserer Genossen zu urteilen, verpricht die Internationale Sozialistensammuntunft am 2. August in Schaffhausen eine imposante Solidaritätskundgebung der organisierten Proletarier der verschiedenen Nationen zu werden.  
Die sozialdemokratische Partei Ungarns, die gegenwärtig einen heftigen Wahlrechtskampf zu führen hat, wird an der Internationalen Sozialistensammuntunft durch den Genossen E. Buchinger, Parteisekretär, Budapest, vertreten sein.

Das Massenmeeting wird als erste Kundgebung organisiert, die sowohl uns, als die noch indifferenten Kollegen im schweren, alltäglichen Kampfe stärken und erheben soll. Es ist somit kein gewöhnliches Fest, das in Schaffhausen am 2. August stattfinden wird, und wir erwarten des bestmöglichen, daß unsere Gefinnungsgenossen allerorts auch bei zweifelhaftem Wetter in Massen an der Zusammenkunft teilnehmen werden.

Bei Eröffnung und Schluß des Meetings, werden die fangeschwindigen Demonstrationsteilnehmer im Massenchor den Sozialistenmarsch vortragen.

Im übrigen lautet das Programm der Zusammenkunft folgendermaßen:

**Samstag:** Empfang der auswärtigen Gäste am Bahnhof.

**Sonntag:** Demonstrationzug durch die Stadt.  
**Internationales Massenmeeting** auf dem Festplatz zum „Schützenhaus“. Redner: E. Ledebaur, Reichstagsabgeordneter, Berlin; E. Bernstorfer, Reichstagsabgeordneter, Wien; G. Lerda (italienisch), Parteisekretär, Rom; R. Grimm, Arbeitsekreter, Basel; E. Buchinger, Parteisekretär, Budapest.

Das Fest wird bei jeder Witterung abgehalten.

Genossen! Die Internationale Sozialistensammuntunft in Schaffhausen soll durch Eure Mitwirkung ein Fest sozialistischer Verbrüderung, ein Protest gegen die Verjuche nationaler Verheerung werden. In der feiten Zubersticht, daß auch der 2. August die internationale Solidarität der klassenbewußten Proletarier imponant manifestieren werde, entbieten Euch sozialistischen Gruß

**Der Landesauschuß der deutschen und österr.-ungarl. Sozialdemokraten in der Schweiz.**

**Die Arbeiterunion und der Allgemeine Arbeiterbildungsverein in Schaffhausen.**

**Die Leipziger Parteibewegung im Jahre 1907/1908.**

Das vielgestaltige organisatorische Parteeleben in Leipzig kommt in dem Bericht des Agitationskomitees für den Agitationsbezirk Leipzig für das Jahr 1907/08 zum Ausdruck. Der Agitationsbezirk umfaßt den 11., 12., 13. und 14. Reichstagswahlkreis. Wegen die Verschärfung des Reichstagswahlgesetzes, gegen die Verschleppung der sächsischen Wahlrechtsreform, gegen die beabsichtigte Einführung indirekter Steuern in Leipzig und zum Zwecke der allgemeinen Agitation wurden im Bezirk 238 Volksversammlungen, 648 Vereinsversammlungen und 65 Parteiverfammlungen abgehalten; Säte stehen der Partei und den Gewerkschaften 255 zur Verfügung. Im Bezirk haben die Parteioorganisationen 62 Bibliotheken mit 30 231 Bänden. Die Mitgliedszahl der vier Kreise betrug am 1. Juli 1907: 26 759, am 1. Juli 1908: 29 707. Die Abonnentenzahl der beiden Parteiblätter beträgt für die „Leipziger Volkszeitung“ 41 000, für die „Volkszeitung für das Mitteldeutschland“ 400, die „Neue Zeit“ hat im Bezirk 599 Abonnenten. Die Gesamteinnahme der vier Kreisvereine beträgt 155 481 M., die Ausgabe 135 004 M. An den Parteivorstand sind 27 001 M., an das Agitationskomitee 18 200 M. abgeteilt worden. Die Einnahme und Ausgabe des Agitationskomitees balanzieren mit 44 200 M.

Rußt der allgemeinen öffentlichen Tätigkeit waren es die neugegründeten Institutionen, die einen großen Aufwand an Kraft und Geldmitteln erforderten. Die 70 Mitglieder zählende Rednervereinigung, die im Frühjahr 1907 gegründet wurde, bezweckt die weitere Ausbildung der schon rednerisch tätigen Genossen. In den Übungsabenden werden neben Tagesfragen Vorträge über die sozialistische Theorie gehalten. Den Mitgliedern wird auch das zur Ausbildung und zur Anarbeitung von Referaten nötige Material geliefert.

Dem Allgemeinen Arbeiterbildungsinstitut, das im April 1907 gegründet wurde, liegt zur Erlebigung ob das Arrangement von Unterrichtskursen in politischer Oekonomie, Geschichte und Sozialpolitik, von Vortragsklyen, das Theater- und Konzertwesen, das Bibliothekwesen und die Leitung und Unterstüfung der Jugendbildungsvereine. An den Unterrichtskursen dürfen nur 40 von der Partei und den Gewerkschaften vorgeschlagene Genossen teilnehmen. Der Unterricht ist für sie unentgeltlich. Der Zweck dieser Kurse ist gleich dem der Parteechule in Berlin, die systematische Heranbildung tüchtiger agitatorischer Kräfte für die Arbeiterbewegung. Die bisherigen Schüler werden nun einen Kursus für Fortgeschrittener durchmachen, für die Anfänger werden neue Kurse eingerichtet. Die Unterrichtszeit dauert vom September bis Juni.

### Soziales.

#### Nachwehen vom Leipziger Kerzestreich.

Der prakt. Arzt Dr. med. Hoyerland in Leipzig-Connewitz handelte vor einiger Zeit ein Kind des Arbeiters Hecht. Da Hecht mit der Behandlung nicht zufrieden war, wollte er die Behandlung einem anderen Arzte und zwar dem Dr. med. Simon übertragen. Da zu dem Kerzestreich nach den statutarischen Bestimmungen der Leipziger Ortskrankenkasse die Zustimmung des behandelnden Arztes erforderlich ist, teilte Hecht dem Dr. H. das nötige mit und erklärte ihm, daß Dr. S. die Weiterbehandlung übernehmen werde. Darüber erregte sich Dr. H. und soll erklärt haben: „Sie wissen doch als Arbeiter am besten, wie man Leute nennt, die den Streik brechen!“ Es sollte damit auf die Tätigkeit des Dr. S. gegenüber dem Leipziger Kerzestreich hingewiesen werden. Dr. S. war während des Streiks im Sanitätsverein, der die Behandlung der Ortskrankenkassenmitglieder übernommen hatte, tätig gewesen. Wegen dieser Aeußerung erfolgte die Privatbeleidigungsklage seitens des Dr. S. Das Schöffengericht kam zu einem Freispruch. Das Landgericht als Berufungsinstanz hob das Urteil auf und erkannte auf 5 M. Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis. Der Beklagte habe durch seinen Auspruch eine Verunglimpfung des Klägers bezweckt. Das Oberlandesgericht stellte sich auf denselben Standpunkt. Es sei ausdrücklich festgestellt worden, daß der Auspruch des Beklagten dem Sinne nach als Streikbrecher aufzufassen sei. Der Auspruch sei getan worden, um den Kläger zu verunglimpfen, eine Verurteilung nach § 155 gerechtfertigt. Der Schuß des § 193 könne dem Beklagten nicht gewährt werden, da er den Auspruch nicht zur Wahrung berechtigter Interessen sondern zur Verunglimpfung des Klägers getan habe.

#### Eine Erhebung über die Güterpreise.

die von der Landwirtschaftskammer des Herzogtums Mecklenburg im Vorjahre veranstaltet wurde, ergab für ländliche Verhältnisse unter Ausschreibung von besonderen Umständen, daß sich im Ostpreußen der Preis für einen Hektar auf 2000 bis 4000 M., im Westpreußen auf 1200 bis 2400 M. einschließt der Gebäude stellte. Im ländlichen Kauf bezug. Erbgänge werden die Güter durchweg um 10 bis 20 Proz. niedriger bezahlt. Die Pachtpreise betragen etwa 3 Proz. des genannten Preises. Die Jagdpacht stellt sich auf 0,80 bis 2 M. für einen Hektar, steigt in einem Bezirk auf 3,50 M. und sinkt in einzelnen Gemeinden auf 20 Pf.

#### Von der Nahrungsmittelindustrie.

Die Nahrungsmittelindustrie-Verufsgenossenschaft, welche allein 60 verschiedene Berufsgruppen umfaßt, zeigt uns, wie schlecht es mit der Ausdehnung des Unfallchutzes und Versicherung der ohnedies so schlecht gestellten Arbeiter in der Nahrungsmittelbranche bestellt ist. Versichert sind laut Bericht jetzt 10 027 Betriebe mit 126 689 Vollarbeitern. Gegen das Vorjahr ein Rückgang von 1221 Betrieben und rund 11 000 Arbeitern. Von den versicherten Betrieben hatten noch 1606 Handbetriebe, 8199 Motorbetriebe und 1448 Gabelbetriebe. Versichert sind z. B. nur 5283 Bäckereien in Deutschland. Ist das ein Unfallchut der vielen Bäckereiarbeiter? Als Unikum sei



erwähnt, daß noch die 826 — Badeanstalten Deutschlands zu der Nahrungsmittelindustrie-Verufsgenossenschaft zählen. Ebenso sind zwei Wäschereibetriebe im Register aufgeführt. Ja, unsere Behörde ist klug und weise.

Angemeldet wurden im Berichtsjahre 3475 Unfälle gegen 3228 im Vorjahre, wovon nur 768 Unfälle abgemeldet wurden.

Die Unfälle verteilen sich auf Alter und Geschlecht wie folgt: Erwachsene männlichen Geschlechts: 2516 Fälle, weiblichen Geschlechts: 806, jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren, männlichen 107, weiblichen Geschlechts: 47 Unfälle. Es waren somit von 3475 Verletzten allein 852 weiblichen Geschlechts. Diese Unfälle ereigneten sich an Rotoren und Arbeitsmaschinen: 609, an Fahrstühlen usw.: 48, an Dampfketten: 24, durch Sprengstoffe: 5, durch feuergefährliche Stoffe usw.: 223, durch Zusammenbruch: 474, durch Fall von Leitern, Treppen usw.: 868, beim Auf- und Abladen: 435, durch Führer: 136, im Eisenbahnbetrieb: 20, durch Tiere: 89, durch Handwerkszeuge usw.: 328, sonstige Ursachen: 217 Fälle.

Die Verletzungen waren: Verletzungen von Kopf und Gesicht (Augen) 262 Fälle, Armen und Händen (Fingern) 1902.

Die Schiedsgerichte haben 296 Verlegte mit ihren Verurteilungen abgewiesen und nur in 115 Fällen die Verufsgenossenschaft beurteilt. Die Rekurse der Verufsgenossenschaft waren in 8 Fällen mit Erfolg, in 8 Fällen ohne Erfolg, während die Verlegten nur 9 Erfolge und 89 Mißerfolge am Reichsversicherungsamt hatten.

## Gewerkschaftliches.

### Scharfmacher im norddeutschen Baugewerbe.

Eine Delegiertenversammlung für das norddeutsche Baugewerbe, in der Baurat Felisch-Berlin anwesend war, fand dieser Tage in Lübeck statt. Aus den Verhandlungen, die mehrere Tage andauerten, ist folgendes hervorzuheben: Ueber die Arbeitsnachweissfrage referierte Obermeister Stender-Lübeck. Er führte etwa aus: „Sinnlich der Arbeitsnachweise sei dahin zu streben, daß sie in die Hände der Arbeitgeber kämen, denn die paritätischen Nachweise seien nur zum Schaden der Arbeitgeber; ebenso verhalte es sich mit den städtischen Arbeitsnachweisen, die gleichfalls nur geeignet seien, die Interessen der Arbeitgeber zu schädigen. Die Arbeitsbescheinigungen mühten dahin ergänzt werden, daß sie mit dem Vermerk versehen würden: „Eingestellt beim neuen Arbeitgeber am . . . .“ Dadurch werde der Täuschung der Arbeitgeber über die letzte Beschäftigung ein für allemal ein Ende gemacht.“ Diese Ausführungen fanden allseitige Zustimmung, nur wurden Zweifel laut, ob es gesetzlich zulässig sei, die Arbeitsbescheinigung mit einem derartigen Zusatz zu versehen.

Zur Wiederhaltung der Arbeitnehmer sollen auch die Lieferanten ihr Teil beitragen. Ueber derartige Pläne wurde berichtet und empfohlen, alle Baumaterialienhändler in die Arbeitgeberverbände aufzunehmen, um bei Streiks eine vollständig geschlossene Macht hinter sich zu haben. Die Händler dürften jedoch auf keinen Fall mit dem Verlangen durchdringen, bindende Lieferungsverträge zu erhalten. Der Kieler Delegierte erklärte hierzu, daß es in Kiel bereits gelungen sei, alle Händler zu vereinigen, so daß in Zukunft ein Streik allein durch die Händler abgelehrt werden könne.

Einen Beitrag zum Terrorismus der Unternehmer lieferte Innungsmeister Stender-Lübeck mit einem Bericht über den Fall Comdühr-Odesloe. Dieser Unternehmer hatte einen Polier angestellt, der einen ganzen Trupp in Berlin freiziehender Gesellen für den Bau eines herrschaftlichen Hauses verpflichtete. Einer Unternehmerkommission, die mit Comdühr deswegen verhandelte, hatte dieser erklärt, an der Sache unschuldig zu sein und im guten Glauben gehandelt zu haben, da ihm mitgeteilt sei, die Berliner Gesellen seien unorganisiert. Comdühr oabde sich auf Verlangen der Kommission zwar entschuldigt, aber keine bestimmte Zusicherung gegeben, daß er in Zukunft seinen Polieren nicht wieder eine soweit gehende Vollmacht bei der Einstellung von Gesellen geben werde. — Auf Antrag der Kommission wurde nunmehr der Vorstand beauftragt, erneut das Verlangen an Comdühr zu stellen, eine allseitig befriedigende Erklärung abzugeben. Von dem Ausfall dieser Erklärung soll es abhängen, welche Schritte noch gegen Comdühr unternommen werden sollen.

### Wölfe im Schafpelz.

Der „Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“ hat unter dem 28. Juli folgendes Rundschreiben an seine Mitglieder verfaßt:

„In letzter Zeit mehren sich wiederum die Fälle, in denen Arbeitnehmer, welche den sozialdemokratischen Organisationen nicht angehören, auf das Schärfe von den in diesen Verbänden organisierten Mitarbeitern drangsaliert werden, um sie zum Eintritt in dieselben zu zwingen. Diesen Leuten wird das Leben auf der Baustelle in jeder Beziehung sauer gemacht und die Arbeit so lange vereitelt, bis sie entweder des lieben Friedens wegen ihren Beitritt in die Arbeitnehmerorganisation erklären oder den Bau verlassen, um sich eine andere Arbeitsstelle zu suchen, wo sie gewöhnlich nach kurzer Zeit dasselbe Schicksal erwartet. Der Einzelne findet zumeist nicht den Mut, sich bei seinem Arbeitnehmer zu beschweren, oft auch nicht den genügenden Schutz bei den Polierern, von denen einige hierbei nicht selten eine keineswegs einwandfreie Rolle spielen. So bergeht es besonders den „Leuten“, welche während des vorjährigen Streiks gearbeitet haben.

Dagegen einzuschreiten, ist dringende Pflicht eines jeden Arbeitgebers. Wir werden niemandem verwehren, sich zu organisieren wie er will, aber wir müssen ganz entschieden dagegen Stellung nehmen, daß unsere Arbeitsstellen zu dieser Agitation benutzt werden. Nach dem Tarifvertrage ist jegliche Agitation während der Arbeitszeit verboten und dürfen anders- oder nichtorganisierte Arbeitnehmer nicht belästigt werden; dies scheint nicht genügend bekannt zu sein.

Aus diesem Grunde haben wir die vorgenannten Bestimmungen des Tarifvertrages auf Plakate drucken lassen, die Ihnen in diesen Tagen durch die Paketfahrt zugehen werden. Wir bitten Sie, diese Plakate umgehend auf den Bauten und Arbeitsplätzen auszuhängen.

Sobald bitten wir Sie, diese Bestimmungen des Tarifvertrages strengstens zu beachten und irgendwelche Schikanen und Belästigungen anders- oder nichtorganisierten Arbeitnehmern unter keinen Umständen zu dulden.

Das köstliche Baulohn-Dokument erinnert uns an die Fabel von dem Wolf, der dem Lamm das Genick umdrehte, weil es ihm das Wasser getrübt haben sollte. . . .

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Arbeiter! Wegen Tarifbruchs gesperrt ist der Ausbau des königlichen Eisenbahnministeriums: Vossstraße. Unternehmer ist der Topogrieter Karl Wog, Rittenwalder Straße Nr. 44. Betreffender Herr zahlt seinen Gehilfen solche Preise, daß bei angestrengter Arbeit nicht möglich ist, annehmbaren Lohn zu verdienen. Die Sektionsleitung.

## Deutsches Reich.

### Die Friedensansichten auf dem „Vulkan“.

Die Verhandlungen zwischen der Direktion und den ausgesperrten Arbeitern der „Vulkan“-Werft haben bisher zu einer Verständigung noch nicht geführt. Von dem Arbeiterausschuß und der Mieterkommission war eine nochmalige Besprechung über die besonderen Wünsche der Arbeitnehmer nachgefragt worden. Diese Verhandlung hat am Mittwochnachmittag stattgefunden. Es wurde hierbei nochmals von der Mieterkommission darauf hingewiesen, daß die erreichten Akkordlöhne in vielen Fällen hinter den üblichen Lohnsätzen zurückgeblieben sind und deshalb der Lohn berechtigt sei, den Stundenlohn zu garantieren. Die Direktion äußerte sich hierauf, daß sie die Akkordfrage nachprüfen werde. Falls bei fleißiger Arbeit und richtiger Angabe der verwendeten Zeit der Stundenlohn nicht erreicht werden könne, solle die Differenz nachgezahlt werden. Im allgemeinen habe die Direktion die Ueberzeugung, daß die Mieterakorde durchaus angemessene seien und einen auskömmlichen Verdienst garantierten. Nach einer Lohnstatistik des letzten Quartals 1907 und des Januar 1908 hätten sämtliche Mieter durchschnittlich mehr als 40 Prozent über ihren Stundenlohn hinaus verdient. Eine Zusammenstellung der Mieterakorde, bei denen Preklust in Anwendung gebracht wurde, hätte einen Ueberverdienst von 40 bis 50 Prozent ergeben, während bei den Handnietungsakorden immer noch ein Plus von 25 Prozent erzielt worden sei. Eine Aufbesserung der Lohnsätze müsse daher abgelehnt werden, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß erst im Mai dieses Jahres eine Zulage von 2 bezw. 1 Pf. gewährt worden sei.

Nunmehr liegt die Entscheidung wieder bei den Arbeitern. Falls diese mit den Zugeständnissen sich zufrieden erklären, soll die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden. Jedemfalls werden die Arbeiter die Direktion aber auch noch um Auskunft ersuchen in bezug auf deren Pläne mit von ihr zu gründenden gelben Verbänden.

Die Mieter lehnten in der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung mit erdrückender Majorität die Vorschläge der Direktion und damit die Aufnahme der Arbeit ab. Sie beschloßen, an der Forderung der Lohngarantie bei Akorden und der Ueberarbeit an nur drei Tagen in der Woche mit je höchstens 1 1/2 Stunden festzuhalten. Vier überfüllte Versammlungen der Vulkanarbeiter nahmen die Erklärung der Organisationsvertreter, infolge obigen Beschlusses der Mieter so lange im Kampfe auszuharren, bis eine Verständigung mit den Zentralverbänden erfolgt sei, entgegen.

Kurz vor Redaktionsschluß verbreitet eine Berliner bürgerliche Korrespondenz folgende Meldung:

### Die Einigungsverhandlungen auf dem Stettiner „Vulkan“ gescheitert.

Nachdem es in den letzten Tagen fast den Anschein gewonnen hatte, als ob sich die Situation betreffs der Aussperrung klären würde, hat sich alles in letzter Minute auf ungeahnte Weise geändert. Wie uns noch in später Abendstunde aus Stettin telegraphiert wird, ist keine Hoffnung mehr auf friedliche Beilegung vorhanden. In einer gestern (Donnerstag) abend abgehaltenen Versammlung der ausgesperrten Vulkanarbeiter, die im Prediger Schützenhause stattfand und sehr zahlreich besucht war, kam es zu äußerst heftigen Auseinandersetzungen. Der Arbeiterausschuß sowie die Mieterkommission erstatteten den Bericht über die bisher mit der Direktion gepflogenen Verhandlungen und empfahlen die Annahme der gemachten Vorschläge. Schon während des Vortrages wurden heftige Widerprüche laut, die in der Diskussion noch weiter zunahmen. Bei der zum Schluß vorgenommenen Abstimmung ergab sich eine erdrückende Majorität für die Ablehnung der Vorschläge. Hierdurch hat sich die Situation aufs äußerste verschärft und es ist zu befürchten, daß auch der Arbeitgeberverband deutscher Werften zu dieser Entscheidung Stellung nehmen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Unternehmer mit einer Generalaussperrung sämtlicher auf deutschen Werften beschäftigten Arbeiter antworten werden.

### Ein unheimlicher Betrieb.

Ist die Wundfabrik Schreyheim bei Dillingen (Donau). Rings um die Fabrik steht man fromme Klosterfrauen im Besaale und im Arbeiterinnenheim walteten und hinter den Fabrik-toren wird — wie eine öffentliche Gerichtsverhandlung bewies — ein wahres Schreckenregiment geführt. In der erwähnten Gerichtsverhandlung wurde ein christlicher Arbeitersekretär wegen Verleumdung des Betriebsingenieurs zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Die beiden Zeugen erzählten über geradezu schaudererregende Zustände in dieser Fabrik. Arbeiter, Männer und Frauen, werden nicht nur im landläufigen Sinne bei langer Arbeitszeit und niedrigem Lohn ausgebeutet, sondern auch direkt geprügelt. Ja, ein Arbeiter sah sich sogar gezwungen, sich mit dem Messer zur Wehr zu setzen, als er in seiner Eigenschaft als Fabrikarbeitsmittellied beim Vorbringen einer Beschwerde vom Direktor niedergeschlagen wurde. Als der Mißhandelte Strafanzeige gegen den Direktor stellen wollte, betrog man ihn unter Versprechungen, wieder in den Betrieb einzutreten und die Sache beruhen zu lassen. Der Arbeiter tat's und als die rohe Handlung des Direktors nach dem Strafgesetzbuch verjährt war, warf man den Mann wieder hinaus. Arbeiterinnen werden geohrfeigt und ihr einziger Titel lautet „Saumenscher“. Wehe einem solchen „Saumenscher“, wenn es dazwischen einmal einer liebenswürdigen Einladung in das Privatzimmer des Vorgesetzten nicht Folge leistet. Schwache Verjühe der Arbeiter, durch die gewerkschaftliche Organisation diesem Schreckenregiment ein Ende zu machen, werden mit allen Mitteln zu verhindern versucht. Als sich ausnahmsweise einmal ein Wirt gegen die Saalabtreiberlei rüchtraste zeigte und eine Versammlung nicht mehr verhindert werden konnte, telephonierte man von der Fabrik aus an die Polizei, sie solle die Versammlung einfach verbieten, welcher Aufforderung die Polizei allerdings nicht nachkam. — Allmählich kommt die Arbeiterschaft aber doch zur Besinnung. Gegenwärtig sind ernsthafte Differenzen ausgebrochen.

Der Streik der Bauhilfsarbeiter in Colmar im Elsaß ist nach zweitägiger Dauer beendet. Statt der geforderten 42 Pf. Stundenlohn für die Bauhilfsarbeiter und 45 Pf. für die Erdarbeiter wurden bewilligt 37 und 40 Pf. bis zum 1. April 1909 und von da ab 40 und 42 Pf. Die Streikenden erklärten sich damit einverstanden. Jetzt aber wollen die Unternehmer verschiedene am Streik beteiligte Arbeiter nicht mehr einstellen. Ebenso weigert sich die Konstanzer Tiefbaufirma Dengler u. Helfst, die für eine Spezial-

arbeit 42 Pf. Stundenlohn zahlen sollte, den Lohn zu zahlen. Aus diesen Gründen ist Bezug nach Colmar streng fernzuhalten.

### Das Unternehmertum gegen christlich organisierte Arbeiter.

Daß die Unternehmer zwischen sozialdemokratisch und christlich organisierten Arbeitern keinen Unterschied machen, wenn diese ihr Menschenrechte zu wahren versuchen, wird durch die von der Reich-Wundfabrik Schochheim bei Dillingen in Schwaben am Sonnabend veranlaßte Aussperrung von 200 im christlichen Textilarbeiterverband organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen aufs neue bewiesen. Die Arbeiterinnen einer bestimmten Sparte verlangten WiederEinstellung einer zu Unrecht entlassenen Arbeiterin. Die Bitte wurde abschlägig beschieden, hierauf reichten die Arbeiterinnen ihre Kündigung ein. Als Antwort verfügte die Direktion die Aussperrung von 200 Arbeitern und Arbeiterinnen. Um die Aussperrten müde zu machen, wendete die Direktion noch einen besonderen Kniff an. Die am Sonnabend entlassenen Arbeiter belamen weder ihre Papiere noch ihr Geld. Die Direktion erklärte einfach, daß es nicht möglich sei, die Auszahlung am Sonnabend fertig zu bringen! Diese erfolge am Dienstag früh in der Hauswerkerei. Bemerkte sei noch, daß kurz nachdem die Arbeiter den Betrieb verlassen hatten, schon ein Aufgebot Gendarmen erschien. Und dies, trotzdem die Aussperrten christlich organisiert sind.

Streik beendet. Der Streik in dem Dampfzieselwerk von Stramer u. Heinrich in Ronneburg ist nach zweitägiger Dauer wieder beigelegt worden. Die Arbeiter ließen eine Forderung fallen, die übrigen wurden bewilligt.

### Ausland.

#### An die Solidarität des arbeitenden Volkes.

Bald 20 Wochen dauert nun der gewaltige Kampf in der Hofburg der Süddeutschen — in Arbon; noch ergeben sich keine Anhaltspunkte, die auf sein baldiges Ende schließen lassen. Und während all diesen langen und bange Wochen und Monaten sind unsere Genossinnen und Genossen standfest geblieben. Ein herrliches Zeugnis für die wackeren Kämpfer! — Auch heute denkt keiner daran, sich von einem wortbrüchigen Trümmern in Ketten schmieden zu lassen. An unseren Genossen in Arbon also wird es nicht fehlen, aber, fragen wir uns, wird auch das hohe Interesse, wird vor allem die Solidarität des werktätigen Volkes anhalten? Wange Frage! Von ihr hängt die Zukunft der Aussperrten ab: Sieg oder neue Sklaverei! Hat doch Herr Heine offen gesagt, was er beabsichtigt, nämlich, daß er die Organisation, die hoffnungsvolle Gewerkschaft der Süddeutschen vernichten will, um mit den Arbeitern wieder machen zu können, was ihm beliebt, was ihm im ureigensten Interesse seines Geldsacks geboten erscheint.

Genossen aller Industrien und Berufe! Kommt doch mal gelangen wir an Euch mit der tiefsten Bitte um finanzielle Unterstützung Eurer brutal auf die Straße geworfenen Brüder und Schwestern. Sie führen den Kampf freudig, weil ihnen längst klar geworden, daß ihrer ein unsagbar trauriges Los harret, würden sie sich den wortbrüchigen Fragen ergeben. Bis heute sind über 35 000 Fr. an Unterfraktionen geflossen. Die Aussperrten mußten sich einzig und allein mit dem obligatorischen Streikgeld begnügen, Zuschüsse konnten nicht verabsolgt werden. Noch sind 400 Arbeiter auf dem Plage, meistens Familienväter, mit einer in die Hunderte gehenden Kinderzahl. Arbeitsbrüder! Haltet das eine fest: die vielen hundert Arbeiter sind ausgesperrt worden, weil sie sich in dieser teuren Zeit von der Millionenfirma die Löhne nicht reduzieren lassen wollten. Glaubt Ihr, daß eine Firma Heine, die jährlich Millionengewinne erzielt und die ihre Direktoren mit 100 000 Frank jährlich besoldet, gezwungen sei, die Löhne zu reduzieren?

Proletariat der Schweiz und des Auslandes! Deckt nochmals Eure Hand! Hilfe tut dringend not, soll der Kampf weitergeführt werden. Haltet jeden Bezug von Arbeitskollegen fern von der Weltfirma Heine. Wir wollen nicht nur, wir müssen siegen! Sonst ist die Süddeutsche Organisation vernichtet und unser wartet ein unsagbar trauriges Los. Brüder helfet uns!

Die Kommission der Aussperrten.

#### Krieg in der Zuckerindustrie.

Marsfeld, 30. Juli. Die Vertreter der Zuckerfirmen haben beschlossen, sich mit den ausländischen Zuckerarbeitern solidarisch zu erklären. Sie haben die Arbeit heute eingestellt. Angesichts dessen haben die Fabrikdirektoren beschlossen, von heute an die Tore der Fabriken überhaupt zu schließen. Man befürchtet infolgedessen neue Zwischenfälle.

#### Rundgebungen der Bauarbeiter.

Paris, 29. Juli. Die Bauarbeiter hielten im Laufe des heutigen Abends mehrere Versammlungen ab, in denen sie beschlossen, sich morgen nach dem benachbarten Draveil-Vigneux zu begeben, um dort Rundgebungen zu veranstalten.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Ungeheure Feuersbrunst in Ungarn

Zapolcsa (Komitat Bala), 30. Juli. (B. Z. B.) Heute nachmittag ist in drei Straßen zu gleicher Zeit Feuer ausgebrochen. Bis jetzt sind in sieben Straßen 120 Häuser samt den Nebengebäuden abgebrannt. Zwei Menschen sind in den Flammen umgekommen.

#### Das Examen!

Kurich, 30. Juli. (B. Z.) Der von hier seit dem 25. Juni verabschiedene Schulfachlehrer H. aus Hülum, der die Lehrprüfung nicht bestanden hatte, wurde jetzt als Zeuge in einem Roggenfelde aufgefunden.

#### Von der Cholera.

Petersburg, 30. Juli. (B. Z. B.) In Astrachan sind seit dem 21. Juli 17 Cholerafälle vorgekommen, von denen 13 tödlich verlaufen sind! In Sarizyn sind seit Ausbruch der Cholera von 33 Fällen 16 tödlich ausgegangen. — Die Städte Baku, Krasnodon und vier Kreise des Gouvernements Tamboff sind ebenfalls von der Cholera bedroht.

#### Best!

Port Said, 30. Juli. (B. Z.) Hier ist ein weiterer Bestfall vorgekommen.

#### Pilsberggiftung.

Reddinghausen, 30. Juli. (B. Z.) Als viertes Opfer der Ratener Pilsberggiftungsaffäre ist gestern abend der Vergemann Johann Jambek gestorben. Die übrigen Vergifteten befinden sich außer Lebensgefahr.

#### Absturz vom Felsen.

Hannoversch-Wänden, 30. Juli. (B. Z.) Heute morgen ist im Reinhardswald ein junges Mädchen namens Sanonosi von einem Felsen abgestürzt und brach das Genick. Ihr Zustand ist hoffnungslos.



# Aushang der Wahlergebnisse — grober Unfug.

Solange die öffentliche Abstimmung bei den preussischen Landtagswahlen in den Händen von Unternehmern und Behörden als Mittel diente, um den raffiniertesten Terrorismus auszuüben gegen jeden, der, in abhängiger Stellung befindlich, es wagte, anders zu stimmen, als den gebietenden Ratschhabern gefiel, haben weder Polizei noch Gerichte in dieser Ausübung der öffentlichen Stimmentragung etwas Strafbares erblickt. Nachdem aber von sozialdemokratischer Seite die öffentliche Abstimmung nicht etwa zum Terrorismus Andersdenkender, sondern nur zur Kontrolle der Parteilichkeit der Wähler benutzt worden ist, macht die Polizei Jagd auf solche Bürger, welche ihren Mitbürgern öffentlich bekannt gaben, für welche Partei die einzelnen Wähler ihre Stimme öffentlich abgegeben haben. Zwar ist eine solche Bekanntgabe keineswegs strafbar. Aber wann wäre die preussische Polizei je in Verlegenheit gewesen, wenn sie eine an sich erlaubte, ihr aber nicht genehme Handlung bestrafen wollte. Geht nicht mit der in allen möglichen und unmöglichen Fällen angewandten Strafensordnung, dann erinnert man sich des bekannten Spruches: „Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an.“ Da der Aushang von Wählerlisten mit Angaben darüber, ob und wie die Wähler gestimmt haben, eine durchaus erlaubte Handlung ist, die Polizei aber diese erlaubte Handlung nicht dulden will, so wird die erlaubte Handlung ohne viel Umsstände als grober Unfug und damit als strafbare Handlung erachtet. Und — das ist kennzeichnend für preussische Rechtsverhältnisse — dies Vorgehen der Polizei findet auch bei Richtern volle Billigung.

Müßig berichteten wir über einen Fall, wo das Schöffengericht einen Schankwirt wegen groben Unfugs verurteilte, weil er im Fenster seines Lokals eine Abschrift der Wählerliste ausgehängt hatte, in der die Namen der Wähler, welche sozialdemokratisch gewählt hatten, rot, die Namen der für andere Parteien Stimmenden blau angezeichnet waren.

Gestern hat die 143. Abteilung des Schöffengerichts unter dem Vorsitz des Assessors Dr. Bortwien über zwei derartige Fälle entschieden. Im ersten Fall erschien als Angeklagter der Schankwirt Rehner, Glogauer Straße 29. Er gab zu, daß er am 3. Juni, dem Tage der Umwahlen zum preussischen Landtage, die Wählerliste der zweiten Abteilung seines Wahlbezirks ins Fenster gehängt hatte, und daß während des Wahlaktes, sobald die Abstimmungsergebnisse bekannt wurden, die Namen der sozialdemokratischen Wähler rot, die der bürgerlichen Wähler blau angezeichnet wurden, jedoch beschriftet er, daß er dadurch, wie ihm zur Last gelegt wurde, groben Unfug begangen haben könne. Der Vorsitzende, Assessor Dr. Bortwien, fragte den Angeklagten, ob er denn dadurch, daß er die Namen der Wähler rot und blau antrich, dieselben nicht habe kennzeichnen wollen. Der Angeklagte bemerkte, das sei nicht seine Absicht gewesen. Durch den Aushang sollte jeder, der sich für den Ausfall der Wahlen interessierte, informiert werden über die Zahl der Stimmen, die für die Sozialdemokratie und für ihre Gegner abgegeben wurden. Wenn der Vorsitzende an eine Kennzeichnung zum Zwecke des Wapfotts denke, so sei diese Annahme schon deshalb hinfällig, weil unter den Angezeichneten gar keine Geschäftsleute waren, die von einem Wapfott hätten betroffen werden können.

Der einzige Zeuge, ein Kriminalassistent, sollte hauptsächlich darüber Auskunft geben, wieso denn durch den Aushang der Liste grober Unfug verübt worden sei. Während es in dem gegen den Angeklagten erlassenen Strafbefehl heißt, er habe durch den Aushang einen Auslauf verursacht und eine Belästigung des Publikums herbeigeführt, wußte der Zeuge nichts von einem Auslauf. Er hat am Wahltag in etwa 25 bis 30 Schanklokalen des betreffenden Polizeireviers auf Anordnung seines Vorgesetzten die ausgehängten Listen entfernt, nachdem etwa 15 bis 20 Personen, die in den Listen standen, auf dem Polizeirevier angefragt hatten, ob denn der Aushang zulässig sei. Einen Auslauf hat der Zeuge vor keinem der Lokale gesehen, höchstens fünf Personen standen gleichzeitig vor dem Fenster, ohne daß dadurch irgendeine Störung zu befürchten gewesen wäre.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, führte aus: Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts liege nur dann grober Unfug vor, wenn das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit belästigt oder der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung bedroht ist. Diese Voraussetzungen seien hier nicht gegeben. Wenn

einzelne Personen, die in der Liste standen, sich belästigt fühlten, so sei das keine Belästigung des Publikums in seiner unbestimmten Allgemeinheit. Nichts sei erwiesen, was die Handlung des Angeklagten als groben Unfug kennzeichnen könnte. Deshalb müsse die Freisprechung des Angeklagten erfolgen.

Der Vorsitzende verurteilte das Urteil: Das Gericht hält den Tatbestand des groben Unfugs für gegeben. Ein Auslauf hat zwar nicht stattgefunden, wohl aber eine Belästigung des Publikums. Das sei schon deshalb anzunehmen, weil — das Verhalten des Angeklagten typisch sei, denn gleichzeitig sei der Aushang der Listen in mehreren Lokalen erfolgt, so daß alle, die davon betroffen waren, sich belästigt fühlen konnten. Es sei auch kein Zweifel, daß durch die Kennzeichnung die soziale Existenz der Bürger angegriffen werden sollte. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt.

Vor demselben Gericht hatte sich wegen derselben Handlung die Schankwirtin Frau Lange, Reichenbergerstr. 83, zu verantworten. Rechtsanwalt Theodor Liebknecht bestritt, daß die Angeklagte überhaupt in Beziehung zu dem Aushang stehe, denn ihr Geschäft werde von einem Geschäftsführer verwaltet.

Der als Zeuge vernommene Kriminalassistent konnte nichts dafür bekunden, daß Frau Lange von dem Aushang etwas wußte. — Der Amtsanwalt hielt trotzdem die Klage aufrecht. Die Angeklagte habe von dem Schreiben der Sozialdemokraten in ihrem Lokal gewußt, sie habe auch gewußt, daß einer von der Gesellschaft die Liste antrich, also — sei sie des groben Unfugs schuldig und müsse mit 30 M. bestraft werden.

Rechtsanwalt Theodor Liebknecht: Ob die Angeklagte von dem Aushang gewußt und ihn geduldet habe, das ist nicht erwiesen. Man darf nicht auf Grund einer bloßen Annahme konstruieren, daß sie es gewußt habe. Wenn man nicht ein Tendenzurteil fällen wolle, dann müsse die Angeklagte freigesprochen werden. Bei der Beratung der vorigen Sache ist von autoritativer Seite gesagt worden, das rot und blau Anstreichen der Namen sei verboten. (Anscheinend hat der Verteidiger diese Bemerkung aus dem Beratungszimmer herausgehört, wo der Vorsitzende sehr laut sprach. Im Verhandlungsraum ist sie nicht gefallen. Der Richterstatter.) Wenn man einer Handlung so gegenübertritt, daß man sagt, ich halte sie für strafbar, ich will sie bestrafen, dann tut man etwas, was zu einem Tendenzurteil führt. Nicht das Gefühl, welches eine bestimmte Handlung von vornherein für strafbar hält, soll in der Rechtsprechung entscheiden, sondern nur die klaren Rechtsgrundsätze. Deshalb weise ich, wie in der vorigen Sache, so auch jetzt wieder auf die Entscheidung des Reichsgerichts hin, welche die Tatbestandsmomente des groben Unfugs angibt. Wenn wirklich die soziale Existenz einzelner bestimmter Personen gefährdet worden wäre, so ist das keine Belästigung des Publikums in seiner unbestimmten Allgemeinheit und auch keine unmittelbare Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung. Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß Herr Schöler hier ganz in der Nähe eine Liste von Wählern veröffentlicht hat, die tatsächlich eine Wählerliste ist und keinen anderen Zweck hat, als den Wähler, welche nicht für die Partei des Herrn Schöler gestimmt haben, wirtschaftlich zu boykottieren. Gegen Herrn Schöler aber ist die Amtsanwaltschaft auch nicht eingeschritten.

Das Gericht hielt auch in diesem Falle den Tatbestand des groben Unfugs für gegeben und verurteilte die Angeklagte zu 30 M.

Nachdem der Vorsitzende, Assessor Dr. Bortwien, das Urteil mit wenigen Worten begründet hatte, sagte er: Das Gericht verwahrt sich ganz energisch gegen die Unterstellung, als würde von einem preussischen Gericht ein Tendenzurteil gefällt.

Rechtsanwalt Theodor Liebknecht: Ich sagte, die von mir bezeichnete Annahme führt zu Tendenzurteilen.

Vorsitzender, mit einem Altenbündel auf den Tisch schlagend: Einerlei. Das Gericht weist diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurück.

Die gefällten Urteile beruhen auf logischen, juristischen und politischen Denkfähern, stehen aber mit der Gerechtigkeit hart auf dem Kriegsfuß. Schreibt ein Gesetz, wie das preussische Wahlgesez, Öffentlichkeit der Wahl vor, so liegt die möglichste Verbreitung dieser Öffentlichkeit im Sinne des Gesetzes. Ein Gesetzgeber, der vorschreiben würde, daß direkt oder indirekt auf dem Wege des groben Unfugs oder dergleichen zur Verstrafung gezogen wird, vor der vom Gesetz verlangten Öffentlichkeit die möglichste Verbreitung gibt, handelte widersprüchlich. Eine solche Widersprüchlichkeit dem Gesetzgeber zuzutrauen, verfährt gegen die elementarsten Regeln der Auslegung. Nach der

vielleicht auch der Dispens des Kultusministers beseitigen. Aber daß ein preussischer Prinz nicht schon Doktor ist, sondern es erst, wenn auch auf beschleunigte Weise, werden muß, das ist unerhört, das widerspricht dem Autoritätsprinzip, das ist Revolution. Wir denutzieren hiermit die Urheber dieser Staatsunterminierung allen, die für die Aufrechterhaltung des Bestehenden aufzukommen haben.

**Heiratlustige Witwer.** Nach der Pariser Bevölkerungsstatistik, die in jedem Juli veröffentlicht wird, wurde festgestellt, daß von hundert Witwern nicht weniger als 73 vor Ablauf des ersten Jahres nach dem Tode der Frau bereits wieder verheiratet sind, während 15 wenigstens bis kurz nach dem Ende des Trauerjahres warten. Zehn warten nicht einmal sechs Wochen bis zur Schließung einer neuen Ehe, und nur zwei Witwer scheinen untröstlich zu bleiben und heiraten nicht wieder. Von den Witwen dagegen, denen das Gesetz die Wiederverheiratung in den ersten dreiviertel Jahren nach dem Tode des Mannes verbietet, heiraten 25 Proz. im zehnten Monat ihrer Witwenchaft; 50 haben es weniger eilig und warten ein Jahr oder selbst zwei Jahre nach dem Verlust des ersten Mannes, ehe sie einen zweiten nehmen, 8 von 100 warten sogar fünf Jahre. Bei den übrigen, die dem verstorbenen Gatten treu bleiben, gibt meistens — das Alter eine genügende Erklärung. Kaum weniger heiratlustig aber sind die Geschiedenen. Die Frauen sind allerdings etwas vorsichtiger: gegenüber 5 Proz., die sich ohne Verzug wieder verheirateten, warten 60 Proz. bis zu zwanzig Monaten, und 36 Proz. verheirateten sich überhaupt nicht wieder. Aber von den Männern heiraten 76 unter 100 sofort von neuem, zwei töten sich vor Verzweiflung, neun bleiben fünf oder sechs Jahre unverheiratet, und nur elf haben für Lebenszeit von der ersten Ehescheidung Genug.

**Humor und Satire.**  
**Ode an den Sultan.**  
Mojestät! Nach längerer Unterlassung  
Schenken Sie Ihrem geehrten Volk eine Verfassung.  
Erlauben Sie mir untertänigst zu bemerken:  
Das ist eine frohe Stunde für die Türken.

Dieselben errichten bald voller Freude  
Am Bosporus ein Reichstagsgebäude.  
Eine Inschrift befindet sich weder hinten noch vorn,  
Doch ist es eine Pieder für das Goldene Horn.

Und wenn Sie die Verfassung zu geben geruht,  
So bleibe die Hauptsache: man so dahn!  
Der bloße Begriff freut jeden Schneider und Schuster;  
Machen Sie die Verfassung noch deutschem Muster!

Dann hat in allen wichtigen Fragen  
Das Parlament sowieso nichts zu sagen.  
Die Volksboten schimpfen, das ist klar wie Selter,  
Doch streichen sie leinem Bafir die Gehälter...

vom Gericht beliebten Logik mühten ja auch der Wahlkommissar, der die öffentliche Abstimmung geleitet, der Minister, der sie angeordnet und der Reichsanzler sowie seine politischen Freunde, die die öffentliche Abstimmung verteidigt haben, die gesamte Presse, insbesondere die amtliche Presse, welche das Ergebnis der Abstimmung unter Mitteilung der Namen und Parteilichkeit der gewählten Wahlmänner veröffentlicht haben, vor den Richtern gezogen werden. Das Urteil ist unbewußt die herbe Verurteilung der Öffentlichkeit der Wahl, denn es verurteilt lediglich deshalb, weil die Angeklagten die gesetzliche Mißhandlung der Wahlfreiheit aufgedeckt, die Kenntnis von diesem Gescheßle verbreitet haben.

Die Konstruktion des „groben Unfugs“ ist, wie der Verteidiger durchaus in Uebereinstimmung mit den Gesetzen des Reichs und logischen Denkens ausführte, ein juristischer Fehlsprung tiefster Gattung. Erklärlich ist die Verfolgung und Verurteilung durch die politische Befangenheit der Verfolgenden. Lediglich Sozialdemokraten sind auf die Anklagebank gezerrt, obwohl dieselbe Tat von den Anhängern anderer politischer Parteien ausgeübt ist. Der Vorsitzende ist, wie seine oben wiedergegebenen Bemerkungen klar erkennen lassen, so befangen, daß ihm die Gründe, welche seine Befangenheit klar erkennen lassen, nicht einmal zum Bewußtsein gekommen sind. Ein Gerichtsverfahren, welches nicht lediglich mit Rücksicht auf die Tat der Angeklagten, ohne Rücksicht auf die Person der Angeklagten eingeleitet wird, ist das Gegenteil einer gerechten Justiz. Wenn aber ein Richter, dem die Tatsachen angeführt werden, daß in dieser Weise angeklagt beziehentlich eine Anklage unterlassen ist, sich gegen Tendenzjustiz mit Worten und Altenbündeln verwahrt, so beweist er seine Befangenheit in kraffer Weise. Der Grundfah und das Kennzeichen einer Tendenzjustiz ist ja, wie der alte brave Terenz so nett ausdrückt: wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.

Die ergangenen Urteile bleiben klassische Zeugen für die Ungeeignetheit der heutigen Durchschnittsrichter, in politischen Prozessen gerecht zu urteilen und für das Warten der Klassenjustiz in Preußen-Deutschland. Das werden sie auch bleiben, nachdem diese juristischen Auswüchse in der juristischen Klinik einer höheren Instanz fortgebeizt sein werden.

## 9. ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Am 2. August und den folgenden Tagen findet im Gesellschaftshaus zur Vade in München der 9. ordentliche Verbandstag statt. Der 47 Seiten umfassende Geschäftsbericht konstatiert, daß der wirtschaftliche Aufschwung dem Verbande von der zweiten Hälfte des Jahres 1904 bis 1906 einen bedeutenden Zuwachs brachte. Die Organisation erstreckt sich über 11 Gauen, der Mitgliederstand betrug am 1. April 1906 98 380, am 31. Dezember 1907 136 885, also eine Zunahme von 38 499. Die Neuaufnahmen betragen 118 478, es müßte also unter Einrechnung des Mitgliederstandes vom 1. April 1906 der Mitgliederstand zurzeit 216 864 betragen. Ein nicht unbedeutender Teil davon ist infolge der Leipziger Beschlüsse, die bezüglich der Vereitigung der Grenzstreitigkeiten gefaßt wurden, zu anderen Organisationen übergetreten. Der Bericht macht noch besonders darauf aufmerksam, bei Neuaufnahmen streng in den Grenzen des Agitationsgebietes zu bleiben.

Die Einnahmen der Organisation halten mit der Mitgliederzunahme gleichen Schritt. Der Kasassenbericht weist eine Gesamteinnahme 4 090 375,02 M., eine Ausgabe von 2 995 362,95 M. auf. Hiervon beanspruchten die Lokalausgaben 700 985,70 M., die Erwerblosenunterstützung 777 476,17 M., die Streikunterstützung 962 748,46 M., die Maßregelungsunterstützung 57 336,69 M., Sterbegeid 26 617,42 M., Umzugsunterstützung 25 149,30 M. — Für Agitation wurden ausgegeben 85 547,67 M., die Druckkosten des „Proletariats“ beziffern sich auf 70 415,15 M. An Kasassenbestand verblieben 1 095 002,06 M. In den Jahren 1906 und 1907 hatte der Verband 218 Angriffs- und 94 Abwehrstreiks zu verzeichnen; an den Angriffsstreiks waren 17 895, an den Abwehrstreiks 6575 Personen beteiligt. Ausgesperrt wurden 6308 Personen. Der Ausfall an Lohn betrug bei den Angriffsstreiks 747 818 M., bei den Abwehrstreiks 400 559 M., bei der Aussperrung 921 367 M. Durch die Streiks und Lohnbewegungen wurden insgesamt für 14 689 Personen 60 888 Stunden wöchentlich Arbeitszeitverkürzung und für 67 224 Personen 128 688 M. wöchentlich Lohnherhöhung erreicht.

Bügeln Sie also bitte Ihren ersten Grimm;  
Wir können Sie trösten: die Sache ist nicht so schlimm.  
Sehen Sie auf die deutsche Verfassung, Majestät,  
Dann kriegen Sie die Ueberzeugung: es geht! es geht!  
(Gottlieb im „Tag“.)

**Notizen.**

— Walter Reikilows Totenfeier, die am Mittwoch im Seemannsgebäude stattfand, gestaltete sich zu einer ergreifenden Trauerkundgebung. Liebermann und Hauptmann hielten Reden, die dem Menschen und Künstler galten. Sie sollen morgen ausführlicher wiedergegeben werden.

— Die Zensur wacht! Durch Beschluß des Münchener Amtsgerichts I wurde das vor wenigen Tagen im München erschienenen Werk: „Die ergöglichen Nächte des Straparola“ übersezt von H. Floerke, beschlagnahmt. Die „ergöglichen Nächte“ erschienen in der Sammlung: „Perlen älterer romanischer Prosa“, die kulturgeschichtlichen Interessen dienen will. Man sollte die ganze ältere Literatur, die ja in Aufschwungs- und Redeweise das heutige Normalempfinden erheblich verlegt, mit einem Schläge verbieten. Das wäre einfacher und man wüßte, wie man dran ist.

— Das Phylogenetische Museum, das Prof. Gaedel der Universität Jena gestiftet hat, wurde dort im Anschluß an die Feier des 350. Universitätsjubiläums eingeweiht. Es enthält Gaedels reiche Sammlungen für die Geschichte der Stammesentwicklung des Tierreiches.

— Zwei Millionen Mark für ein Gemälde. Den außerordentlichen Preis von zwei Millionen Mark hat Sweden, wie der „Gaulois“ berichtet, der amerikanische Millionär Widener in Philadelphia für ein Gemälde von Van Dyck bezahlt. Es handelt sich um das berühmte Bild einer Dame, der ein Regentage die Schleppe trägt. Das Werk gehörte ehemals zur Sammlung Cattaneo.

— Eine stenographierende Schreibmaschine, eine sogenannter Stenotyper, ist nach einer amerikanischen Zeitschrift in den Vereinigten Staaten erfunden worden. Sie ist die Einfachheit selbst; sie ist viel kleiner als eine gewöhnliche Schreibmaschine und kann bequem auf dem Schoß gehalten werden. Außerlich sieht man nur die Rolle, über die das Papier gleitet, ein paar Zahnräder und die Klaviatur, die aus sechs Tasten besteht. Diese werden einzeln oder zu mehreren gleichzeitig angeschlagen und sehen so selber die Zeichen der Schrift zuammen. Das Erlernen des Alphabets soll ziemlich leicht sein; nach zwölf Wochen soll man es auf 100 bis 150 Wörter in der Minute bringen können; geübte Schreiber dagegen sollen es auf 200 Wörter in der Minute bringen, wodurch die Stenographie erheblich übertroffen wird. Außerdem soll die Maschine lautlos arbeiten.

## Kleines feuilleton.

**Der Schnelldoctor (doctor principis rapidissimus)** ist eine neue Errungenschaft der spezifisch preussischen Kultur. Es handelt sich nicht um die immerhin überlebte Methode, die früher in kleinen Universitäten Mode war, zwischen zwei fahrplanmäßigen Zügen den Doktorhut zu erwerben. Kein, diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei, da es nur auf die Zahlung der Gebühr ankom, da ein Engländer in Heidelberg erst für sich und dann für seinen Kutscher den Dokortitel erwarb und erst auf unerwartete Hindernisse stieß, als er sein Pferd doktorisieren lassen wollte. Heutzutage steht der deutsche Doktorgrad in hohen Ehren. Wer ihn nicht besitzt, fählt sich um so mehr gesämehelt, wenn der Stammtischkellner ihm nachträglich — gegen entsprechendes Trinkgeld — dazu verhilft. Und in besseren Gesellschaften ist von vornherein jeder, der nicht zufällig Professor, Rat oder gar Leutnant ist — Doktor. Das ist das Prinzip der Gleichheit, wie es in der guten bürgerlichen Gesellschaft verwirklicht ist: nicht Herr Kogniksel oder Herr Treppengeländer, sondern Herr Doktor. Kein Wunder, werden die Leute sagen, die überall organische Fortschritte entdecken, wenn auch ein preussischer Prinz Doktor wird. Und in der Tat, Prinz August Wilhelm, der vierte Kaisersprohling, ist Doktor der Staatswissenschaften geworden. Er ist der erste preussische Prinz derart. Bisher haben sie zwar mancherlei Handwerke erlernt, auch wohl das Abiturium gemacht, aber Doktor wurden sie nur ehrenhalber. Die bürgerliche Gleichheit hat jetzt zweifellos einen großen Fortschritt gemacht: dieser Prinz, der doch durch die Geburt zum Herrscher geschaffen ist, hat und noch dazu in den Regierungswissenschaften, was ja die Staatswissenschaften bei uns im Grunde sind, seine Befähigung durch ein Examen beweisen wollen. Die Anhänger der autoritären Monarchie, des Gottesgnadentums schlecht und ohnehin, mühten dagegen Einspruch erheben. Denn solche Zustände an die Bürgerlichen, müssen sie mit Recht schlußfolgern, führen zur Untergrabung der Legitimitätsbegriffe. Wie, ein Prinz, der unter Umständen berufen ist, mit 18 Jahren ein Millionenreich zu regieren, von Gottes Gnaden und nicht dank seiner Befähigung oder Examina, ein Prinz, der mit acht oder zehn Jahren ohne weiteres die höchste Ehre, die unser Staat vergibt, des militärischen Ranges für würdig gehalten wird, soll Wänke drücken, sich von Professoren prüfen lassen über Dinge, die er kraft seines Geburtsrechtes viel besser beherrscht, als sie, und auf die Gefahr hin, eventuell durchzufallen! Man hat offenbar diese nur zu berechtigten Einwände vorausgesehen und daher diese neue Art des prinziplichen Doktors eingeführt, die immerhin von derkommen einigermassen unterchieden ist. Während der gewöhnliche Sterbliche, um vir doctissimus zu werden, mindestens sechs Semester studieren muß, genügt bei diesem Prinzen mit kulturalministerieller Genehmigung schon vier. Vielfach läßt sich die Semesterzahl noch weiter herabsetzen,



Zur Agitation unter den Ziegeleiarbeitern wurde entsprochen den Verhältnissen in Leipzig ein eigener Agitationsleiter aufgestellt und Kollege Berg-Offenbach gewählt. Er hatte seine Tätigkeit am 15. März 1907 aufgenommen. Als der Agitationsleiter seine Tätigkeit begann, machten sich die Vorboten des wirtschaftlichen Niederganges bemerkbar. Infolge der verminderten Bau-tätigkeit und der vorhandenen Lagerbestände wurde der Betrieb in zahlreichen Ziegeleien nicht in vollem Umfange aufgenommen. In verschiedenen Gegenden stand eine Anzahl Ziegeleien gänzlich still und Lohnreduzierungen, die untrüglichen Merkmale des wirtschaftlichen Niederganges stellten sich ein. Die eigenartigen Erwerbsverhältnisse in der Ziegelindustrie bilden gar mannigfache Hindernisse, die bei der Agitation hemmend in den Weg treten. Außer der Abwesenheit der Betriebe, der Lohalffrage, der langen Arbeitszeit, die die Agitation hauptsächlich nur auf die Sonntage beschränkt, der Beschäftigung der ausländischen Arbeiter, sind es noch die typischen Ziegeleiarbeiter, die in ihrer konservativen Anschauung nur einen Hemmschuh für die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Ziegeleiarbeiter bilden. Diese für die moderne Arbeiterbewegung zu gewinnen, ist wohl eine der schwierigsten, aber auch wichtigsten Aufgaben. — Der Geschäftsbericht des Vorstandes schließt wie folgt: Die abgelaufene Berichtsperiode war an Arbeiten, Kämpfen und Erfahrungen reich. Wenn die Kollegen aus der abgeschlossenen Periode die richtige Richtung ziehen, dann wird auch in Zukunft die Fortentwicklung des Verbandes günstig sein. Dem weiteren Ausbau der Organisation widmet der Verbandstag seine Tätigkeit. Möge es ihm gelingen, das Richtige zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen und zum Gedeißen der Organisation treffen.

## Aus Industrie und Handel.

### Zum Bankrott in Solingen.

Zwischen dem Zusammenbruch der Solinger Bank und den Produktionsverhältnissen der Solinger Industrie besteht ein tiefer innerer Zusammenhang. Die Solinger Stahlwarenindustrie hat aus den alten Zeiten der Zusammengehörigkeit von Stahlwarenproduzent und -Händler ganz sonderbare Wirtschaftsgebilde in die neue Zeit hinübergerettet. Den selbständigen Meister-Kaufmann, der früher im beschränkten Rahmen in seiner Werkstätte produzierte und die Erzeugnisse selbst auf den Markt brachte, ersetzte der moderne Kaufmann, der im „Verlag“ die Stahlwaren produzieren läßt. Diese Verhältnisse lassen beispielsweise bei der Messerfabrikation in fremden Betrieben die Klingen und Erlen schlagen, die Hefte schneiden, dann die Klingen schleifen und polieren, das Messer zusammensetzen, reiden und ausmachen und schließlich zum Versand fertig verpacken. Diese Kaufleute bedürfen keines großen Kapitals — erreichen aber trotzdem sehr große Umsätze.

In den letzten Jahrzehnten haben sich nun aber auch schon große Kombinationsbetriebe herausgebildet. In diesen wird das Produkt vom ersten bis zum letzten Handgriff hergestellt, wodurch sich gegen die reinen Kaufleute ein eminentes Vorteil ergibt. In diesen Großbetrieben herrscht aber noch — was zu beachten ist — der im „Verlag“ arbeitende Arbeiter vor. Er hat von dem Fabrikanten nur einen bestimmten Arbeitsraum gemietet und ist eigentlich ein Auftragsarbeiter für den Großunternehmer.

In dem lebhaften Konkurrenzkampfe, der sich zwischen den Kombinationsbetrieben und den reinen Kaufleuten entwickelt hat, konnte es nicht ausbleiben, daß diese gegen die großen Fabrikanten zwar ins Hintertreffen gerieten, aber sie konnten sich bis heute in fast unverminderter Zahl erhalten.

Weil die Solinger Industrie eine Qualitäts-Industrie ist, hat sich die Kaufmannschaft den Handel mit Qualitätswaren, wenn auch nicht ganz so doch zum größten Teile zu monopolisieren gewagt. Die Möglichkeit dazu liegt in den Arbeiterverhältnissen.

Die Qualitätskäufer sind besonders konservativ in ihren Anschauungen über das Arbeitsverhältnis. Sie wollen „selbständig“ bleiben. Man kann sie nicht in die Fabriktür hineinkommen. Sie arbeiten höchstens, wenn sie nicht selbst einen kleinen elektrischen Betrieb haben, an gemieteten Schleifsteinen. Dadurch wird der Prozeß der Qualitätsverschlechterung und der Verbilligung der Produkte nicht unwesentlich aufgehalten.

Die zweite konservativ wirkende Ursache ist — war, muß man heute eigentlich sagen — das eigenartige Solinger Geldkreditwesen.

Die jetzt betrachtete Solinger Bank sah ihre besondere Aufgabe darin, die kleinen Kaufleute zu stützen, die Bank des kleinen Kaufmannes zu sein. Diese kleinen Kaufleute waren aber sehr unsichere Debitoren. Gerade in dem letzten Jahrzehnt haben die Firmen ihre Geschäfte zu vergrößern gesucht; aber sie konnten diese Vergrößerung, weil es ihnen zumeist an eigenem Gelde mangelte, nur unter Steigerung des Kredits vornehmen. Dann sind anstehende die Geschäfte nicht so gegangen, wie erwartet wurde. Die ausländische — besonders englische — Konkurrenz auf dem Weltmarkte wurde schärfer, die Stahlpreise stiegen, die hemmenden Wirkungen der neuen Handelsverträge kamen dazu, auch die Konkurrenz der großen Firmen wurde empfindlicher. Die alten Handelsgeschäfte büßten erheblich ein.

Zwar sind die ersten großen Verluste bei der Solinger Bank schon vor circa fünfzehn Jahren eingetreten. Aber das letzte Jahrzehnt erst hat die Höhe der Verluste so stark gesteigert, daß — besonders durch Vernachlässigung jeder Vorsichtsmäßigkeit — die Existenz der Bank in Frage gestellt wurde. Die gegenwärtige Krise hat dann die im Vorfeldes der Bank befindlichen Papiere noch mehr entwertet. Und die Sache endete mit dem Konkurs. Und die Folgen sind noch nicht übersehbar. Circa 40 Firmen der Stahlwaren-Industrie werden wohl noch unmittelbar infolge des Bankrotts, mittelbar aber als Opfer der künstlich hochgehaltenen überlebten Kleinbetrieblichen Produktions- und die ebenso überlebten Handelsverhältnisse des Solinger Industriebezirks fallen.

### Internationaler Arbeitsmarkt.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat in den Ländern, in denen die Landwirtschaft noch einen großen Prozentsatz der Bevölkerung enthält, während des Monats Juli keine weitere Verschlechterung, sondern vielmehr vereinzelt sogar eine leichte Erholung erfahren, während in Ländern mit vorwiegend industriellem Charakter die gewerbliche Depression des Arbeitsmarktes sich noch weiter verschärft hat.

In Großbritannien z. B. ging die Arbeitslosigkeit von 7,9 Proz. Ende Mai auf 8,2 Proz. Ende Juni hinauf. Ende Juni 1907 hatte sie erst 8,6 Proz. betragen. Sie ist also mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahre. Der größten Prozentsatz der Arbeitslosen stellte das Eisengewerbe und hier wieder die weiterverarbeitende Industrie. Die Lage des Schiffbaues hat sich allerdings infolgedessen etwas gebessert, als mit dem Ende der Aus-sperzung in der gesamten Schiffbauindustrie die Beschäftigungslosigkeit zurückging. Waren doch 35 000 Arbeiter vom Januar resp. April ab infolge der Aussperzung ohne Arbeit. Nunmehr war die Arbeitslosenziffer mit 20,6 Proz. gegen 6,4 Proz. im Juni 1907 noch äußerst hoch. In der Maschinenindustrie nahm die Arbeitslosigkeit weiter ab. Auf den Eisen- und Stahlwerken war die Beschäftigung, berechnet aus der Zahl der Beschäftigten und der Zahl der Arbeitsstunden um 14,7 Proz. geringer als 1906. Ueberwiegend ungünstig war die Lage auch in der Textilindustrie. Einen hohen Grad erreichten vor allem die Lohnreduzierungen in der Leinwandindustrie, wo das Lohnniveau gegenüber dem Vorjahre um nicht weniger als 19,4 Proz. sank. Noch trauriger sah es in der Spitzenindustrie aus, wo sich das Lohnniveau um

22,6 Proz. senkte. Wesser als im Vorjahre war die Lage des Arbeitsmarktes in einigen Zweigen des Bekleidungsgebietes.

In Belgien erfuhr die Arbeitslosigkeit von Mai auf Juni eine abermalige Verstärkung und war sehr viel umfangreicher als im Juni 1907. Es waren nach der Arbeitslosenstatistik 4,8 Proz. unbeschäftigt gegen 3,9 im Mai und 1,8 im Juni 1907. Die Verschlechterung am Arbeitsmarkte gegenüber dem Vormonat ist auch hier hauptsächlich auf die weitere Abflauung in der Eisenindustrie zurückzuführen. Auf den Hochofenwerken hat die Beschäftigung noch mehr nachgelassen, da die Verarbeitung weiter ein-geschränkt wurde und der Roheisenbedarf abermals abnahm. Die Nachfrage ging besonders deshalb zurück, weil die deutsche Kon-furrenz der belgischen Eisenindustrie den Absatz im Auslande stark beeinträchtigte. In den Konstruktionswerkstätten war die Arbeitslosigkeit fast ausreißend. In den Eisenbahnmateriale her-stellenden Betrieben und im Schiffbau war fähiger Arbeits-mangel vorhanden. Im Bergbau wurde die Ansammlung großer Vorräte nur durch umfangreiche Förderbeschränkungen vermieden. Ueberwiegend schlecht war die Lage des Arbeitsmarktes in der Glasindustrie; besonders in der Fensterglasindustrie fehlte es an Arbeit. Im Textilgewerbe nahm die Beschäftigung im Juni beträchtlich ab, Baumwollspinn- und Webereien schränkten die Arbeitszeit merklich ein. Das gleiche gilt vom Wolle-gewerbe.

In Deutschland hat sich die Lage nicht verschlechtert, der Andrang am Arbeitsmarkte ist vielmehr gegen Mai zurückgegangen; ob indes damit schon eine merkliche Verminderung der Arbeitslosig-keit Hand in Hand ging, läßt sich noch nicht feststellen.

In Frankreich hat die Arbeitslosigkeit abgenommen. Bei 954 Arbeiterorganisationen mit 220 404 Arbeitern ist die Beschäftigungs-losigkeit von 11,9 Proz. im Mai auf 7,8 Proz. im Juni zurück-gegangen. Dieser Rückgang ist so erheblich, daß die Ungunst gegen-über dem Vorjahre dadurch wesentlich herabgemindert ist. Die Ver-schlechterung beträgt nur noch 1,1 Proz., während sie im Mai noch 6,0 Proz. betrug. In der Belegung des Beschäftigungsgrades haben neben dem Wein- und Ackerbau das Baugewerbe und die Seiden-industrie hervorragenden Anteil. Die Vautätigkeit ist vornehmlich in der Provinz überaus lebhaft, aber auch in Paris erfuhr sie im Juni eine kräftige Anregung. Infolge der flotten Bau-tätigkeit wurde auch in der Zement-, Ziegel- und in anderen vom Baugewerbe alimentierten Industrien rege gearbeitet. Im Seidengewerbe bestand zwar meist noch eine merkliche Arbeitslosigkeit, doch stellen-weise erfuhr die Beschäftigung auch schon eine kräftige Belegung. Weniger befriedigend sah es in der Baumwollindustrie aus: nur in einzelnen Bezirken war die Tätigkeit befriedigend. Das Bekleidungs-gewerbe befand sich in voller Saison. Die Metallarbeiter litten unter andauerndem Beschäftigungsmangel.

In den Vereinigten Staaten von Amerika nimmt die Beschäftigung in einer Reihe von Gewerben wieder zu. In erster Reihe herrscht im Textil- und Bekleidungs-gewerbe wieder regeres Leben. Aus New-England wird berichtet, daß die Betriebseinschränkungen zum großen Teil wieder aufgehoben wurden. Auch im Baugewerbe zeigte sich größere Lebhaftigkeit, so daß die Nachfrage nach Bauholz zunahm. In einzelnen Zweigen des Eisengewerbes war ebenfalls eine Belegung nicht zu ver-kennen.

Reichsfinanzreform und Handelskammern. Die Mannheimer Handelskammer hat als Vorort des badischen Handelstages am 22. Juli an das badische Finanzministerium das Ersuchen gerichtet, beim Reichsschatzamt für die Veröffentlichung der bis-her festgestellten Entwürfe zur Reichsfinanzreform wirken zu wollen, damit der lebhaftesten Verrückung in den Kreisen von Handel und Industrie entgegenge-wirkt werde. Sollte die Ver-öffentlichung nicht erfolgen, so möge man zu den vertraulichen Beratungen, die im badischen Ministerium über die Reichs-finanzreform stattfinden, einige Vertreter der badischen Handelskammern hinzuziehen. — Weides hat der badische Finanz-minister mit Schreiben vom 27. Juli abgelehnt. — Am 29. Juli antwortete darauf die Mannheimer Handelskammer, daß dieses Ver-fahren der Reichsfinanzreform nicht dienlich sei. Zugleich teilte sie mit, daß sie von mehreren Handelskammern ver-anlaßt worden sei, gegen die beabsichtigte Elektrizitätssteuer Stellung zu nehmen. Die Kammer weist deshalb auf die ersten Bedenken hin, die dieses Steuerprojekt hervorruft, da, wie die Entwicklung der Kommunalbetriebe zeige, es sich um ein Lebensbedürfnis der gesamten Volkswirtschaft handle. Die süddeutschen Projekte zur Ausnützung der Wasserkraft würden durch die Steuer gehindert werden. Eventuell würde diese Steuer daher eine Sonder-belastung Süddeutschlands bedeuten.

Zur Frage der Schiffsabgaben erklärt die Handels-kammer in Ludwigshafen a. Rh. in ihrem soeben ausgegebenen Jahresbericht, daß die Erklärung der preussischen Re-gierung, wonach die angestrebten Stromläufe lediglich die Dedung künftiger Ausgaben für Verbesserung der Ströme verfolgen sollen, die Angelegenheit in ein anderes Licht gerückt habe, daß aber die Kammer dennoch sich nicht über die überwiegenden Nach-teile hinwegzusetzen vermöge, zumal keine Gewähr dafür ge-gesen sei, daß nicht die angegebenen Motive hinter fiskalischen und agrarischen später zurücktreten.

## Literarisches.

Gewerkschaftsliteratur. Im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin SO., Engel-lufer 15 IV, sind erschienen: Protokoll der Verhandlungen des 6. Gewerkschafts-kongresses, abgehalten vom 22.—27. Juni 1908 in Hamburg, sowie „Die deutschen Gewerkschaften. Neue graphische Darstellungen und statistische Tabellen“ von L. Brunner. Beide Schriften sind durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Protokolls beträgt 1 M. pro Exemplar, der der Brunnerschen Schrift 1,50 M. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten die Schriften zum Selbstkostenpreis, das Protokoll zu 25 Pf. und die Schrift von Brunner zu 50 Pf. pro Exemplar.

Das 23 Bogen starke Protokoll ist eine stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Reserate und Dis-kussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Ma-terial für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben.

Die von L. Brunner bearbeitete Schrift gibt einen Ueberblick über die Stärke und die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften seit dem Jahre 1890, sowie eine vergleichende Uebersicht der internationalen Gewerkschaftsbewegung in Bezug auf die Größe der Bewegung in den einzelnen Ländern. Veranschaulicht wird diese Darstellung durch zehn graphische Tabellen und einer statistischen Aufstellung. Die Arbeit ist eine Fortsetzung und Ergänzung der Schrift mit gleichem Titel, die zum ersten Male im Jahre 1906 herausgegeben wurde. War in der ersten Schrift das Hauptgewicht auf die Darstellung des Verhältnisses der Organi-sierten zur Zahl der Berufsgenossen gelegt, so ist bei der vor-liegenden Arbeit Wert darauf gelegt worden, die geographische Ver-breitung der Gewerkschaften und den Charakter derselben als Kampforganisation und ihre Erfolge zur Anschauung zu bringen. Beide Schriften verdienen die weiteste Verbreitung.

## Aus der Frauenbewegung.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Jugendabteilung. Sonntag, den 9. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-lufer 15. Vortrag, Genosse Barm, Naturgeschichte und Schöpfungslehre. Jugendliche als Gäste willkommen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beantwortung findet im „Vorwärts“ Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 100. Fabrikstr. 100 wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Schließt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Beantwortung um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezeichnung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Eilige Fragen trage man in der Beantwortung vor.

G. R. 100. Seien Dank, wird gelegentlich verwendet. Vergessen Sie nicht zu reklamieren. — H. R. 7. Wenn Ihre Tante ohne unter-stützungsberechtigt zu werden, zwei Jahre lang hier lebt, hat sie eine Ab-schließung nicht zu befürchten. Ein Verbot des Zugewinns ist in Ihrem Falle nicht zu befürchten. — G. R. 100. Leider gibt es eine solche nicht: nur die Anstalten in Daxhof und Buch sind unbekannt. — F. R. 55. Wenden Sie sich an die Stützungsdeputation, Poststr. 16 II. — E. 12. Wer Gebarmen werden will, muß sich an das Polizeipräsidium wenden. Dann wird ein Vorkommen bei dem Präsidium abgehalten (Lesen, Schreiben, Rechnen, Sehen, Hören), hierauf erfolgt die Eintragung in die Bewerber-liste. Der Reihenfolge der Meldungen nach erfolgt später die Eintragung zum Kurulus in der Charité. Der Kurulus dauert ein halbes Jahr, die Kosten betragen 300 M. Hierauf erfolgt die Ablegung des Examen und dann die Beurlaubung zur Gebarmen. Da Personen, die über 30 Jahre alt sind, zu Gebarmen nicht ernannt werden sollen, und der Andrang ein sehr starker ist, so wäre eine Meldung nur für die angebracht, die unter 27 Jahre alt sind.

Antlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Marktfrage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr gemäßig, Geschäft still, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr gemäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beauptet. Fische: Zufuhr reichlicher, Geschäft sehr schleppend, Preise mehrsch nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr ausreichend, Geschäft in Obst rege, sonst schleppend, Preise wenig verändert.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 44. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Vom Reichsbankrott. — Das Unbillige Genossenschaftswesen. Von Emile Vandervelde. — Solingen. Eine Ehrenrettung von W. B. Dittmann (Frankfurt a. M.). — Das Ende der deutschen Jugend-organisation? Von Karl Böttcher (Berlin). — Das hundertjährige Jubiläum des Verbandes der Schuhmacher Deutschlands. Von Dionys Zimmer. — Literarische Rundschau: Lebenshaltung und Arbeitsverhältnisse der deutschen Bauhilfsarbeiter. Von —. — Notizen: Reichsmaß des Dings. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-handlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stellen jederzeit zur Verfügung.

Von „Wahren Jacob“ wird in den nächsten Tagen die 16. Nummer des 25. Jahrgangs erscheinen. Sie bringt die Wiedergabe eines vorzüg-lichen Bildes unseres verstorbenen Franz Josef Gerhart nebst einem warm empfundenen Nachruf. Des weiteren enthält die Nummer eine längere Ab-handlung Wilhelm Weiling, der deutsche Gleichheitskommunist 1808 bis 1871“ von Edward Bernstein, der ein Portrait Weilingens beigegeben ist. Aus dem sonstigen Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Aussicht auf die Zukunft“ und „Adam und Eva im zwanzigsten Jahr-hundert“, sowie die weiteren Illustrationen „Sehr geeignet“, „Vom Motten-verein“, „Aus dunkler Zukunft“, „Die Arbeiter und der Krieg“, „Die Frau des Parlamentarier“, „Verlechte Welt“, „Die Junggesellen-steuer“, „Einsiedlerregiment“ und „Geleitetes Teufelsmedel“. Der letzte Teil der Nummer bringt noch die Geschichte „Der Invalide“, „Ritter Freilicht“, „Das Luftschiff“ von Robert Seidel, „Planer Ränke“ von Max Stempel. „Wie's gemacht wird“ und zahlreiche größere und kleinere satirische Beiträge in Prosa. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Witterungsbericht vom 30. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temperat. in Grad C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Temperat. in Grad C.
Strombe	768 N	—	Stoßig	21	Paparus	—	—	—	—
Hamburg	771 NNO	—	2 wolkenl	16	Petersburg	767 B	—	1 wolkenl	20
Berlin	769 NB	—	2 bedekt	20	Sibir	775 B	—	1 heiter	14
Konstanz	769 NO	—	4 heiter	21	Aberdeen	766 SW	—	bedekt	16
München	768 NO	—	1 hebel	17	Paris	771 N	—	3 bedekt	17
Wien	763 SW	—	heiter	20	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Freitag, den 31. Juli 1908. Etwas wärmer, zunächst meist heiter bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

## Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Fritz Jänicke, Mauerstr. 69.  
Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Hof-parterre.  
Süden und Südwesten: Hermann Werner, Gensensstraße 72, Laden.  
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brinzenstr. 31, Hof rechts part.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Händlerdörferstr. 3, am Rühmteppich. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufplatz 14/15 (Laden).  
5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof).  
6. Wahlkreis (Moabit und Hansviertel): Karl Anders, Salzweiderstr. 8, im Laden.  
Wedding: Karl Reiche, Nagelschloßstr. 49.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Raiche, Ackerstr. 36, Eingang Anhalterstraße.  
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Lohsestr. 123.  
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Rudowerstr. 33 II.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seemannsstraße 1, Ecke Weibstr. Laden.  
Wilmerdorf-Balensee: Tillie, Eismaringenstr. 5.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzenstraße 50, I.  
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.  
Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.  
Bohnsdorf und Falkenberg: W. Pfeifer, Bohnsdorf, Ge-nossenschaftshaus.  
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.  
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostraße 2.  
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
Tempelhof: W. Müller, Reichenstr. 41/42.  
Ober-Schöneberg: Julius Brunow, Gbfstr. 10, I.  
Nieder-Schöneberg: Bonafons, Haselwerderstr. 8.  
Johannisthal: Steidle, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
Adlershof: Erich Steuer, Hasenbergstr. 5, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Kautzgarten 3.  
Köpenick: Friedrich Seid, Kiefernstr. 6, Laden.  
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernier, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Verteilungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Rehr, Duppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a.  
Mariendorf: Hermann Reichardt, Gausstr. 27.  
Baumschulenweg: D. Hornig, Marienhalerstr. 13, I.  
Treptow: Rob. Gramenz, Kiehlhofstraße 412, Laden.  
Neu-Weißensee: Kurt Hubermann, Sedanstr. 105, parterre.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Guria, Grünweg 46 I.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Ritztal, Borsigwalde, Kaufstraße 10.  
Pankow-Niederschönhausen: Mühlstr. 73.  
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Gohlfeldstr. 74, part.  
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Erich Zimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Str. 8.  
Teltow: Wilhelm Reiter, Gohlfeldstr. 7.  
Nowawes: Wilhelm Jappe, Gohlfeldstr. 46.  
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.  
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Waldstr. 14.  
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.  
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.  
Bitte ausschneiden.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, den 31. Juli.  
Neues kgl. Operntheater. La Traviata.

Anfang 8 Uhr.  
Deutsch. Die Brettergrün.  
Neues. Der Herrschens.  
Neues Schauspielhaus. Die Dollarpinze.  
Kleines. 2x2=5.  
Zu Spielhaus. Die blaue Maus.  
Wesien. Ein Walzertraum.  
Sänger O. (Wagner-Theater.)  
Marika.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Diebin.  
Thalia. Der Mann mit dem Rock.  
Bernhard Hofe. Das Geheimnis von New York.  
Metropol. Das muß man sehen.  
Hypoko. London Suburbia. Spezialitäten.  
Pafage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.  
Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anfang 7 Uhr.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Reichshallen. Winter-Opern.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Urania. Tautenkranz 18/10.  
Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

**Schiller-Theater O.**  
(Wagner-Theater.) Moritz-Oper.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Wolfgang Helrich Bötöl.  
Martha oder Der Markt zu Richmond.  
Romantische Oper in 4 Akten von W. v. Flotow.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Fidelio.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr,  
bei halben Preisen:  
Undine.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Oberon, König der Elfen.

**Kleines Theater.**  
Freitag, den 31. Juli a.,  
Anfang 8 Uhr:  
2 mal 2 = 5.  
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.  
Montag: 2 mal 2 = 5.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Ein Walzertraum.  
Operette von Max Strauß.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches  
8 Uhr. Schauspielhaus. 8 Uhr.  
Sommerpielzeit. Leitung v. G. Pflü.  
Freitag, den 31. Juli:  
Die Diebin. (Leah Kleschna.)  
Sensationschauspiel in 4 Akten von G. M. E. Mc. Lellan.  
Sonnab. 1. Male: Der Rabenwälder.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Nr. Frankfurter Str. 132.  
Das Geheimnis v. New York  
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.  
Auf der Gartendüne:  
Theatervorstellung. Spezialitäten.  
Anfang 4 1/2 Uhr.  
U. a.: Carmen, Karl Braun, Paul Coradini.

**Metropol-Theater**  
Zum 316. Male:  
Das muß man seh'n.  
Neue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Nahezu gestaffelt.

**Apollo Theater**  
Letztes Auftreten aller  
Juli-Attraktionen!  
Letzte Aufführung:  
Die süßen Grisetten.  
10 Uhr:  
London Suburbia.  
Sonnabend, den 1. August:  
Premiere  
Vera Violetta.  
Operette von G. Sydler.

**Passage-Theater.**  
Der größte  
Saisonserfolg  
Gastspiel Willi Agoston in der  
tollen Burleske  
Berlin in Stimmung!  
Das Tollste vom Tollen  
und die  
neuen Juli-Spezialitäten.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Die Gletscher der Hochgebirge und  
die Eiszeit unserer Heimat.  
**ZOOLOGISCHER  
GARTEN**  
Täglich:  
Gr. Militär-Doppel-Konzert  
Eintritt 1 M.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren  
— die Hälfte. —

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Die blaue Maus.

**Gebrüder  
Herrnsfeld-**  
Vorwerk. Theater. Vorwerk.  
11-2 Uhr. 11-2 Uhr.  
Sonnabend, 1. August:  
Eröffnungs-Vorstellung  
und  
Premiere der Novität  
Das kommt davon!  
mit dem Vorpiel:  
„Es lebe das Nachtleben!“  
Komödie in 3 Akten von Anton  
und Donat Herrnsfeld.  
Billetvorverkauf für die  
Premiere  
an der Theaterkasse, bei Berthelm  
und im Anwaltsbureau.

**Schweizer  
Garten.**  
Am Königstor — Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater-Vorstellung,  
Spezialitäten und Ball.  
Jedes Abend Berliner Leben.  
10 Uhr:  
Vollständ. mit Gesang in 3 Bildern.  
Jedes Kinderfreudefest.  
Bühnen- und Kinematograph.  
Entree 20 Pf.  
An Wochentagen ist Saal u. Garten  
an Vereinen zu Festlichkeiten zu  
vergeben.

**Passage-Panoptikum.**  
Ohne Extra-Entree.  
Der Riese  
aller Riesen  
Pisjakoff  
Eintritt 50 Pf.  
Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Brunnen-Theater**  
Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.  
Täglich:  
Der deutsche Michel.  
Erstklassige Spezialitäten.  
The 5 Violinos Trio Susson  
Kurt Elly. The 4 Berliners  
Kudolf Müller.  
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.  
Vorverkauf von 10 Uhr ab.  
Dienstag, den 4. August:  
Gr. Benefizvorstellung für Karl Friedau

**Volksgarten-Theater**  
am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Freitag, den 31. Juli:  
Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
„Goldene Herzen“  
Vollkaffe mit Gesang in 3 Akten.  
Neues Riesen-  
Programm.

**Neue Welt.**  
Hasenheide 108-114.  
Täglich:  
Doppel-Konzert  
und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Abends 10 Uhr:  
Mr. Gadbin II.  
Ickühner Kopfsprung aus der  
6. Etage.  
Anf. 8 Uhr. Entree 25 Pf.

**Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“**  
Sonntag, den 2. August:  
Großes Erntefest  
beranfaßt von den Laubkolonisten auf ihrem Gelände in  
Bohnsdorf bei Grünau.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Großer Ernte-Festzug mit Musik.  
Am Abend großer Kinder-Festzug, Kinderbelustigungen  
auf dem Festplatz.  
Festkarte 10 Pf.  
Freunde und Gönner der Genossenschaft laden freundlich ein  
Das Komitee.

**Diez' Spezialitäten-Theater**  
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.  
Bestmögliche Jahrgesellschaft nach allen Stadtrichtungen.  
Ob schön! Täglich: Ob Regen!  
Das neue und beste Programm Berlins.  
Die größte und beste Bauhütergruppe der Gegenwart. Gehr. Bügler.  
10 Riesen-Löwen u. 8 Riesen-Bären.  
Anfang 3 Uhr. Entree Wochentags 20, Sonntags 30 Pf.  
Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

**Von der Waisenbrücke.**  
Am Sonnabend, den 1. August:  
Mondscheinfahrt mit Musik nach Freibad Grünau.  
Abf. 9 1/2, abends. Hin und zurück 50 Pf.  
Sonntag, den 2. August, durch die herrliche Duberow nach  
Teupitz. Abf. 7 Uhr. Hin und zurück 2 M., Kinder 1 M.  
Herm. Hertzner. Tel. Amt 4 6718.

**Dampfer-Extrajahrten.**  
Am Sonnabend abends ab  
nach Neuditz 9 1/2, Uhr vorm. Preis hin u. zurück 75 Pf., einseitig 50 Pf.  
Am Sonntag von der Waisen-Brücke: 1. Nach Woltersdorfer  
Schleuse, Abfahrt vorm. 8 u. nachm. 2 Uhr. 2. Nach Freibad Grünau  
und Krampenburg vorm. 9 1/2, Uhr. 3. Nach Freibad Grünau,  
Krampenburg und Neue Mühle nachm. 2 Uhr. Fahrpreis:  
Einseitig 50 Pf. Rückfahrt 60 Pf. 73702  
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin.  
Tel.: Amt VII, 580 und 13 459.

**Gr. Mondscheinfahrt**  
nach Neue Mühle, „Zur Schleuse“  
Sonnabend, den 1. August.  
Abfahrt ca. 1/2, 9 Uhr abends  
Hin und zurück 50 Pf.  
Rückfahrt früh 5 Uhr } ab  
Im Gasthaus „Zur Schleuse“: Großer Sommernachts-Ball.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Wilhelm Thormann.

**Große Extra-  
Dampferfahrten**  
Sonnabend, den 1. u. Sonntag, den 2. August:  
nach Wernsdorfer Schleuse (Gosener Berge).  
Abfahrt früh 9 1/2, und nachm. 2 Uhr.  
Sonnabend hin u. zurück 50 Pf.  
Sonntag hin 50 Pf., zurück 60 Pf.  
Dazu laden ein W. Schwedler, Rest. „Oder-Byree-Kanal“.

**Max Kliems  
Sommer-Theater.**  
— Hasenheide 13-15. —  
Kritische Leitung: Bernhard Lango  
Täglich: Großes Konzert, Theater-  
und Spezialitäten-Vorstellung.  
Heute Donnerstag: Elite-Tag.  
**Fröhels Allerlei-Theater.**  
Schönhauser Allee 148.  
Täglich:  
Berliner Herzen.  
Vollständig in 2 Akten.  
Dazu  
erstklassige Spezialitäten.

**Gstbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Südostuferstr. 71  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Großes Konzert,  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Sanssouci, Kottbuser  
Straße 9.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Heute, Freitag:  
Großer Lachsfisch!  
Berliner Sänger  
Durchweg neues  
Programm.  
Erstklassige Künstler  
Langfranzchen.  
Sonntags Beginn 5,  
wochent. 8 Uhr.

**Herrenkleidung für 1 Mark**  
wöchentliche Teilzahlung, fertig und nach Maß, auch mit Knöpfe, liefert das bekannte  
Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Stralauer Str. 28, Wolkenmarkt,  
ohne Verkaufszwang. Verarbeitung haltbarer Stoffe unter Garantie für langle-  
bigen Sitz. Besuch mit Kostüm jederzeit. Nichtabgehobte Bestellungen, Gelder  
(Kontogardieren) werden nur im  
Konsumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstraße,  
zu spottbilligen Abnahmepreisen nur gegen Kassa verkauft.  
Des Modellsaufwand

**Gottschalk & Co., Alvenslebenstr. 6,**  
feiert am Sonnabend, den 1. August 08, das Jubiläum seines 10jährigen  
Bestehens.  
Der Begründer der Firma und jetzige Inhaber hat es verstanden,  
durch reelle Verlesung und kulant Zahlungsbedingungen sich einen großen  
Kundenkreis und guten Ruf zu erwerben.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
Bade Berlin-Ost im  
„Bad Frankfurt“  
Große Frankfurter Str. 136.  
Medizinische Bäder aller Art  
in werktätlich ununterbrochen ge-  
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen  
466L und Herren.  
2 Wannenbäder mit je 2 Hand-  
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit).  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen und Kolleginnen  
zur Nachricht, daß unser Mitglied,  
die Metallarbeiterin  
Minna Jonentz  
gestorben ist. 120/3  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Freitag, den 31. Juli, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dantes-Kirchhofes aus  
statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16  
Zum letzten Male:  
1/10: Der Reichtum des Arbeiters.  
Vorher: Spezialitäten.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeelücke 3-6 Uhr.  
Sonnabend gr. Extravort. zum 1. M.  
Kallecke im Familienbad  
Wannsee.

**Walhalla-  
Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal-Tor.  
Spezialitätenvorst. im Garten.  
Bei schön. Witterung i. Theater.  
Großes Programm.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Die Welt ein Paradies  
große Ausstattungs-Rovus  
und erstklassige Spezialitäten.  
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2, Uhr.  
Im Saale: Täglich gr. Ball.

**Reichshallen-Theater**  
Heute:  
Vorzügliches  
Gastspiel  
Winter-  
Tymian  
mit seiner be-  
rühmten Herren-Gesellschaft.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend, den 1. Aug.:  
Wiederbeginn der Coireen  
der Stettiner Sänger.  
Reichshallen-Garten u. Restaurant:  
Militär-Konzert.

**Expedition  
des „VORWÄRTS“**  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69  
Erschienen ist:  
Illustrierter Neue  
Welt-Kalender 1909  
33. Jahrgang  
Inhalts-Verzeichnis

Kalendarium — Postkarten — Stadtens-  
werte Adressen — Gattisches — Bildnis  
— Messen und Märkte — Im Kreislauf  
des Jahres — Landarbeiter und Sozial-  
demokratie. Von Hermann Kube — In  
alt. Folge von J. Greis-Gramer (m. Illu-  
strationen) — Tod dunkle Tal. Gedicht  
von Ernst Wegung — Ein Bild hinter  
den Vorhang. Von K. Sühlen — Stim-  
men der Zeit. Gedichte von Leon Hollz und  
Leo Heiler — Aus der Praxis der sozial-  
demokratischen Frauenorganisation. Von  
Käthe Hauber — Helvetosch. Gedächtnis  
von H. W. von Dethlers (mit Illustrat.).  
— Zentrale Wirtschaft und Flugmaschinen.  
Von K. G. (mit Illustrationen) — Einwe-  
rungen auf Paris. Von Dr. J. G. G. G.  
— Gedicht von Clara Böhm-Schub  
— Die Abstammungstheorie und ihre Be-  
deutung für den Arbeiter. Von W. G.  
Bage (m. Illustrationen) — Schmarbeter.  
Gedicht von Hans Schiff — Grundfragen  
der Erziehung. Von Gertrude Pätz  
— Tragödie. Gedicht von Ludwig Kellen  
— Märchen. Von Dr. Heinrich Laufenberg  
(mit Illustrationen) — In der Silber-  
— Der größte Lustkäse. Humorvolle von  
Emil Rosenow (m. Illustrationen) — Das  
peinliche Derillastwahl-Lustspiel. Von  
Paul Strich — Das Grauen. Gedicht von  
Paul Schapire — In der Toten (mit Illu-  
strationen) — Nennento mori. Gedicht von  
Robert Schödel — Fingergedicht — Der  
Küchler — Nur unsere Maßstäbe —  
— Stern vier Bilder: Arbeitspaar —  
Auf dem Bau. — Der Schützer. — Weis-  
heiten. — Außerdem ein Vierfarbendruck  
auf seinem Kundendruckpapier: Freitag.  
Ein Wand-Kalender.  
Preis: 40 Pfennig

Bei Einzelbestellungen bitten wir um Einblendung  
des Betrages nicht 10 Pfennig in deutschen  
— — — Briefmarken für Porto — — —

**Ohne Anzahlung! Porzellan, Stoves, Gar-  
dinen, Stoppdecken, Teppiche, Uhren,  
Bettwäsche und Kleine Katen!  
Federbetten.  
L. Hatzner, Auguststr. 50.  
Nur Postkarte erbeten. 35195.**

**Grundstück**  
in Ruhlsdorf bei Zehlendorf, 580  
Quadratmetern, ganz oder geteilt zu  
verkaufen. Gas, Wasserleitung; Nähe  
20 M. Offerten unter K. 5 an die  
Ergebnisse des „Vorwärts“.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
2. Berliner Reichstagswahlkreis  
(Bezirk 189.)  
Am 27. Juli verstarb unser  
Mitglied, der Maurer  
Johann Friedrich Lindner  
im 56. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 31. Juli, nach-  
mittags 4 1/2, Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Gemeindefried-  
hofes Mariendorfer Weg aus statt.  
211/9 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
Zahlstelle Rixdorf.  
Hiermit zur Nachricht, daß unser  
langjähriges Mitglied, der Maurer  
Friedrich Lindner  
nach langen schweren Leiden am  
Montag, den 27. Juli, ver-  
storben ist.  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, nachm. 4 1/2, Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Rixdorfer  
Kirchhofes am Mariendorfer Weg  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
138/20 Der Vorstand.

**Nachruf.**  
Am 28. Juli entlich der Tod  
nach jahrelangen schweren Leiden  
mit dem teuren Freund und  
Genossen  
Emil Bolle.  
Sein biederes, lauterer Charakter  
veranlaßt mich, ihm diesen Nach-  
ruf zu widmen. 8195  
Hermann Spalt.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
4. Berliner Reichstagswahlkreis  
Frankfurter Viertel.  
Bezirk 389.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Maler  
Emil Bolle  
Georgenkirchstraße 63  
gestorben ist. 219/18  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 2. August, nach-  
mittags 1/2, 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Französischen Kirchhofes  
in Pantow aus statt.  
Der Vorstand.

**Zentralverband deutscher  
Brauereiarbeiter**  
Zweigverein Berlin. Sektion II.  
Am Dienstag, den 28. Juli, starb  
der Kollege, Fachbuchhändler  
Adolf Weckwerth,  
Bodbrauerei, Abteilung I, nach  
langer, schwerer Krankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt am  
Sonnabend, den 1. August, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes,  
Mariendorfer, Ethenauer Straße 62.  
Rege Beteiligung erwartet  
43/12 Der Vorstand.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Möbel-  
polierer  
Hugo Geitner  
am 26. Juli verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 31. Juli, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
87/19 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am Montag, den 27. Juli 1908  
verstarb nach langer Krankheit  
die Halberin 24/3  
Erna Ritter  
im 27. Lebensjahre.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 31. Juli 1908, nach-  
mittags 6 Uhr von der Leichen-  
halle des Neuen Friedhofes,  
Kirchhofes in Schönberg, Tempel-  
hofer Straße aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.



# Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, 2. August, vorm. 10 Uhr, in Anton Bökers Festsaal, Weberstr. 17:

## Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1908 und Bericht der Revisoren. 2. Ersatzwahl des Schriftführers und eines Revisors. 3. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern zum Ausschuss. 4. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt!

Bahrscheinlich Besuch erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

### Kranken- u. Sterbekasse aller gewerbl. Arbeiter für Schöneberg und Berlin (E. H.-K. 115).

Sonntag, den 9. August, vormittags 9 1/2 Uhr:

#### General-Versammlung

in den neuen Rathhäusern, Weiningerstr. 8 (Zunne).

Tages-Ordnung:

1. Halbjährlicher Kassenbericht. 2. Bericht der Delegierten vom Krankenkassen-Kongress 1908. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer Str. 15:

#### Sitzung der Ortsverwaltung.

### Tischler-Verein E. H. No. 89.

Sonntag, den 1. August, Weichselstr. 15:

#### Zahlabend.

Die Mitglieder werden auf § 3 Absatz 1 des Statuts aufmerksam gemacht. Der § 3 des Statuts und VI. Nachtrag Satz 1 vom 28. April 1906 ist zu streichen und dafür zu setzen: „An vierwöchentlichen Beiträgen sind 1,10 zu entrichten. Ferner ist beim 5. und 7. Beitrag ein außerordentlicher Beitrag von je 1 Mark zu zahlen.“ Beschluß in der Generalversammlung vom 11. April 1908. Genehmigt am 18. Juli 1908 durch den Herrn Vorsitzenden. Trifft bei der 8. Beitragszahlung in Kraft.  
Der Vorstand.

### Tanzunterricht Albert Fricke.

Wiederbeginn der Unterrichtskurse: Sonntag, den 2. August, nachmittags 1/3 Uhr, und Mittwoch, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, in den neuerbauten „Arnshallen“, Kommandantenstraße 58/59 (neben dem Herrfeld-Theater).

Prospekte gratis. Privatunterricht täglich.

Götl. Anmeldungen erbeten im Institut oder in der Privatwohnung: Urbanstraße 61. 37081.

### Jenensia-Räder!

10 Jahre Garantie!  Teilzahlung!  
Adler-Räder!



Phänomen-Räder!

Groskurths Social-Räder von M. 56.— an!

Auswahl in gebrauchten Rädern!  
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!

R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.



„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.

#### Touren

zum Sonntag, den 2. August.

1. Abt. 4 Uhr: Kloster Chorin. 1 Uhr: Jepernitz. Start: Wiltonstraße 58.
2. Abt. 7 u. 10 Uhr: Werthe. Start: Fontane-Bromenade.
3. Abt. 5 Uhr: Kloster Rehnin. 1 Uhr: Wannsee (Hästenhof). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 5 Uhr: Fürstenwalde (Denze). 1 Uhr: Friedrichshagen (Stidow). Start: Kärntner Platz.
5. Abt. 5 Uhr: Steinfurt. 1 Uhr: Gornitz. Start: Elstham.
6. Abt. 6 Uhr: Biegenhals. 1 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt. 4 Uhr: Tempel. 1 Uhr: Pflanzengarten. Start: Grenzstr. 21.
8. Abt. 6 Uhr: Nauen. 2 Uhr: Falkenberg. Start: Waldstraße 8.
9. Abt. 1 Uhr: Schmiedewitz. Start: Engelauer Str.
10. Abt. 7 u. 1 Uhr: Sänthel-jagd nach Schmiedewitz (Rosa). Start: Weichselstraße 17. Sämtliche Mitglieder werden erwartet.
11. Abt. Mittwoch, den 5. August, vorm. 10 Uhr, nach Bernau. Start: Verbandshaus, Große Hamburger Straße 18/19.

Deute abend: Fahrkart-Sitzung. Nimmelsburg. Sonnabend abend 9 Uhr: Radtour nach dem Scharnsteiner See. Start: Goethestraße 9. Pantow-Schönhausen 6 Uhr: Eden (Cranenburg). Start: Röhlenstraße (Sahnbühde).  
Lichtenberg 1 Uhr: Herzfelde (Sitzungsst.) Start: Pfarrstr. 74. Gäste willkommen. 12/14

#### Spezial-Ausschank

von Gabriel & Richter empfiehlt seine gut gepflegten Biere den freien Gängertchen. Große Speisenwahl zu kleinen Preisen.  
Oekonom Hugo Hinde Weihenjer, Königshaussee Nr. 88 vis-a-vis Schloß Weihenjer.

Hühner, Enten, Tauben, ja Gänse empfiehlt zell und billig Wegner, Berlin SO, Mariannenstr. 34

**JOSETTI JUNO**  
Cigaretten.  
Cigaretten „Gerade so gut“  
Kosten das doppelte und mehr.  
10 St. für 20 Pfg.

**Bolero**  
ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette.  
Garantiert Handarbeit!

Billigste Bezugsquelle für Hygienische Bedarfs-Artikel  
Drogerie Zaremba, Berlin N., Weinbergsweg 1.  
— Ein Versuch —  
führt zu dauernder Kundenschaft.

Danckelmannstr. 29, Horstweg 25 am Kaiserdamen Kanal, Friedrichstr. 103, Charlöb. bill. 2-5 Zimmer-Wohnung, m. Warmwasser, sofort bezied., ohne Miets bis Oktober zu vermieten.

Neuestes Teilzahl-Geschäft für Brennabor-Räder!  
Kein Laden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO., Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

Achtung! Riesengewinn! Neu erschlossenes Parzeller-Terrain Buckow bei Britz. Verzeilen jeder Größe, auch größere Blöcke, M. v. 20 A. an. Verkauf im Restaurant Belkowski, Britz, Chausseestr. 7. Endstation der Linie 29. 197/16

## Kleine Anzeigen

**Verkäufe.**

**Leppische** mit Farbenlehren, Fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, pastore, Rauerhoff. Vornachstraße 6 Progent Alabast. 7745

**Bronzegastromen, Nischenauswahl, Götterstatuen.** Alte Tafelstr. 125.

**Stegdecken** (spottbillig, Herbst) Große Frankfurterstraße 60. 29988

**Federbetten.** Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandleibhaus, Kärntnerplatz 7. 9108

**Pfandleibhaus** Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf von allen Pfänden, Federbetten, Gardinen, Aussteuerstücke, Schmuck, Betten, Leppische, Uhren.

**Wärrische Sonderfahrten.** Ein- bis dreitägige Ausflüge in die Mark. Mit 10 Karten 1,50 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Inhaberkaturen und Händler kaufen** Bronzegastromen, Zugampeln, Gasbefehls- und Gegenstände kompletter Anlagen, Nischenauswahl allerbillig bei Baumann, Alte Tafelstr. 125, Großhandlung. Geschäftskunden Engrosrabatt. 10048

**Pfandleibhaus!** Hermannplatz 6. Stamenndilliger Pfänderverkauf! Götterstatuen, extrabillige Nischenauswahl! Gebrodenzettel Sommerpaletts! Herrenhosen! Nischenauswahl! Uhrenverkauf! Kleiderverkauf! Ringverkauf! Brautgeschenke! Goldene Uhren! Nähmaschinen! Bekleidungsverkauf! Bekleidungsverkauf! Leppischeverkauf! Gardinenverkauf! Sonntags ebenfalls geöffnet.

**Kosterrier** mit Karte, Trumeau verkauft Haas, Räderstraße 1. 8068

**Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?** Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit, von G. Weims. Preis 25 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

**100 Aufträge** um Berlin mit 12 Illustrationen und 20 Karten, 1,50 Mark und 2.— Mark, Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Leppische!** (Jedlerbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischen Bräu, Gadeke's Markt 4, Kaduot Bäre. 264/11

**Wäsche** und Bringmaschinen, billigste Preise, prima Qualität. Bei Abzahlung größtes Entgegenkommen. Bekmann, Götterstraße 26. 7968

**Wionatsanzüge** und Sommerpaletts von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrodenanzüge von 12,00, Jeans von 2,50, sowie für korpusulente Figuren. Neue Garderobe zu haunend billigen Preisen, aus Pfandleiben verpackte Sachen, fast man an billigen bei Koh. Pulverstraße 14.

**Humboldtbleichhaus.** Brunnenstraße 88, Edhaus Stralunderstraße. Kleingroßer Bekleidungsverkauf! Spottbilligster Pfänderverkauf! Wundervolle Aussteuerstücke! Steppdecken, Gardinenverkauf! Wärrische Betten haunend billig! Badetanzüge, Gebrodenanzüge! Uhrenverkauf! Kleider, Schmuckstücke. Gedinet bis neun abends. 9078

**Nischenposten** Leppische, Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10, 800 Mark. Eine Partie mit kleinen Bekleidern spottbillig. Leppichhaus Emil Refdore, Dramenstraße 158. 9148

**Bauerstrick.** Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiet 1,50 Mark, gebunden 2.— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Vittauer** Nähmaschinen ohne Anzählung, wöchentlich 1,00, gebrauchte, spottbillig, Wienerstraße 1-6, Borsigauerstraße 67. 8148

**Material- und Gemüsegeschäft** frankheitshalber sofort spottbillig zu übernehmen. Ausst.: Restaurant, Rixdorf, Rixdorfstraße 27. 111

**Parteilokal,** gutgehend, große Zukunft, billige Miete, wegen Todesfall sofort veräußerlich. Erfahrenes Kaffergeschäft, Ebersstraße 29, Schöneberg. 1146

**Stebberhalle** sofort. 500.— erforderlich. Hudenbad, Mariannenstraße 7. 11

**Restaurations-Güden,** ganz sichere Einnahme, zwei Wohnzimmern angeschlossen, billig zu verkaufen. Ausst.: Restaurations Krieg, Waldemarstraße 36. 8156

**Fahrräder.**

**Fahrräder,** Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerringstraße 40. 6748

**Herrenfahrrad,** Damentahrrad wie neu, 45,00. Holz. Blumenstraße 36 b. 9778

**Fahrräder,** Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Falkenstr. 40. 3208

**Cyckelfahrrad,** stabil, 35,00, sofort Panstraße 45, portiere rechts. 1148

**Herrenfahrrad,** wie neu, Modenlager, dringend. Drontheimerstraße 40, vorn II, geradezu. 1148

**Motorrad,** Phänomen, verkauft Esau, Ryphenstraße 19. 1140

**Verschiedenes.**

**Teilnehmer** an einem englischen Hotel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Stenten, Schöneberg, Sebanstraße 57, III. 10038

**Kunstschreier** von Frau Kolosky, Schlahtenler, Kunststraße 8, III.

**Vertriebsmann** Weigel, Wilmersdorf, Straße 9a. 2538

**Verst** die Muttersprache beherrschend! Erfolgreich, leicht sachliche Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Günstige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Borparis“ zu richten.

**Reichhaus** Verkauf, Große Frankfurterstraße 116 I. Hohe Beleuchtung für Uhren, Goldwaren, Silberwaren, Pelzwaren, Wäsche, Möbel sowie jeden Wertgegenstand. 9528

**Volkring** - Selbstdrücken, Bedienung, graues Paket, enthaltend drei Bilder. Wiederbringer hohe Belohnung. Schröder, Pantow, Florastraße 71. 1141

**Vermietungen.**

**Wohnungen.**  
**Prächtige** Zweizimmerdallomwohnungen sofort Goldenerstraße 32 bis 34. 9888

**Goldenerstraße 9,** 2 Stuben, Küche, Balkon, Etage, Küche, Balkon, billig, bei Stender.

**Goldenerstraße 8,** 2 Stuben, Küche, Balkon, Etage, Küche, Balkon, billig, bei Stender.

**Grünhaldenstraße 42,** 2 Stuben, Küche, Balkon, Etage, Küche, Balkon, billig, bei Stender.

**Zimmer.**  
**Leeres** Zimmer, zweifelnstrig, für einzelnen Herrn, 13, 14 Mark. Bornhorststraße 21, West. 1143

**Gut** möbliertes Balkonzimmer, ungeniert, 1 auch 2 Herren, billig. Büchmannstraße 47, vorn III rechts.

**Ungeniertes** Vorderzimmer Wasser- torstraße 8, I. Witwe Schneider.

**ANZEIGEN**

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**  
**Wunder** Stuhlreiter bietet um Arbeit. Erfolge werden abgeholt und zurückgeschickt. H. Gläzer, Pulverstraße 27. 14825

**Stellenangebote.**  
**Tüchtige** Korbmacher auf Schellfische in dauernde lohnende Beschäftigung gesucht. Heinrich, Karlsruhendam 10, II. 8108

**Geschäftsführer**

für das Volkshaus Hagen i. W. der 1. Oktober gesucht. Derselbe muß mit dem Wirtschaftsbetriebe vollständig vertraut sein. Bewerber, welche verheiratet und deren Familienangehörige event. in der Nähe von Hagen wohnen, werden bevorzugt. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind an Theodor Schürmann, Hagen, Poststr. 19 zu richten.



Partei-Angelegenheiten.

Kreiswahlverein Niederbarnim.

Am Sonntag, den 9. August, findet die Halbjahrsgeneralversammlung in Pankow bei Ebersbach, Berlinerstr. 102, mittags 12 1/2 Uhr, statt.

Tages-Ordnung:

- 1. Bericht des provisorischen Vorsitzenden und Neuwahl des Vorsitzenden.
2. Bericht des Kassierers.
3. Bericht der Kommissionen.
4. Stellungnahme zur Generalversammlung von Groß-Berlin.
5. Stellungnahme zur Provinzialkonferenz. Referent Genosse Jacobien.
6. Stellungnahme zum Parteitag. Referent Genosse Reichstagsabgeordneter Stadthagen.
7. Wahl von Delegierten.
8. Eventuelle Anträge.
9. Verschiedenes.

Die Wahl der Delegierten geschieht auf Grund des § 11 des Kreisstatutes von Niederbarnim.

J. A.: W. Kubig.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute, Freitag abend 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Rosinenstr. 3, stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung lautet: 1. Der Parteitag in Rürnberg. 2. Anträge und Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung, Generalversammlung Groß-Berlin, Provinzialkonferenz und zum Parteitag. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Alt-Ostende. Am Sonnabend, den 1. August, findet im Lokale des Genossen Jul. Knochen, Rudower Straße, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und zum Verbandstage von Groß-Berlin. Gleichzeitig Wahl eines Kassierers des örtlichen Vereins. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Frauenorganisation. 5. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Der Gesangsverein.

Als der Dampfer schon mitten auf der Oberspree schwamm, da konnte man den Gesangsverein schon hören. Und als der Dampfer den Gesangsverein jetzt auf der Landungsbrücke zu dem Gartenlokal abgesetzt hatte, da konnte man ihn auch sehen. Es war ein braver, deutscher, bürgerlicher Gesangsverein, so aus Berlin O. Gestalten Provinz, Gesichter Provinz, Anzüge Provinz. Alle eine gewisse Ähnlichkeit und Einförmigkeit zeigend; denn es war ein Wochentag und es hatten fast nur die selbständigen Mitglieder an dem Ausfluge teilnehmen können. Alle hatten es also gewissermaßen „zu etwas gebracht“, und dieses „etwas“ zeigte sich äußerlich in einem größeren Wochentagsausflug als Prustumfang. „Anerkente Gestalten“ würde ein Idealist gesagt haben — „Vierbäuche“ ein Realist.

Und als der Gesangsverein jetzt den Landungssteg entlang in das Lokal marschierte, da konnte man ihn hören und sehen. Denn auf dem Steg hatten sie noch ein neues Lied frisch angelehrt — nein: frisch angestockt... nein (pardon — aber die Leute sehen alle so ganz nach „frischem Anstrich“ aus!), also sie hatten ein neues Lied frisch angestimmt und da sie zugleich in der Mitte des ersten Verses und des Chors ankamen, so sangen sie gleich 4 1/2 Strophen dort im Garten, im Kreise um ihren Dirigenten gruppiert; aber in vorzüglicher Entfernung von ihm; denn der Brabe haute mit dem zum Taktstock erhobenen Spazierstock um sich wie ein von Feinden umstellter rasender Krieger in der männermordenden Schlacht und er trieb auch selbst die frechsten Söhner und Söhnen in die Flucht. „Wohl wichen sie seinen Gebiemen — nur der Gesangsverein war gelieben.“ Die Sauerei hatte ja gerade den Zweck, ihn „zusammenzuhalten“ beim Abzingen des braven deutschen Gesangsvereinsliedes. Das Lied froste und triefte nämlich nur so von „Not und Tod“ — „Saft und Kraft“ — „Gut und Blut“ — „Mann und Mut“ usw. usw.

Und alle diese mannigfachen, inhaltsschweren, kleinen großen Worte brachten diese einfachen Leute so glatt und so sicher heraus wie der Dampfer sein eintöniges, inhaltloses „Mudebide — mudebide — mudebide“...

Ja — einige Mörzler (es gibt deren sogar in Sommerlokalen) behaupteten, der Dirigent brauche gar nicht so wie ein Nasener mit dem Taktspazierstock um sich zu hauen, da seine Föglinge sich gar nicht um seine wütenden Bewegungen kümmern. Diese böshafte und unglückliche Bemerkung wurde jedoch gleich darauf blutig gestraft, denn als bei den Worten: „Alles was gen Himmel strebt“ — es handelte sich natürlich um den Deutschen, der alles verehrt und befolgt, was gen Himmel strebt —, als da also der Dirigent begeistert und begeistert, hinweisend und belehrend den Blick nach oben hob und mit dem Taktspazierstock zu den Wipfeln der Bäume wies, die da gen Himmel strebten, da brach der ganze Gesangsverein mit einem jähen Ruck mitten im Gesange ab und starrte mit den schon geöffneten und vor Erwartung sich noch weiter öffnenden Mäulern stumm zu den Wipfeln empor, mit den Blicken irgend etwas dort oben suchend, und man geriet erst wieder in das Gleise von „Gut und Blut“ — „Hell und klar“ — „Stark und wahr“ — „Schön und edel“, als der eiligst wieder zwischen sie fahrende Taktspazierstock ihnen den Weg in dies gelobte Land wies. (Das also gelobte Land war übrigens Deutschland — also nicht etwa grausige Mißverständnisse!)

Nur der eine erste Tenor, eine riesige, rosiggezeichnete Budifererscheinung von zirka 250 Pfund Gewicht, konnte sich nicht so schnell wieder in die Situation finden, und durch den wiedererfindenden Gesang konnte man seine zugleich fetten und fröhlichen Stimme im Tone milden Vorwurfs bernehmen!

„Ja dachte, es wäre ein Eichhörnchen!“
Aber schon ging es glatt und sicher weiter mit der letzten Strophe des Liedes, welche das Ganze herrlich resümierte: „Deutsch und wahr“ — „Hell und klar“ — „Gut und Blut“ — „Saft und Kraft“ — „Schön und edel“ — „Freiheit, Liebe, Tatendrang“ — „Edel, schön, gut“ — „Freiheit, Kraft und Lieb“ — „Tatendrang und Lieb“ — „Lieb“ und „Tatendrang“ — „Tatendrang und Lieb“ — „Lieb“ und

Tatendrang“ — „Lieb“ und „Tatendrang“ — „Lieb“ und „Tatendrang“ — „Lieb“ und „Taaa—tendrang!“...
Und dann stürzten sich alle auf die umstehenden Tische, wo sie Bier tranken und „Stat“ spielten.

Der Zettelverteiler.

Seit etwa einem Jahrzehnt ist der Zettelverteiler im Berliner Straßenbilde eine stehende Figur geworden. Ja, sein Metier hat sich für viele, die nur leben, um zu vegetieren, immer mehr zu einem regelrechten Gewerbe herausgebildet. Man nimmt die Sache wohl von der leichteren Seite. Wer arbeitslos ist und Hunger hat, besorgt sich den erforderlichen Erlaubnischein der Polizeibehörde, irgend einer der Tausende von kleinen Geschäftleuten, die heute der Straßenklammer vor der teureren Zeitungsklame den Vorzug geben, ist mit einiger Mühe bald gefunden, und nun werden die Passanten einer bestimmten Gegend mit kleinen und großen Zetteln in allen Regenbogenfarben förmlich überschwemmt. Was da außer tausenderlei Gebrauchsartikel angelündigt wird, verdient heutzutage mehr als bisher Beachtung. Haben sich doch alle jene anrührenden Erwerbarten, denen von den meisten Mäthern die Inseratenspalten nicht mehr ohne weiteres geöffnet werden, beispielsweise gewisse Massen und die zahlreichen „Frauenwunderbar“, längst auf das Feld der Zettelklame geworfen. Sie ist wohl am weitesten verbreitet und beliebt bei den vielen „Wirren wundermild“, deren blaue und rote Laternen allein nicht mehr genügende Loospreise sind.

Der feste Lohnsatz eines solchen Zettelverteilers beträgt pro Stunde für Berlin 30 Pfg.; darunter ist ein tüchtiger Zettelverteiler nicht zu haben; es werden sogar bis zu 50 Pfg. bezahlt. Wahre Lebenskünstler gibt es in diesem Gewerbe. Mit den Wohnverhältnissen der Passanten der betreffenden Gegend und überhaupt mit dem Großstadtleben in engerer Beziehung werden sie so vertraut, daß sie ihren Leuten an der Rasen Spitze ansehen, ob diese für die Zettelklame reif sind oder nicht. Denn der echte Zettelverteiler verschleudert seine Ware nicht. Ob Großstadtmensch oder Provinzantel, ob Papiertrögen oder schiefe Abfälle, ob Strohhummel oder Geschwindmarsch, das alles spielt neben vielen anderen Kleinigkeiten eine wichtige Rolle bei der Beobachtung von Straßenpassanten, das heißt bei der Beurteilung ihrer Zahlungskraft. Ein guter Menschenkenner ist also auf diesem Gebiete für den Geschäftsmann sehr wertvoll und einträglich. Daher haben wir in Berlin Zettelverteiler, die schon jahrelang für ein und dasselbe Geschäft tätig sind, sich eine wahre Virtuosität in der Passantenbegleitung erworben haben. Doch fehlen auch nicht die unsicheren Kantonisten, die kontrolliert werden müssen, wenn sie nicht die Zettel beiseite bringen und ihren Lohn während der Arbeitszeit in der nächsten Destille vertrinken sollen. Immerhin sind das Ausnahmen. Auch unter den Berliner Zettelverteiler befinden sich nicht wenige, denen an der Wiege von einem besseren Werdegang gesungen wurde. Um hier solche Unglücksfinder zu finden, die einst gut dastanden, vielleicht die hohe Schule besucht oder gar ein Staatsexamen bestanden haben und sich langsam, aber ehrlich und anständig wieder emporarbeiten wollen, wenn sie dazu körperlich und geistig überhaupt noch fähig sind — danach braucht man auf der Großstadtstraße mit geschärftem Blick leider nicht allzulange zu suchen.

Die Heiratslust ist in Berlin wieder einmal im Abnehmen. Schon im Jahre 1907 hatte die rüchläufige Bewegung, die hier wieder eintreten sollte, deutlich genug sich angekündigt. Während in den fünf Jahren 1902—1906 in Berlin 19 138, 20 141, 21 220, 22 276, 23 246 Ehen geschlossen wurden, so daß für die vier Jahre 1903—1906 das Mehr gegenüber dem Vorjahr 1003, 1079, 1056, 960 Eheschließungen betrug, stieg in 1907 die Zahl der Eheschließungen nur noch auf 23 312, was gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von nur noch 68 ergab. Ein Mehr von nur noch 68 Eheschließungen, das war gleichbedeutend mit einem Stillstand der Eheschließungsmehrung. Angesichts der Vermehrung der Bevölkerung, die ja in 1907 immer noch ganz leblich gewesen war, konnte man bei solchen Eheschließungsziffern sogar schon von einem Rückgang der Heiratslust sprechen.

Das Jahr 1908 hat nun in seiner ersten Hälfte mit einem noch ungünstigeren Ergebnis abgeschlossen. In den sechs Monaten Januar bis Juni wurden diesmal in Berlin nur 10 594 Ehen geschlossen, während in denselben Monaten des vorigen Jahres hier noch 11 040 Ehen geschlossen worden waren. Die erste Hälfte des Jahres 1908 hat also sogar eine absolute Verminderung der Eheschließungen gebracht, die gar nicht so unbedeutlich ist. Ueber diese Erscheinung wird niemand sich wundern, der den Zusammenhang zwischen Heiratslust und Wirtschaftslage kennt. Die Minderung der Erwerbgelegenheit nötigt zahlreiche junge Leute aus der Arbeiterbevölkerung, die beabsichtigte Gründung eines eigenen Haushandes auf bessere Zeiten zu versetzen. Stillstand oder gar Rückgang der Eheschließungsziffer, wie wir ihn jetzt wieder beobachten, war Vogleitererscheinung auch der früheren Perioden eines zunehmenden Beschäftigungsmangels und verschärften Notstandes.

Die Eisenbahnbrücke über der Spree zwischen Straus und Treptow genügt dem Fußgängerverkehr nicht mehr und soll deshalb verbreitert werden. Da der Fiskus daran beteiligt ist, so wird es wohl erst zu langdauernden Verhandlungen über die Kosten kommen.

Es wäre erfreulich, wenn es endlich dahin käme, hier Abhilfe zu schaffen. Klagen über die Unzulänglichkeit dieses sehr viel benutzten Verkehrsweges werden fortgesetzt laut, und es ist sogar die höchste Zeit, daß eine Besserung eintritt.

Der fürsorgliche Stadtrat. Zu der unter vorstehender Spitzmarke in der gestrigen Kammer unseres Blattes veröffentlichten Zuschrift über eine Maßnahme des am Friedrichshain wohnenden Stadtrats Mielenz äußert sich heute der Magistratskommissar nach einer recht ausführlichen Einleitung folgendermaßen:

„Die Benutzung des Weges ist nicht verboten worden, wohl aber ist infolge von berechtigten Beschwerden über die „Lasterallee“ das Gehen auf den eisernen Gittern, das Ausstellen von Kindertögen usw. auf den Zugangswegen nicht mehr gestattet. Die „festigen“ Szenen zwischen dem dort weilenden Publikum und den Passanten haben der Verwaltung Veranlassung gegeben, darauf zu achten, daß die Zugangsweg ohne Ausnahme nicht blockiert werden. Der Hain bietet Raum genug.“

Da in der vorstehenden Äußerung von einer Maßnahme der Verwaltung die Rede ist und keine andere Verwaltung als die Parverwaltung in Frage kommen kann, so dürfte folgende Auslassung eines Mitgliedes der Part. und Gartenverwaltung nicht ohne Interesse sein. Das betreffende Mitglied schreibt uns:

„Der Stadtrat Mielenz ist Mitglied der Pardeputation und gleichzeitig Deputierter des Friedrichshains; aber weder als Mitglied der Deputation noch als Deputierter hat der Herr Stadtrat das Recht, über die Höhe der Deputation hinweg selbständig Wegesperren vorzunehmen, noch die Parkwächter mit Instruktionen zu versehen. Ein diesbezüglicher Antrag des Herrn Stadtrat Mielenz hat der Deputation nicht vorgelegen, würde auch keine Annahme durch die Deputation gefunden haben. Als Mitglied der Deputation ist dem Herrn Stadtrat bekannt, daß die Deputation befreit ist, dem Publikum in den städtischen Parks Wege nicht zu sperren, sondern zu erschließen. Es scheint eine Pflicht des Publikums zu sein, gegen ein derartiges selbstherrliches Vorgehen eines Stadtrates mit Entschiedenheit Front zu machen.“

Hoffentlich wird der Herr Stadtrat es nicht erst auf einen Beschluß der Deputation ankommen lassen, sondern sich schleunigst samt seinem Kasko hinter die Vorhänge seiner stadträthlichen herrschaftlichen Wohnung zurückziehen.“

Zweiterlei Naß bei der Post. Auf einem großen Postamt im Berliner Norden wollte ich kürzlich — so schreibt man uns — einen Einschreibebrief aufgeben. Es war nachmittags gegen sechs Uhr. Von den auf der linken Seite des Anstreiches belegenen vier Schaltern ist ständig nur einer geöffnet und dieser eine war jetzt auch geschlossen. Hinter der Scheibe sah der Beamte bei einiger Aufmerksamkeitsarbeit; davor standen, als ich anlangte, schon acht Personen in Güteordnung. Als nach weiteren 15 Minuten der Beamte sich endlich zu unserer Abfertigung bequimte, waren wir auf 17 Personen angewachsen. Jetzt ging es allerdings ziemlich rasch, aber auch nur deshalb, weil keiner meiner Vordermänner zeitraubende Anliegen hatte. Ich teilte der Redaktion den Fall nicht gleich mit, weil ich die „Ueberbürdung“ eines einzelnen Beamten nicht verallgemeinern wollte. Jedoch werde ich jetzt daran erinnert durch den entgegengegesetzten Fall. Auf dem großen Postamt an der Ecke der Linden- und Ritterstraße wollte ich Marken kaufen. Das Markenfräulein sah gerade nicht in ihrem Glaskäfig. Ich ging zum Postwertzeichenschalter, wo nur drei Personen standen. Nach kaum einer halben Minute beugte sich aus dem Nebenaltäre, wo sonst keine Wertzeichen verkauft werden, ein älterer Beamter weit vor und sagte zuvorkommend: „Was wünschen Sie denn, mein Fräulein?“ Der Gegensatz in dieser Behandlung des Publikums ist so stark, daß ich nun doch einen Schluß daraus ziehen muß: es gibt sehr höfliche und es gibt sehr — „überbürdete“ Schalterbeamte!

Zur Verleumdung der Gräfin Wartensleben haben sich öffentlich bereits der Rechtsanwalt Dr. Marcuse und das Polizeipräsidium geäußert und zwar im wesentlichen über die Rollen, die sie bei der Angelegenheit gespielt haben. Herr Marcuse hat sich dagegen gewehrt, als sei er derjenige gewesen, auf dessen Veranlassung bei Ermittlung der Verleumdungsmittel angewendet worden wären; er habe nur mit dem Detektiv Bureau zu tun gehabt.

Der betreffende Detektiv, der die Rolle des angehenden Bräutigams der Steger spielte, um dieser ihr Geheimnis abzulisten, wendet sich jetzt in einer Erklärung gegen verschiedene Behauptungen des Herrn Dr. Marcuse. Schließlich erklärt nun auch der Gatte der bestohlenen Gräfin v. Wartensleben eine Erklärung, die sich in letzter Linie mit der wenig rühmlichen Rolle beschäftigt, die die Kriminalpolizei in der Affäre gespielt hat.

„Gut unterrichtet!“ Unter dieser Ueberschrift teilt das frommkatholische Blatt „Märkische Volkszeitung“ mit, daß eine Rixdorfer Familie im „Lokal-Anzeiger“ folgende „Dankagung“ veröffentlicht habe: „Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns beim Dahinscheiden meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, des Fabrikanten R. R. in so überreicher Weise zuteil geworden sind, sprechen wir allen, insbesondere dem Herrn Pfarrer der Prinz Handjery-Gemeinde unseren tiefgefühltesten Dank aus.“ Der „Herr Pfarrer“, dem dieser „tiefgefühlteste Dank“ dargebracht wird, wohnt in Rixdorf in der Prinz Handjerystraße, und in ihr befindet sich auch die Kirche, an der er amtiert. Daraus entstand dann die Folgerung „Prinz Handjery-Gemeinde“. Die „Märkische Volkszeitung“ knüpft an ihre Mitteilung den Stoßseufzer: „Daß es Katholiken gibt, die so wenig von dem eigenen Gotteshaus wissen, ist — erstaunlich!“ Ka nein, erstaunlich ist das gar nicht. Erstaunlich ist es auch nicht, daß bei den Evangelischen die Bekanntschaft mit dem Gotteshaus ebenso mangelhaft ist. Erstaunlich könnte man nur das finden, daß solche „Gläubigen“ es sich nicht nehmen lassen wollen, wenigstens bei Verordnungen den Herrn Pastor zu bemühen — und daß die Herren Pastoren, katholische wie evangelische, sich dazu hergeben, solchen „Gläubigen“ bei Verordnungen als Dekoration zu dienen. Jedes, und soll's recht sein. Wir können den „Gläubigen“ ihre Pastoren und den Pastoren ihre „Gläubigen“.

Ein „Phonographen-Raum“ wird gegenwärtig im Dienstgebäude des königl. Polizeipräsidiums eingerichtet. Wie der „Kinematographen-Raum“ soll er der Vorführung derjenigen Stücke dienen, deren polizeiliche Genehmigung von Schauffletern usw. beantragt worden ist. Die Phonographen-Jensur erfordert neuerdings immer mehr Arbeit, da derartige musikalische und deklamatorische Vorträge sich einer wachsenden Beliebtheit beim Publikum erfreuen. Diefem Verlangen, besonders nach gesanglichen Uebersetzungen, tragen sehr vornehme Etablissements, wie zum Beispiel Stoll, Rechnung, so daß man hier unsere berühmtesten Bühnenkünstler in absentia hören kann. Natürlich werden auch viele zweifelhaft Platten, Reproduktionen von Komikern, Vorträgen usw. fabriziert, deren behördliche Ueberwachung im Interesse der öffentlichen Moral dringend geboten erscheint. Diefem Zweck soll der neue „Polizei-Phonograph“ dienen, der im vierten Stockwerke des Präsidialgebäudes eingerichtet wird. Er befindet sich dort in dem nach der Alexanderstraße hinaus belegenen Zimmer 435, in dem auch der Kinematograph sein Domizil aufgeschlagen hat.

Durch einen herabstürzenden Balken getötet wurde gestern abend auf dem Abrißgrundstück Dessauer Straße 30 der 32 Jahre alte Bauarbeiter Wilhelm König aus der Ebersbachstr. 10. Zu der Höhe der zweiten Etage wurde das Balkenlager entfernt und die aus dem Gemäuer befreiten Holzteile wurden an Tauern befestigt in die Tiefe gelassen. Ein Balken hatte sich jedoch vorher gelockert, entglitt den Händen der Leute und stürzte nach dem Hof hinunter, wofürst R. bereit stand, um die herabgelassenen Gegenstände aus dem Tau zu lösen. Der Balken fiel ihm auf den Kopf, sodaß der Arbeiter einen komplizierten Schädelbruch erlitt, der seinen augenblicklichen Tod herbeiführte. Mehrere andere Arbeiter, die von der schweren Last getreift, niedergebissen worden waren, hatten, wie die von den Unfallsstationen am Tempelhofer Ufer und Kronenstr. hinzugerufenen Ärzte feststellten, keinerlei Verletzungen erlitten. Die Leiche des König wurde polizeilich beklagnahmt.

Ein Wählung ist auf dem Brunnenplatz festgenommen worden. Der Kaufmann Emil Stein aus der Blumenstraße hatte sich auf dem Rasen des Platzes niedergelassen und er schenkte zwei Knaben einen Groschen, um dann mit ihnen hier nicht wiederzukehende Ergesse vorzunehmen. Dies geschah nachmittags in der vierten Stunde. Durch Passanten wurde dem schamlosen Treiben des Menschen schließlich ein Ende bereitet und St. der Polizei übergeben.

Die Kinderspiele des Berliner Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ werden fortgesetzt am Sonntag, den 2. August. Gespielt wird in den Vormittagsstunden unter Leitung von Turnern und Turnerinnen an fünf folgenden Stellen: 1. auf dem Spielplatz im Friedrichshain, 2. auf dem Spielplatz im Treptower Park, 3. auf dem Tempelhofer Feld, 4. auf dem Sportplatz Wilmstraße, 5. in der Jungfernhöhe. Kinder, die teilnehmen wollen, können sich vorher versammeln an folgenden Sammelstellen: 1. für Friedrichshain: a) am Kriegerdenkmal vor dem Landsberger Tor, b) in der Petersburger Straße am Vallenplatz; 2. für Treptower Park: an der Oberfriedrichsbrücke; 3. für Tempelhofer Feld: a) auf dem Chaminoplast, b) in der Hagelbergerstraße, Ecke Horkstraße, c) auf der Frontenpromenade am Kaiser-Friedrich-Platz; 4. für Sportplatz Wilmstraße: a) auf dem Vineta-Platz an der Normaluhr, b) am Bahnhofs Gesundbrunnen, c) auf dem Nettelbeckplatz, d) in der Reinholdsdorfer Straße, Ecke Sauerstraße, e) in der Schönhauser Allee, Ecke Schivelbeiner Straße; 5. für Jungfernhöhe: am Bahnhof Weuffelstraße. Abmarsch von allen Sammelstellen morgens 8 1/2 Uhr (nur von Weuffelstraße 8 Uhr). Willkommen ist jedes Kind.



**Der Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain seine Auskuffung ab.** Aufgenommen in den Bund wurde der Verein „Frisch Brot“, Königenthal.

Die alljährlich, so ist auch in diesem Jahre über die Beteiligung der Vereine an der Kaiserfeier eine Statistik geführt worden. Im vergangenen Jahre beteiligten sich 101 Vereine mit 2448 Mitgliedern 1800 Sängern, gleich 64,18 Proz. In diesem Jahre, soweit die Berichte aus den einzelnen Festlokalen vorliegen, von 116 Vereinen mit 3062 Mitgliedern 3223 Sängern, gleich 69,07 Prozent. Die stärkere Beteiligung in diesem Jahre ist hauptsächlich dem Bestreben der Verschmelzung der kleinen Vereine zu größeren Chören zuzuschreiben.

Da sich im vergangenen Jahre die im Schloß Weihensee befindlichen Festräumlichkeiten als zu klein erwiesen haben, ist in diesem Jahre der angrenzende Teianopark, welcher gut 6000 Personen mehr beherbergen kann, dem Arbeiter-Sängerbund zur Abhaltung seines am 2. August stattfindenden Sängersfestes mit zur Verfügung gestellt worden. Die Generalprobe findet am Freitag, den 31. Juli, abends, in der Brauerei Friedrichshain statt.

**Sängersfest des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend.** Wie aus dem heutigen Inserat ersichtlich, laubt der Arbeiter-Sängerbund zu seinem diesjährigen Sängersfest in Weihensee am 2. August die Arbeiterschaft Berlins und Umgegend, insbesondere die Freunde des Gesanges und des Bundes ein. Nach und gewordenen Mitteilungen sind alle Vorkehrungen getroffen, um auch dem größten Andrang mit Ruhe entgegenzutreten zu können. Andererseits weist das Programm Gesänge von Massensängern und Einzelchören, Instrumentalkonzerte mehrerer Musikkapellen, Festzug usw. auf, und da die Fahrtverbindungen nach Weihensee die denkbar günstigsten sind, so sind alle Bedingungen gegeben, alle Teilnehmer des Festes auf ihre Rechnung kommen zu lassen und ein gutes Gelingen des Festes vorauszusetzen.

Auf der Sonne ist die Merkwürdigkeit in der Abnahme begriffen. Jedoch wird noch in den nächsten Tagen der durch die Rotation der Sonne immer weiter an den westlichen Rand rüdende Sonnenfleck mit dem großen Fernrohr am Tage auf der Trepow-Sternwarte gezeigt. Nach Sonnenuntergang ist der Mond während der ganzen Woche in den frühen Abendstunden günstig zu beobachten. Sonntag, den 2. August, nachmittags 5 Uhr, spricht Dr. F. S. Archenhold über: „Das Entstehen und Vergehen der Welten“, und behandelt abends 7 Uhr die Frage: „Gibt es ein Leben auf dem Monde?“ In dem Montagsvortrag abends 9 Uhr werden „Die jüngsten Erdbeben und vulkanischen Erscheinungen“ in zahlreichen Lichtbildern vorgeführt.

Das Polizei-Präsidium teilt mit: Am 27. d. M. ist im Verbindungskanal bei Köpenick die Leiche eines 12- bis 14-jährigen Mädchens gefunden worden. Dieselbe hat blondes Haar, graublaue Augen und gute Zähne und ist bekleidet mit rotbraunem Rock, einer blauen Hängeschürze mit bunter Borde, einem weißen Unterrock, einem weißen Hemd und trägt in den Haaren eine rote Schleife, die Schuhe und Strümpfe fehlen. Das Mädchen dürfte beim Baden ertrunken sein. Ueber dessen Persönlichkeit hat sich bisher noch nichts feststellen lassen. Meldeposten wollen sich daher beim Gutsvorsteher in Köpenick melden. Die Kriminalpolizei sowie die Polizeireviere nehmen ebenfalls Meldungen zwecks Feststellung entgegen.

Die Breslauer Straße von der Andreasstraße bis zur Koppenstraße (einschließlich Kreuzdamm) wird behufs Asphaltierung sofort bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Das neue Sparkassenstatut.** Der § 26 des Statuts der Sparkasse der Stadt Charlottenburg erhält folgende Fassung: Eine Zinsbegünstigung für Einlagen, die innerhalb 14 Tagen nach der Einzahlung ganz oder teilweise wieder abgehoben werden, findet nicht statt. Die Zinsen werden von dem auf die Einzahlung folgenden Werttage ab bis zu dem der Rückzahlung vorhergehenden Werttage berechnet, wobei das Jahr zu 360 Tagen angenommen wird. Bei der Zinsberechnung sind ergebende Pfennigbrüche werden für eine ganze Einheit berechnet, wenn sie einen halben Pfennig oder mehr betragen. Pfennigbrüche unter einem halben Pfennig bleiben außer Anlag. Unterbleibt die Abhebung geländiger Einlagen, so werden keine Zinsen über die abgelaufene Kündigungsfrist hinaus vergütet, solche vielmehr erst wieder nach Rücknahme der Kündigung gewährt.

### Rigdorf.

Aus dem Untersuchungsgefängnis entflohen ist gestern der Eindrehler Richard Klamp. K. hatte einer Eindrehbande angehört, die besonders in den südlichen Stadtteilen ihr Unwesen trieb und die jetzt hinter Schloß und Riegel sitzt. Mit seinen Komplizen war K. in dem Gerichtsgefängnis in Rigdorf untergebracht. Vor dort aus gelang es ihm gestern, in einem unbewachten Moment zu entfliehen.

### Ein „Mordversuch“ gegen einen Polizisten.

Die Stadt Rigdorf hat eine Polizei, die durch ihre Schneidigkeit kaum weniger berühmt ist als die der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Aufsehen erregt in Rigdorf eine neueste Polizeikreuzung, die wohl alles bisher Dagewesene überbietet. Die Angelegenheit ist leider erst verspätet zu unserer Kenntnis gelangt. Am vorletzten Sonntag, 19. Juli, wurde im Hause Hermannstraße 42 der Schankwirt Desselmann in seinem Lokal festgenommen unter der Beschuldigung, einen „Mordversuch“ gegen einen Polizisten verübt zu haben. Ein halbes Dutzend Beamte, darunter zwei Polizeileutnants und ein Kriminalkommissar, waren aufgerufen worden, um sich Desselmann zu bemächtigen. Was hatte dieser Mensch, der offenbar ein „höchst gefährlicher Verbrecher“ war, begangen? In der vorhergehenden Nacht hatte er an der Tür seines Lokals die Jalousie heruntergelassen, und hierbei wäre ein in der Tür stehender Polizist beinahe von der Jalousie getroffen worden. Beinahe besagter Polizist hatte in der Nacht zusammen mit mehreren anderen Beamten sich Zutritt zu dem Lokal zu verschaffen gesucht, weil drinnen noch ein Verein sich größerer Lustigkeit hingab, als den Herren da draußen recht war. Herr Desselmann bemerkte die draußensichenden Beamten, die an der verschlossenen Tür klinkten. Da er befürchtete, daß die durchaus überflüssige und daher unberechnigte Wut, die die Polizei dem Lokal abstrahlen wollte, unter seinen Gästen große Erregung hervorzurufen und zu unlieblichen Ausbrüchen führen würde, so ließ er in raschem Entschluß die Jalousie herunter. Die Polizei sah in dieser Handlung, durch die sie einen ihrer Beamten gefährdet glaubte, einen — „Mordversuch“. Einen „Mordversuch“, nicht mehr und nicht weniger! Und so gingen am anderen Tage in der Mittagsstunde sechs Polizisten in das Lokal des „Mordversuchers“ und griffen ihn aus der Mitte seiner Gäste heraus. Noch im Lokal wurde ihm sowie seiner Frau von einem der Beamten gesagt, der Grund der Festnahme sei die Jalousieaffäre. Diese werde als „Mordversuch“ betrachtet; es sei D's Absicht gewesen, den in der Tür stehenden Beamten zu erschlagen. Man sieht, welcher tollen Kombination ein Polizeibeamter fähig ist. Mindestens ein „Mordversuch“ muß es gewesen sein, billiger tuts die Polizei nicht.

D. wurde nun sofort auf das Polizeipräsidium gebracht und dort eingesperrt. Am Nachmittag des nächsten Tages — nach 26 Stunden, in denen er kein Mittagessen bekommen hatte, sondern nur zum Abend und zum Morgen mit je einer Schmalzstulle nebst Kaffee gespeist worden war — wurde D. dem Untersuchungsrichter zugeführt. Der letzte nicht etwa über die Geschichte, sondern behandelte sie mit demselben Ernst, wie die Polizei es getan hatte. Im Verhör erklärte D., er habe die Jalousie herunter-

gelassen, um einen Zusammenstoß zwischen der Polizei und seinen Gästen zu verhüten. Aber das half ihm nichts. Sein Antrag, ihn aus der Untersuchungsstube zu entlassen, wurde abgelehnt. Erst als der Rechtsanwält, den Frau D. schleunigst als Verteidiger bestellt hatte, den Entlassungsantrag wiederholte, wurde am darauffolgenden Tage die Entlassung bewilligt. Fünf Tage hatte D. in Polizei- und Gerichtsgefängnis zuzubringen müssen.

Interessant hat dann noch das edle „Rigdorfer Tageblatt“ gemeint, der Polizei Rigdorfs einen Dienst zu erweisen, indem es die polizeiliche Darstellung und Auffassung dieses Vorfalls veröffentlichte. Das Blättchen erzählt, D. sei „wegen desuchten Totenschlages“ — das ist die einzige Abmilderung gegenüber der anfänglichen Auffassung der sogar einen „Mordversuch“ witternden Polizei — in Untersuchungsstube genommen worden. Die Polizei habe in jener Nacht bei ihm „wegen anhaltenden wüsten Räkels“ angepöppelt, D. habe durch die „Klappe der Tür“ geguckt, habe sie dann „schleunigst wieder zugeworfen“, nunmehr habe die Polizei energig Einlaß begehrt. „Schon hier stimmt einiges nicht; beispielsweise hat D. überhaupt keine „Klappe“ an der Tür seines Lokals. Das „Rigd. Tagebl.“ fährt fort: „Boshafterweise ließ jetzt der Wirt die schwere eiserne Kolljalousie herabtaufen. Glücklicherweise wurde der unter der Jalousie stehende Polizeibeamte von einem zweiten Beamten, der das Manöver des Wirts durchschaute, noch so rechtzeitig zurückgerufen, daß er unversehrt blieb. Andererseits dürfte der Beamte wohl kaum mit dem Leben davon gekommen sein, da ihm die schwere eiserne Jalousie den Schädel zerschmetter hätte.“ Schrecklich! Die guten Freunde, die die Polizei beim „Rigd. Tagebl.“ hat, wissen ganz genau, was der „boshafte Wirt“ mit seinem „Manöver“ beabsichtigt hatte. Den Lesern des Blättchens wird die Haut geschauert haben, als ihnen der Bericht über den graufigen „Mordversuch“ vorgelesen wurde. Nebenbei bemerkt: D. hat an der Tür seines Lokals eine Jalousie gewöhnlicher Art, eine schmale, hölzerne, leichte Jalousie.

Dem Ende der ganzen Affäre sehen wir mit einiger Spannung entgegen. Wird der Untersuchungsrichter nicht doch noch dieses Produkt polizeilicher Ueberreiztheit schließlich lächelnd zu den Akten legen? Oder soll es erst noch einer Anklageerhebung bedürfen, damit vor Gericht das Besten des „Mordversuches“ in sein mögliches Nichts zerfließen kann?

### Treptow-Baumschulweg.

Die Trennungfrage des Wahlvereins Treptow-Baumschulweg beschäftigte die letzte Mitgliederversammlung in Gegenwart zweier Mitglieder des Zentralvorstandes. Gründe und Gegenstände wurden lebhaft erörtert. Es soll versucht werden, den Zentralvorstand durch Vortragen der Gründe, die für Trennung sprechen, zu einer anderen Ansicht zu bringen.

### Schöneberg.

Der Arbeiterturnverein veranstaltet auch kommenden Sonntag wieder Kinderspiele auf dem städtischen Platz hinter dem Friedhof in der Markstraße von 9—11 Uhr. Gleichzeitig wird auf die neugegründete Schülerabteilung hingewiesen. Der monatliche Beitrag beträgt 10 Pf.

Die Turnübungen finden vorläufig jeden Mittwoch und Sonnabend auf genanntem Platz statt.

### Jossen.

Am Sonntag, den 2. August, feiert der hiesige Arbeiterturnverein (M. d. A.-V.) im Lokal des Herrn Kurzner sein 3. Stiftungsfest, verbunden mit Schauturnen und sonstigen Vorführungen. Die Jossener Arbeiterschaft wird gebeten, dieses Fest durch Besuch zu unterstützen, da sich doch der Turnverein der Arbeiterschaft zu ihrem Festen stets zur Verfügung gestellt hat.

## Gerichts-Zeitung.

Ein Wahlrechtsdemonstrant, der's der Polizei recht machen will, ist doch nicht sicher davor, gerade hierdurch sich auf die Anklagebank zu bringen. Einem Sattler Schrader ist es so ergangen.

Am 9. Januar hatte er an der Wahlrechtsversammlung in der „Drachenburg“ (bei der Schleifischen Brücke) sich beteiligt, war dann nach Schluß der Versammlung auf dem Heimwege am Schleifischen Tor in einen Zug von Versammlungsteilnehmern hineingeraten und fand bald in der Köpenicker Straße hinter der Zeughoffstraße den Weg durch Polizei gesperrt. Es blieb der Menge nur übrig, in die links abgehende Zeughoffstraße einzuschwenken, und das tat sie denn auch ohne weiteres, um einem Zusammenstoß mit der Polizei vorzubeugen. Einzelne Personen im Zuge riefen laut: „Links rum!“, um zu verhüten, daß irgendjemand doch noch den Weg durch die Köpenicker Straße fortzusetzen versuche. Auch Schrader beteiligte sich an diesen Rufen und zwar aus demselben Grunde. Da wurde er plötzlich von einem Schuttmann Lehnert gepackt und mit der spöttischen Bemerkung: „Vorläufig gehen wir erst mal rechts rum!“ zur nächsten Polizeiwache gebracht. Selbstverständlich kriegte Sch. hinterher sein Strafmandat; denn ohne Grund darf doch niemand fesselt werden. Er sollte — eine Woche Haft hinnehmen, weil er ruhestörenden Lärm und großen Unfug verübt habe, indem er laut geschrien und der ruhegebietenden Polizei nicht Folge geleistet habe. Vor dem Schöffengericht, dem die Sache von Schrader zur Entscheidung unterbreitet wurde, konnte der „Belastungszeuge“ Schuttmann Lehnert nur auslegen, daß Sch. „Links rum!“ gerufen habe. Ob er Sch. überhaupt aufgefordert hatte, ruhig zu sein, das wußte Lehnert selber nicht. Daraufhin mußte sogar der Amtsanwalt die Freisprechung beantragen, die denn auch vom Gericht beschlossen wurde.

Zu Schraders größter Verwunderung wurde gegen dieses Urteil hinterher von der Amtsanwaltschaft Berufung eingelegt. Western stand Termin vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I Berlin, die als Berufungsinstanz zu entscheiden hatte. In der Verhandlung wurde kein einziges neues Moment vorgebracht, der Angeklagte gab für sein Verhalten dieselbe Erklärung wie in der ersten Instanz, dieselben Verbindungen wie in der ersten Instanz wurden von dem Schuttmann gemacht. Trotzdem beantragt der Anklagevertreter Schuldigsprechung und Verurteilung zu 20 M. Geldstrafe, weil Sch. immerhin die öffentliche Ordnung dadurch gestört habe, daß er die Menge in eine bestimmte Straße hineinzubirigieren versuchte habe. Der Verteidiger, Rechtsanwält Roth, hob hervor, hierfür sei die Polizei dem Angeklagten sogar zur Dank verpflichtet gewesen, und gerade im Hinblick auf diese Absicht des Angeklagten habe in der ersten Instanz der Anklagevertreter selber die Freisprechung beantragt. Die Berufung sei zu verwerfen, auch seien dem Angeklagten die Kosten der Verteidigung in zweiter Instanz zu ersetzen. Das Gericht kam zu dem Urteil, die Berufung sei zu verwerfen, es bleibe also bei der Freisprechung. Man dürfe dem Angeklagten glauben, daß er nur einen Zusammenstoß mit der Polizei verhüten wollte. Doch seien ihm die Kosten der Verteidigung nicht zu ersetzen.

Man sieht, wie es einem Wahlrechtsdemonstranten ergehen kann, wenn er's der Polizei recht machen und mit dazu beitragen will, daß die öffentliche Ordnung nicht gestört wird.

### Nichtersänglinge vor Gericht.

Eine Duellaffäre beschäftigte gestern die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts III. Wegen Herausforderung zum Zweikampf

waren die Studenten der Rechte Paul Schellack und Bruno Senfpiel angeklagt, während sich der Studiosus Johann Hahn wegen Kartelltragens verantworten mußte. — Die Anklage liegt folgendes zugrunde: Der Angeklagte Schellack steht in verwandtschaftlichen Beziehungen zu der Familie eines Fabrikanten, dessen Tochter mit dem Assistenten Raabe aus dem Königl. Meteorologischen Institut verlobt ist. Dieser hatte sich als Assistent des Professors Siering ausgegeben und sich unter dem Doktorittel in die Familie eingeführt. Anfangs September vorigen Jahres tauchten dem Angeklagten Schellack Bedenken auf, ob die Angaben des Raabe völlig der Wahrheit entsprechen. Er ging zu dem Professor Siering und erfuhr, daß R. wohl als Assistent angestellt sei, nicht aber den Doktorittel besitze. Schellack richtete deshalb an Raabe ein Schreiben, in welchem er um eine Erklärung seines eigenartigen Verhaltens ersuchte. Am 21. Oktober erhielt S. von Raabe einen in ironischem Tone gehaltenen Brief, welcher die Anrede: „Meine lieben Herren“ enthielt. In diesem Schreiben gab R. dem Angeklagten den guten Rat, er solle sich an ein Detektivbureau wenden, welches für R. jede Auskunft über ihn gebe. Der Ton des ganzen Briefes veranlaßte S. sich in Begleitung des mitangeklagten Senfpiel zu Raabe zu begeben und ihn aufzufordern, die in dem Briefe enthaltenen Beleidigungen zurückzunehmen. Als Raabe sich weigerte, wurde er von Schellack gehohleht. Am nächsten Tage überbrachte der Angeklagte Hahn eine Forderung des S. auf Säbel und eine zweite Forderung auf Pistolen bei 15 Schritten Distanz und zweimaligem Augenschuß. Raabe erklärte sich bereit, die Forderung anzunehmen, verlangte aber eine schriftliche Fixierung, da dies von seiner Verbindung verlangt werde. Vor Gericht erklärte der Zeuge Raabe, er habe mit „Verbindung“ seine Verbindung mit seinem Schwiegervater gemeint. Zu einem Zweikampf kam es nicht, da schon vorher von einer Seite Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden war. — Das Gericht erkannte gegen Schellack auf 2 Wochen Festungshaft, gegen Senfpiel auf 1 Woche und gegen Hahn auf einen Tag Festungshaft. Der Staatsanwalt hatte gegen Schellack 2 Monate, gegen Senfpiel 1 Monat und gegen Hahn 3 Tage Festungshaft beantragt.

### Ein nächtlicher Kampf

zwischen einem Kriminalbeamten und Kaufboten

lag einer Anklage zugrunde, welche gestern die 2. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschätzte. Wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung waren angeklagt: der Gelegenheitsarbeiter Karl Lange, der Möbelpolierer Robins Vincenz und der Schlächtergehilfe Max Seidel. In der Nacht zum 19. Januar dieses Jahres ereignete sich in der Landsberger Allee eine wilde Szene. Der 33jährige Kriminalschuttmann Otto Stelze kam gegen 11 Uhr nachts aus dem Dienst und verließ an der Ecke der Landsberger Allee und der Petersburger Straße die Straßenbahn. Vor dem in der Nähe seiner Wohnung gelegenen Vergnügungsort „Elysium“ traf er mehrere halbtrunkene Burken in einer wüsten Schlägerei, bei welcher Schlagring und Messer eine große Rolle spielten. Einer der Beteiligten, ein gewisser Wägel, war von seinen Mitschäfern zu Boden geworfen und wurde mit Stiefelabsätzen und Schlagringen bearbeitet. Stelze wollte dem Bedrohten Hilfe bringen und befreite ihn aus seiner gefährlichen Lage. Im Nu wandte sich die ganze Gesellschaft gegen ihn. Mehrere der Rowdys schlugen mit Gummischläuchen und Schlagringen auf ihn ein. Als Stelze schließlich zu Boden geworfen wurde und die Burken ihn mit Füßtritten traktierten, konnte er sich nicht mehr anders helfen, als seine Browningpistole zu ziehen. Auch dies schreckte die Stroche noch nicht zurück. Als schließlich die Lage des Stelze immer gefährlicher wurde, gab er auf seine Angreifer mehrere Schüsse ab. Erst jetzt konnte sich der aus zahlreichen Wunden blutende Beamte aufrichten. Drei seiner Angreifer waren schwer verletzt worden, der 25jährige wohnungslose Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Utecht, einer der schlümmten Rowdys, hatte einen Schuß durch den Unterleib erhalten und wurde sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo er am nächsten Tage verstarb. Der Kriminalschuttmann Stelze hatte ebenfalls schwere Verletzungen erlitten; es stellte sich, da er Fußtritte gegen die Brust erhalten hatte, Blutspuren heraus, so daß St. mehrere Wochen auf dem Krankenlager zubringen mußte. — Als die Haupttäter wurden die beiden Angeklagten Lange und Vincenz ermittelt. Gegen Seidel wurde die Verhandlung vertagt. Gegen Vincenz lautete das Urteil auf ein Jahr und drei Monate, gegen Lange auf neun Monate Gefängnis.

### Wieder ein Lehrer als „Kinderfreund“.

Die Hirschberger Strafkammer hat den 35 Jahre alten ledigen, sehr frommen Lehrer Alfred Engel aus Strobendorf, Kreis Löwenberg, zu drei Jahren Gefängnis und gleich langem Ehrverlust verurteilt, weil er im Umte sich in über 100 Fällen an den ihm anvertrauten Schulfrauen unzüchtig verhalten hatte. Als strafmildernd wurde erachtet, daß Engel nach ärztlichem Gutachten stark sinnlich veranlagt ist.

## Vermischtes.

### Unwetter.

Mittwoch abend richtete ein Wollenbruch im Unterinntal bei Innsbruck großen Schaden an. Die Gemeinden Woldens und Watten sind überschwemmt, Bad Mehren bei Briggleg wurde vom Alpbad zerstört. Im Jüliertal wurden in der Gemeinde Hart zwei Häuser demoliert, ein Haus wurde weggerissen. Man spricht von 16 Toten. Der Betrieb der Jüliertalbahn ist unterbrochen.

Im Hinteraunus hat das am Mittwochabend niedergegangene Gewitter in der Richtung nach Schmitzen und Weilwo großen Schaden angerichtet. Durch den heftigen Sturm wurde das Obst von den Bäumen geschleudert. Die Hagelkörner, welche in Größe von Haselnußkernen niedergegingen, zerklühten die Kartoffeln, Gemüse usw. vollständig. Auch die Wettertau wurde von dem Unwetter schwer heimgesucht.

Auch im Mittelberg gingen in den letzten Tagen schwere Gewitter nieder. Der Witz zündete an verschiedenen Stellen. Ein Gebäude der Stolzenberger Hölzererei, der „Sophienhof“, verbrannte mit 500 Rentnern Heu durch Witzzündung. Acht Personen wurden vom Witz getroffen.

Aus Liebesgram hat sich in Doha (an der Weser) ein Schlosser gefelle, der von seiner Frau eine Ablage erhalten hatte, erschossen

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	29. 7.	28. 7.	29. 7.	28. 7.
	cm	cm <sup>1)</sup>	cm	cm <sup>2)</sup>
Wemel, Tüft	99	—1	97	0
Regel, Jüterburg	—24	—3	—21	—2
Seckel, Thon	340	+86	356	+1
Ober, Ratibor	281	—77	204	—8
„ Krossen	200	+27	227	—1
„ Franfurt	148	+46	194	+11
Wartbe, Schirrm	108	—9	99	—18
„ Landsberg	16	+7	23	—6
Rehe, Vordamm	—11	—5	—16	—13
Eide, Reimnitz	—57	+8	—49	—18
„ Dresden	—175	—7	—182	—1
„ Herb	86	—5	81	—10
„ Magdeburg	94	0	94	+18

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, — Fall, — <sup>2)</sup> Unterpegel.  
Die Seckel ist bei Thon heute bis auf 412 cm gestiegen und wird, wie nach den aus dem Auslande eingetroffenen Meldungen zu schließen ist, wahrscheinlich noch weiter steigen.  
Die Ober ist bei Ratibor heute bis auf 238 cm gefallen.